PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 7.10.1975, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

9. Oktober 1975 Jg. 3 Nr. 40 50 Pfennig

Nieder mit dem Franco-Regime!

Die Solidarität der Arbeiterklasse und die Sorgen der Bourgeoisie

Das Franco-Regime ist in der Arbeiterklasse verhaßt. Die spanische Arbeiterklasse und das spanische Volk konnten von Franco und der putschenden Armee nur niedergerungen werden mit Hilfe deutscher und italienischer Interventionstruppen. Und die vereinigten faschistischen Heere brauchten dazu drei Jahre, von 1936 bis 1939. Der Sieg, den sie errangen, war keineswegs vollständig: Bis heute sieht sich dieses Regime gezwungen, seine Todfeinde, die arbeitenden Klassen Spaniens, unter Belagerungszustand zu halten – als billiges Material zur Ausbeutung durch internationale Konzerne, einheimische Großbourgeoisie und Großgrundbesitzer.

Auf 340 Einwohner kommt ein Polizist, um sie unter der Knute zu halten, dazu die Armee, Gefängnisse, faschistische Verbände. Und doch kann sich diese Streitmacht des Regimes nicht sicher fühlen. Nicht nur unter den Arbeitern wächst der Widerstand und tritt in verbotenen Streiks und Demonstrationen zutage. Nicht nur die Arbeiterviertel der großen Städte sind für die Truppen des Regimes feindliches Gelände. Der "Spiegel" berichtet, daß die *"lackbehüteten Männer der Guardia Civil . . . in den spanischen Dörfern nach wie vor mit ihren Familien wie Aussätzige isoliert hinter hohen Kasernenmauern leben"*.

Verhaßt ist das Franco-Regime nicht nur im spanischen Volk. Verhaßt ist es in der internationalen Arbeiterklasse. Im spanischen Bürgerkrieg haben Freiwillige aus aller Herren Länder auf der Seite des spanischen Volkes gegen die faschistischen Armeen gekämpft. Bis heute ist das nicht vergessen und ist die Feindschaft gegen den Faschismus wach: Als jetzt das Franco-Regime die fünf Revolutionäre hinrichten ließ, war der Protest vor allem in den benachbarten europäischen Ländern unter den Volksmassen breit. Es gibt wenige Fragen, über die sich die Arbeiter so einig sind wie über die Forderung: Nieder mit Franco! Tod dem Faschismus!

Geschätzt, gelegentlich sogar geliebt worden ist das Franco-Regime von den besitzenden Klassen und den imperialistischen Regierungen in Europa und der Welt. Der Grund für diese Hochschätzung durch den deutschen und italienischen Faschismus, durch den US-Imperialismus, durch die gesamte europäische Reaktion war einfach: Das Regime war eine Garantie gegen Revolution in Spanien, es hielt die Arbeiterklasse nieder und es hielt sie billig.

Wenn jetzt diese Hochschätzung erkaltet, Proteste hageln, Botschafter zurückgezogen werden, in Spanien selber Teile der besitzenden Klassen sich vorsichtig zu distanzieren beginnen, dann deswegen, weil das Regime als Garantie gegen die Revolution nicht mehr funktioniert, sondern im Gegenteil die Revolution für immer breitere Massen unausweichlich erscheinen läßt.

Diese Furcht bewegt von der "Frankfurter Allgemeinen" über Willy Brandt bis zum Vorsitzenden der revisionistischen Kommunistischen Partei Spaniens Carillo heute alle bürgerlichen Kräfte. Ihr gemeinsamer Schlachtruf ist: Friedlicher Wandel!

Fortsetzung Seite 2



In vielen Städten Westdeutschlands fanden Solidaritätsaktionen mit dem Kampf des spanischen Volkes gegen den Faschismus statt. Auf dem Bild: Demonstration in Bremen am 4.10., zu der u. a. der KBW aufgerufen hatte. 700 nahmen teil.

OPEC-Länder beschliessen Ölpreiserhöhung:

Eine gerechte Massnahme im Kampf gegen den Imperialismus

Vergangene Woche hat der Ministerrat der Organisation erdölexportierender Ländern beschlossen, die Preise für Rohöl zum 1. Oktober um 10 Prozent heraufzusetzen. Die Imperialisten aller Länder haben gegen diesen Beschluß der OPEC-Länder eine breite Hetze entfaltet, als "empörend" bezeichnete ihn der Chefenergieberater des US-Präsidenten Ford.

Von der ist aber bekannt, daß sie rund 80 Prozent ihres Ölbedarfs im eigenen Land fördert, von den Preiserhöhungen bezüglich des Ölverbrauches also kaum betroffen ist.

Die andere Supermacht, die Sowjetunion, hat, soweit bekannt, sich zu den Ölpreisbeschlüssen nicht geäußert. Das liegt in diesem Fall wohl daran, daß sie als ölexportierendes Land von diesen Beschlüssen profitiert.

furter Rundschau" vom 30. September schrieb: "Offenbar haben einige Politiker falsche Erwartungen an die in Wien zutage getretenen Auseinandersetzungen zwischen den Ölförderländern geknüpft und sich zu sehr an der OPEC-internen Rauferei delektiert, daß die Heraufsetzung des Barrel-Preises um eine Marge, die in etwa die weltweite Inflation ausgleicht, plötzlich als Ungeheuerlichkeit angesehen wird." Wovor die "Frankfurter

spanischen Dörfern nach wie vor mit ihren Familien wie Aussätzige isoliert hinter hohen Kasernenmauern leben".

Verhaßt ist das Franco-Regime nicht nur im spanischen Volk. Verhaßt ist es in der internationalen Arbeiterklasse. Im spanischen Bürgerkrieg haben Freiwillige aus aller Herren Länder auf der Seite des spanischen Volkes gegen die faschistischen Armeen gekämpft. Bis heute ist das nicht vergessen und ist die Feindschaft gegen den Faschismus wach: Als jetzt das Franco-Regime die fünf Revolutionäre hinrichten ließ, war der Protest vor allem in den benachbarten europäischen Ländern unter den Volksmassen breit. Es gibt wenige Fragen, über die sich die Arbeiter so einig sind wie über die Forderung:

der und es hielt sie billig.

Wenn jetzt diese Hochschätzung erkaltet, Proteste hageln, Botschafter zurückgezogen werden, in Spanien selber Teile der besitzenden Klassen sich vorsichtig zu distanzieren beginnen, dann deswegen, weil das Regime als Garantie gegen die Revolution nicht mehr funktioniert, sondern im Gegenteil die Revolution für immer breitere Massen unausweichlich erscheinen läßt.

Diese Furcht bewegt von der "Frankfurter Allgemeinen" über Willy Brandt bis zum Vorsitzenden der revisionistischen Kommunistischen Partei Spaniens Carillo heute alle bürgerlichen Kräfte. Ihr gemeinsamer Schlachtruf ist: Friedlicher Wandel!

Fortsetzung Seite 2

OPEC-Länder beschliessen Ölpreiserhöhung:

Eine gerechte Massnahme im Kampf gegen den Imperialismus

Vergangene Woche hat der Ministerrat der Organisation erdölexportierender Ländern beschlossen, die Preise für Rohöl zum 1. Oktober um 10 Prozent heraufzusetzen. Die Imperialisten aller Länder haben gegen diesen Beschluß der OPEC-Länder eine breite Hetze entfaltet, als "empörend" bezeichnete ihn der Chefenergieberater des US-Präsidenten Ford.

Wie sind die Tatsachen? Nach dem OPEC-Beschluß soll ab 1. Oktober 1975 ein Barrel Rohöl (159 Liter) statt bisher 10,46 nun 11,51 Dollar kosten. Der Preis für einen Liter Rohöl steigt damit um 0,6 Cent oder umgerechnet um rund 1,56 Pfennig bei einem Dollarkurs von 2,60 DM pro Dollar.

Gegenüber dem Beschluß der OPEC-Länder erklärte US-Präsident Ford, dies würde *"die Inflation weltweit verschlimmern"* und den *"zerbrechlichen Prozeß der wirtschaftlichen Erholung behindern"* (Frankfurter Rundschau, 29. September). Die Bundesregierung erklärte, die Folge der Ölpreiserhöhung wäre, *"daß mit einem weiteren Rückgang der Exporte aus der Bundesrepublik gerechnet werden muß"* (Süddeutsche Zeitung, 20. September). In der "Welt am Sonntag" vom 5. Oktober wurde erklärt, daß *"die erneute Ölpreiserhöhung um zehn Prozent . . . die Wirtschaftskrise weiter schwelen lassen wird"*. Und die EG bezeichnete den Beschluß der OPEC-Länder als einen *"Schritt in die falsche Richtung"* (Süddeutsche Zeitung, 29. September).

Die Ölpreiserhöhung heizt die weltweite Inflation an und verschärft die Weltwirtschaftskrise, das ist die Richtung, in welcher die Imperialisten eine einheitliche Propaganda entfalten. Was ist von dieser Behauptung zu halten? Nichts! Erklärt doch selbst das Bundeswirtschaftsministerium, daß die Lebenshaltungskosten davon kaum betroffen seien und daß durch diese Preissteigerungen der Lebenshaltungsindex um "lediglich" 0,1 Prozent steigen würde. Wegen 0,1 Prozent Preissteigerungen haben die Kapitalisten aber noch nie ein Geschrei begonnen, und es ist noch nicht einmal raus, ob überhaupt diese vom Bundeswirtschaftsministerium herausgegebene Zahl nicht zu hoch ist. Schlaglichtartig sieht man aber an diesen Zahlen, daß es den Imperialisten der Hauptseite nach nicht um die Inflation und die wirtschaftliche Krise gehen kann. Ein Beleg dafür ist weiterhin, daß die Supermacht USA bei der Hetze gegen die Ölpreisbeschlüsse an vorderster Stelle stand. Von der ist aber bekannt, daß sie rund 80 Prozent ihres Ölbedarfs im eigenen Land fördert, von den Preiserhöhungen bezüglich des Ölverbrauches also kaum betroffen ist.

Die andere Supermacht, die Sowjetunion, hat, soweit bekannt, sich zu den Ölpreisbeschlüssen nicht geäußert. Das liegt in diesem Fall wohl daran, daß sie als ölexportierendes Land von diesen Beschlüssen profitiert.

Welche anderen Argumente haben die Imperialisten gegenüber den Ölpreiserhöhungen vorgebracht? Die beiden Supermächte USA und Sowjetunion haben bezüglich der Rohstoffpreise erklärt, daß es nicht anginge, daß ein Land die Preise seiner Rohstoffe selbst und "einseitig" festlege (siehe Hsinhua News, 29. September).

Dabei weiß doch jeder, daß die Preise für die Industriewaren der Imperialisten ständig steigen und daß dies durchaus "einseitig" geschieht, ohne daß hier die Länder der Dritten Welt etwas mitzureden hätten. So stiegen die Preise für Waren, die die erdölfördernden Länder Saudi-Arabien, Kuweit, Iran, Algerien und Libyen importieren, im vergangenen Jahr um mehr als 20 Prozent (Hsinhua News, 29. September). Demgegenüber haben die erdölfördernden Länder die Preise für Erdöl im Januar 1974 gesenkt und mit der jetzigen Preissteigerung wieder knapp den Ölpreis festgelegt, der zu Anfang Januar 1974 bestand.

Das ist aber bei den mehr als rapide ansteigenden Preisen für die Waren, welche sie von den Imperialisten kaufen, nicht mehr als recht und billig. Denn es kann für die erdölfördernden Länder keinen Grund geben, ihre Reichtümer im Handel mit den imperialistischen Ländern zu billigen Preisen zu verschleudern.

Die Feststellung der Supermächte, die rohstoffproduzierenden Länder dürften die Rohstoffpreise nicht "einseitig" festlegen, bedeutet so nichts anderes, als daß sie den Ländern der Dritten Welt die Verfügung über ihre eigenen Reichtümer und damit die politische Souveränität nicht zugestehen wollen.

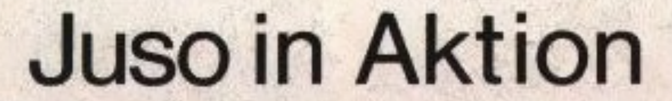
Daß die erdölfördernden Länder demgegenüber ihr Recht geltend machen, als unabhängige und souveräne Staaten über ihre Reichtümer zu verfügen, das verursacht das Gezeter der Imperialisten.

Deswegen hofften sie während der OPEC-Konferenz auch, es könnten sich die erdölfördernden Länder nicht einig werden und man könnte sie auseinanderspalten. Die "Frankfurter Rundschau" vom 30. September schrieb: *"Offenbar haben einige Politiker falsche Erwartungen an die in Wien zutage getretenen Auseinandersetzungen zwischen den Ölförderländern geknüpft und sich zu sehr an der OPEC-internen Rauferei delektiert, daß die Heraufsetzung des Barrel-Preises um eine Marge, die in etwa die weltweite Inflation ausgleicht, plötzlich als Ungeheuerlichkeit angesehen wird."* Wovor die "Frankfurter Rundschau" hier warnt, ist, daß man die Hetze wegen der Preiserhöhung doch nicht zu weit treiben solle, da doch zu sehr ins Auge springe, daß die Preiserhöhungen nicht der eigentliche Anlaß sind.

Als "Ungeheuerlichkeit" sehen die Imperialisten an, daß die Erdölförderländer sich einig geworden sind und daß sich diese Einigkeit gegen das Unterdrückungs- und Ausbeutungsstreben des Imperialismus richtet. Denn in dieser Richtung steht in den nächsten Wochen noch einiges bevor, was der Wiener OPEC-Konferenz für die Imperialisten eine gesteigerte Bedeutung zukommen ließ.

Mitte Oktober findet die Vorkonferenz statt, die über die Tagesordnung der Konferenz zwischen den rohstoffproduzierenden und -verbrauchenden Ländern beschließen soll. Zu Recht befürchten die Imperialisten daher, daß sich die rohstoffproduzierenden Länder an der OPEC ein Beispiel nehmen werden, was leicht zur Bildung weiterer Rohstoffkartelle führen kann.

"Hsinhua" schreibt dazu: "Der Ölkampf ist immer die Speerspitze gewesen im Kampf der Dritten Welt um die Rohstoffe. Ermutigt durch den neuen Sieg in der Auseinandersetzung um das Öl, werden sich die rohstoffproduzierenden Länder der Dritten Welt noch stärker zusammenschließen und vereinigen." (29. September) Für die Imperialisten war die Wiener OPEC-Konferenz daher eine Niederlage, noch bevor die Rohstoff-Vorkonferenz begonnen hat. – **(e.r.)**



Juso in Aktion

Selten hat man die Möglichkeit, Jusos in wirklichen politischen Auseinandersetzungen auf den tatsächlichen Grad ihrer Fortschrittlichkeit abklopfen zu können. Gewöhnlich sind Jusos damit beschäftigt, gegen Beschlüsse ihrer Partei Sprüche zu klopfen, die in der bürgerlichen Presse als links bezeichnet werden und ihnen Mitglieder zutreiben, die erwarten, man könne da was machen.

Praktische Politik machen Jusos eigentlich bloß an der Hochschule. Dort haben sie allerhand Wähler, und daher haben sie auch im April ihren Geschäftsführer Hartung in den Vorstand des VDS gehievt. Da sitzt er nun.

Am 3. Oktober lag dem Zentralrat der deutschen Studentenschaften ein Antrag vor, in dem der Terror des Franco-Regimes verurteilt und die Solidarität der Studentenschaft mit dem Kampf des spanischen Volkes ausgesprochen wurde.

Diese Resolution wurde verabschiedet, was eine fortschrittliche Tat war. Zu fortschrittlich für den Juso Hartung. Gefährlich fortschrittlich. Er erklärte:

'Wenn dieser Beschluß nicht zurückgenommen wird, dann bin ich gezwungen, meine Tätigkeit im Verband zu überdenken.'

Dieses ist gewiß nicht der Wille der Studenten, was treibt den Juso dorthin? Das ist ganz einfach. Gezwungen, praktische Politik zu machen, betreibt er Sabotage. Warum auch nicht: Das offizielle Europa, insbesondere die Sozialdemokratie, protestiert ja bereits gegen die Franco-Herrschaft. Freilich so, daß sie den gerechten Kampf des spanischen Volkes gegen diese Diktatur als Terror ausgibt und der spanischen Bourgeoisie empfiehlt, sie solle doch mit anderen Mitteln als den auffälligen Todesurteilen darauf antworten.

Diese Sorte Solidarität ist den Volksmassen fremd und nützt dem spanischen Volk auch nicht viel. Das macht dem Juso Hartung nichts aus. Da macht er mit.

Diese Sorte Protest ist bloß gut, um der natürlichen Solidarität der Ausgebeuteten und Unterdrückten auf der ganzen Welt die Spitze abzubrechen und zu verhindern, daß die Verbrechen der herrschenden Ausbeuterklasse erkannt werden.

Um dieses zum Beispiel zu verhüten, sind den Arbeitern im Betrieb, sind ihren gewählten Betriebsräten politische Rechte aberkannt. Um den politischen Fortschritt der Studentenschaft zu hemmen, arbeitet die Staatsmacht seit Jahren daran, der Studentenschaft das Recht auf politische Meinungsäußerung abzuschneiden.

Diese Maulkorbpolitik der Regierung betreibt der Juso Hartung aktiv. Mit einem Schlag stärkt er den heuchlerischen Protest der bürgerlichen Politiker und will die Studentenschaft des Rechtes berauben, sich politisch zu äußern und selbständige Meinungen, die sich von denen der Regierung unterscheiden dürfen, zu vertreten.

Es wird spannend sein zu beobachten, wie die Studenten solche Gestalten abschütteln werden, die ihre politische Selbständigkeit verkaufen, weil sie sagen, dieses müßte zum Ausbleiben der Unterstützung der Bundesregierung führen. Die das politische Gewicht der Studentenschaft bloß in die Waagschale ihrer Parteilaufbahn schmeißen wollen.

RAF-Prozess

Isolationshaft bewiesen

Vier vom Stammheimer Gericht bestellte medizinische Gutachter haben der Justiz jetzt bescheinigt, daß die Isolationshaft und damit die Justiz die Verantwortung für die eingeschränkte Verhandlungsfähigkeit der angeklagten RAF-Mitglieder trägt.

Gutachtlich bestätigt wurde damit, daß die Forderung der Häftlinge nach Aufhebung der Isolationshaft, der sie im Herbst und Winter 1974/75 durch einen mehrere Monate andauernden Hungerstreik Nachdruck verliehen haben und die auch außerhalb des Gefängnisses unterstützt wurde, gerecht war und ist.

Aber der Justizapparat denkt gar nicht daran, die Isolationshaft der RAF-Häftlinge jetzt aufzuheben. Der Beschluß des Gerichtes, die Verhandlung in Abwesenheit der Angeklagten fortzuführen, macht deutlich, in welche Richtung die Justiz jetzt marschiert: Nachdem ihr Versuch, den Willen der RAF-Mitglieder durch die Isolationshaft zu brechen, gescheitert ist, will sie diese jetzt in Abwesenheit verurteilen und in weiterer Isolationshaft zerbrechen. Nachdem jeder Berichterstatter im Gerichtssaal die Spuren der Isolationshaft an den RAF-Mitgliedern feststellen konnte, soll diese Erkenntnis fürderhin dadurch verhindert werden, daß die RAF-Mitglieder den Gerichtssaal gar nicht mehr betreten dürfen. Die Justiz verfährt hier nach dem Spruch: Sind meine Machenschaften nun aufgedeckt, so werde ich sie künftig noch geschickter und heimlicher verbergen müssen.

Auch die bürgerliche Presse war über die Entscheidung des Gerichts, die Angeklagten von der Verhandlung auszuschließen, nicht bloß beglückt. Wenn das mal gut geht, stellte sie ziemlich einheitlich fest. Keine der bürgerlichen Gazetten hat sich aber bei der Isolationshaft und ihren Folgen aufgehalten und gar gefordert, es müßten die Häftlinge normale Haftbedingungen erhalten. Die Kritik der bürgerlichen Presse gilt nicht der Justiz, die für die Isolationshaft verantwortlich ist, sondern dem, daß die Justiz nicht rechtsstaatlich einwandfrei vorgegangen wäre, was den Glauben an den Rechtsstaat unterhöhlt. Nachgeholfen werden soll diesem Glauben, indem jetzt alles so hingedreht wird, als habe der Richter Prinzing im Übereifer gehandelt.

Man kann sicher sein, daß Justiz und Presse den Richter Prinzing fallen lassen werden, wenn der Druck der Empörung über die Machenschaften der Justiz ihnen zu stark wird. Dann ist der Richter Prinzing nicht mehr der selbstbewußte und clevere Jurist, als welchen ihn die Presse zunächst gefeiert hat. Schon heute kreidet man ihm Ungeschicklichkeit und mangelnde Übersicht an. Weit hat er es nicht mehr, bis er Versager genannt wird. Tatsächlich ist er nichts als ein hochdotierter Befehlsempfänger des bürgerlichen Staats, der gegen hohes Gehalt jede Machenschaft der Bourgeoisie als Recht auslegt und ausgibt. Mit Sicherheit kann man davon ausgehen, daß es nicht dieser Richter ist, der entschieden hat, unter Ausschluß der Angeklagten weiterzuverhandeln. Der Mann war bloß Verkünder des Beschlusses, der weiter oben von den Organen der Staatssicherheit gefällt wurde.

Im Umgang mit Revolutionären soll an der Isolationshaft festgehalten werden: Darauf läuft die Stammheimer Entscheidung hinaus. Um das zur Rechtsnorm werden zu lassen, nimmt der Staat auch in Kauf, daß er jetzt zeitweilig geltendes Recht verletzen muß, wie das in Stammheim geschah.

Ob es ihm gelingt, die Isolationshaft zur Normalbehandlung gegenüber Revolutionären in seinen Gefängnissen werden zu lassen, wird nicht allein in den Konferenzsälen der bürgerlichen Klassenjustiz entschieden, die sich jetzt mit der Beschwerde der RAF-Verteidiger bezüglich dieses Gerichtsbeschlusses befassen muß. Entschieden wird dies dadurch, wie gut es gelingt, der gerechten Forderung der RAF-Häftlinge nach Aufhebung der Isolationshaft Gewicht zu verleihen. – **(e.r.)**

Aus den Gutachten zum RAF-Prozeß

Der Forderung der Häftlinge nach Aufhebung der Isolationshaft begegnete der Staatsapparat mit einer breiten Hetze gegenüber jedem, der diese Forderung der RAF-Häftlinge unterstützte. So erklärte der Westberliner Justizsenator Korber in einer am 8.11.1974 herausgegebenen Senats-Dokumentation: "Wer nach dieser Dokumentation weiterhin den Vorwurf der Isolationshaft erhebt, tut dies wider besseres Wissen... Er muß sich dann gefallen lassen, als Sympathisant oder Mitläufer solcher Gruppierungen bezeichnet zu werden."

Gegenüber der Behauptung des Gerichtes, die weitgehende Verhandlungsunfähigkeit der RAF-Angeklagten sei eine Folge des Hungerstreiks, stellen die Gutachten fest:

"Die Gewichtsverluste, die während des Hungerstreiks zwischen dem 13.9.74 und dem 5.2.75 aufgetreten sind, haben mit überwiegender Wahrscheinlichkeit zusätzlich die vegetative Labilität verstärkt, zu jener Zeit wohl in wesentlicher Weise, jetzt, mehr als ein halbes Jahr nach Beendigung des Hungerstreiks, aber nur noch mit geringer Gewichtigkeit nachwirkend." (Gutachten Müller/Schröder)

Als "wesentliche" Ursache des Untergewichts und des schlechten Gesundheitszustandes sehen Müller/Schröder "Stress Faktoren" an, die aus den Verhandlungs- und Haftbedingungen resultieren.

Zu den Auswirkungen der Isolationshaft stellt der Gutachter Rasch fest, daß "die Isolierung eines Menschen allein geeignet (ist), tiefgreifende Beeinträchtigungen seiner psychischen und physischen Verfassung zu erzeugen".

Gegen die Behauptung der Justiz, es handle sich nicht um Isolationshaft, stellen die Gutachten fest:

"Klar ist, daß die Angeklagten sich seit Jahren in einer sozialen Isolation befinden." (Gutachten Müller/Schröder). "Eine Untersuchung, die vergleichbare Bedingungen betrifft, unter denen die Angeklagten – nach meiner Kenntnis – in den letzten Jahren untergebracht waren, ist mir noch nicht bekannt geworden." (Gutachten Rasch)

Daß die Isolationshaft letztlich auf die Vernichtung der Angeklagten hinausläuft, wird in den Gutachten indirekt zugegeben:

"So weit letztere (die Sicherheitsmaßnahmen) eine Aufhebung der sozialen Isolation zulassen, sollte sie erfolgen; daß sie ärztlich wünschenswert ist, haben wir ausgedrückt." (Müller/Schröder)

Mende empfiehlt, damit eine ärztliche Behandlung erfolgen kann, "die Haftbedingungen soweit zu lockern, daß ein Abbau der sozialen Isolierung bis auf jenes unumgängliche Ausmaß resultiert, welches durch die Besonderheiten dieses Strafverfahrens bestimmt wird."

"Hinzu kommt, daß es bei jedem der Angeklagten zu einer Verschlechterung des Gesundheitszustandes kommen kann, deren Eintrittszeitpunkt jetzt nicht voraussehbar ist." (Gutachten Rasch)

Gegenüber den Lügen des Staatsapparates, die Häftlinge seien sogar besonders privilegiert untergebracht, wird im Gutachten Rasch festgestellt: "Durch die den Angeklagten eingeräumten 'Privilegien' (Zellenausstattung etc.) und Kontaktmöglichkeiten wurden die bislang existierenden und für den modernen Vollzug völlig ungewöhnlichen Haftbedingungen jedoch nicht in ihrem Kern verändert."

Forts. von S. 1

Nieder mit dem Franco-Regime!

Brandt sprach "*die Hoffnung aus, daß es den vernünftigen Kräften in Spanien gelingen werde, eine Lösung für die Ära nach Franco zu finden*", und verurteilte die "*Eskalation der Gewalt*", die "*zu extremistischen Lösungen durch die eine oder die andere Seite*" treibe (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Oktober).

Der KP-Vorsitzende Carillo, dem es schwer fällt, "*zwischen uns und den spanischen Sozialisten* (die von der SPD unterstützt werden)... *einen großen Unterschied*" zu entdecken, hat dieselbe Sorge: daß es "*zu heftigen Haßreaktionen kommen*" könne, wenn Franco weiter mordet, und daß das "*dann zu einem gewaltsamen Umsturz führen*" könnte (Der Spiegel, 6. Oktober).

Bei der "Frankfurter Allgemeinen" geht die Furcht vor der Revolution so weit, daß sie es als "*heilsame Entwicklung*" lobt, wenn "*die spanischen Arbeiter in langer Mühe den Streik allmählich aus dem Bereich des Illegalen in den des halbwegs Legalen gezerrt haben, ohne zu unfriedlichen Mitteln zu greifen*". Das schreibt dasselbe Sprachrohr der westdeutschen Bourgeoisie, in dem sonst keine Mühe gescheut wird, jeden Streik der westdeutschen Arbeiter aus dem Bereich des Legalen in den Bereich des Illegalen zu drängen. Wenn die bürgerliche Klasse den gewaltsamen Sturz ihrer Herrschaft fürchten muß, verliert der gewerkschaftliche Kampf für sie seine Schrecken.

Empfohlen wird, sich "*jener 'Solidaritäts'-Kundgebungen* (zu enthalten), *die die eine Seite ermuntern könnten, fortzufahren*". Nicht mit dem Befreiungskampf soll sich das arbeitende Volk solidarisieren, sondern einstimmen soll es in den Ruf nach Mäßigung, an beide Seiten gerichtet. Die "*unschuldigen Polizisten*", die das Werk der Unterdrückung verrichten, werden als Opfer der Gewalt auf eine Stufe gestellt mit denen, die sich gegen die Unterdrückung erheben. Aber der Tod der einen wiegt leicht, weil sie für eine ungerechte Sache gefallen sind, während der Tod der Revolutionäre schwerer wiegt, denn sie haben die Sache des Volkes vertreten. Und beide sind gefallen in einem Krieg, den das faschistische Regime im Dienste der bürgerlichen Klasse seit 40 Jahren gegen das spanische Volk führt.

Heute, wo das Franco-Regime als kriegführende Partei der Lage nicht mehr Herr wird, ruft die bürgerliche Klasse nach Mäßigung auf beiden Seiten, nach Waffenstillstand und Frieden.

Die internationale Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen aber sind nicht für den Waffenstillstand mit dem Franco-Regime und für Frieden mit seinen Auftraggebern, sondern für den Sieg der arbeitenden Klassen Spaniens in ihrem jahrzehntelangen Kampf.

Selbst eine unblutige Ablösung Francos wird "*das Land weit nach links schieben*", sorgt sich die "Frankfurter Allgemeine". Und weiter: "*Wenn Spanien dem Weg Portugals folgt, wird Europa sich in der größten politischen Krise seit 1945 befinden.*" Das wird stimmen. Wenn die Revolution Spanien ergreift, wird in allen Ländern Europas die Herrschaft der Ausbeuter erschüttert werden, und das "Konzert der Mächte" wird unter der unwiderstehlichen Tendenz, daß Völker die Revolution wollen, in großes Durcheinander geraten. Das ist für die Ausbeuter ein Grund zu schwerer Sorge. Für die arbeitenden und ausgebeuteten Klassen in den europäischen Ländern ist das kein Grund zur Sorge, sondern eine Ermutigung. Die verschiedenen Protestaktionen der letzten Wochen und Tage sind dafür ein deutliches Zeichen. – **(wm)**

Nationalfeiertag in der Volksrepublik China

In der Volksrepublik China feierte das Volk am 1. Oktober den 26. Jahrestag seiner Befreiung. In der Hauptstadt Peking fanden große Volksfeste und Veranstaltungen in den Parks statt. Führer von Partei und Staat sowie Gäste aus allen fünf Kontinenten schlossen sich den mehr als eine halbe Million Arbeitern, Kommunebauern, Kämpfern der Volksbefreiungsarmee, den Milizmännern, Lehrern, Studenten und anderen Intellektuellen an, die zu den Feiern gekommen waren. In den Tagen vorher war in den Pekinger Fabriken, Geschäften, Normeinheiten, in den Schulen, in der Nachbarschaft und in den umliegenden Dörfern schon gefeiert worden. Die großen Siege in der sozialistischen Revolution und im Aufbau des Landes während der letzten 26 Jahre halten die Erinnerung an die Befreiung wach und sind der Grund für die Freude des Volkes. (nach Hsinhua vom 2.10.1975)

Sowjetisch-israelische Kontakte

Die Leiter der sowjetischen und der israelischen UNO-Missionen, Gromyko und Allon, trafen sich am 26.9. zu einem dreistündigen Gespräch in New York. Das Gespräch fand statt im Sitz der sowjetischen UNO-Mission unmittelbar nach einem Gespräch zwischen Allon und Kissinger. Ein israelischer Sprecher erklärte, daß es konzentriert gewesen sei auf die Lage im mittleren Osten und ihre verschiedenen Aspekte. Das Gespräch war eine Fortsetzung der sowjetischen Politik, einerseits den arabischen Völkern "Hilfe" und "Solidarität" zu versprechen, gleichzeitig aber die Zusammenarbeit mit Israel auszudehnen durch Austausch von Parlamentsdelegationen, Sportlern, Vertretern des Klerus während ununterbrochen anhält die Unterstützung Israels durch Menschen. (nach Albanien Telegraphic Agency vom 26.9.1975)

Auch die Bourgeoisie hat ihre Frühinvalidität

Heutzutage erreicht nur jeder zweite Arbeiter das Rentenalter. Die anderen müssen wegen des vorzeitigen Verschleisses ihrer Arbeitskraft früher auf Rente gehen. Frühinvalidität gibt es auch in den Reihen der Bourgeoisie, allerdings aus ganz anderen Gründen. Der "Hamburger Morgenspost" vom 19.7.1975 konnte man entnehmen, daß in Detroit ein leitender Angestellter des Fordkonzerns frühzeitig ausscheiden muß. Seine Begründung: "Ich habe für die Firma an so viel Empfängen und Cocktail-
so viel Empfängen und Cocktail-
Partys teilgenommen, daß ich durch das Trinken dort Alkoholiker geworden bin und einen Leberschaden bekommen habe." Nicht nur die Gründe für die Frühinvalidität sind andere, sondern auch die Folgen. Während die Arbeiter, die ihre Arbeitskraft frühzeitig verschlissen haben und hierbei für die Kapitalisten den Reichtum geschaffen haben, dann mit Invalidenrente auskommen müssen, die kaum über dem Sozialhilfesatz liegen, verklagt der Manager, der invalide wegen übermäßigem Müßiggang geworden ist, seine Firma auf Schadensersatz in Höhe von 3 Millionen Mark.

Fürstliche Pension und karge Rente

‚Der mit 58 Jahren in den Ruhestand versetzte General Rall erhält eine Pension von 5 477,25 DM, davon 400 DM steuerfrei. Das sind nach 36 Dienstjahren 75 Prozent seiner bisherigen Monatsbezüge. Nebenverdienst in beliebiger Höhe ist ihm erlaubt und muß versteuert werden. – Ein Arbeiter, der mit 58 Jahren krank oder erwerbsunfähig wird, bekommt eine Rente von 826 DM, wenn er vorher den Durchschnittsverdienst aller Versicherten erreicht hat (1975 monatlich 1 800 DM brutto). Das sind nach einem Arbeiterleben von 44 Jahren knapp 46 Prozent seines bisherigen Bruttolohns. Nebenverdient ist in ganz beschränktem Umfang erlaubt, doch in den meisten Fällen von Erwerbsunfähigkeit sowieso nicht mehr möglich. Der bürgerliche Staat bezahlt auch diejenigen seiner hohen Funktionäre fürstlich, die mit Ungeschicklichkeit gefallen sind. Die Arbeiter, deren Arbeitskraft durch maßlose Überarbeit vorzeitig verschlissen ist, werden durch besonders niedrige Rente dafür bestraft. (Daten aus Frankfurter Rundschau vom 7.10.1975)

Untersuchungskommission des Bundestages:

Warnung vor Volksentscheid

Neun Tage nach der Massendemonstration für die Beseitigung des Paragrafen 218 durch Volksentscheid hat sich am 30. September die 'Enquete Kommission' des deutschen Bundestages zu Wort gemeldet, von der bislang kein Mensch wußte, daß es sie gibt. Enquete ist französisch und heißt Untersuchung. Laut Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. Oktober ist diese Kommission da, um über Möglichkeiten einer Verfassungsreform zu beraten.

Diese Kommission, deren Vorsitzender der SPD-Abgeordnete und Professor Schäfer ist, äußert sich zum Thema: Ob Volksbefragungen, Volksbegehren oder Volksentscheide geeignete Mittel wären, den Bürger mit der staatlichen Ordnung zu verbinden. Damit sagt die Kommission schon etwas über die Richtung, die die eventuelle Verfassungsreform annehmen soll. Keineswegs behauptet die Kommission, man müsse überlegen, ob und wie die Verfassung in einen besseren Einklang mit dem Willen der Bürger gebracht werden und die politische Ordnung dementsprechend geändert werden könnte. Umgekehrt. Selten hat man so schön den Handschellencharakter der bürgerlichen Verfassung als erstrebenswertes Ziel hingestellt bekommen.

Kein Zufall, daß die Enquete-Bagage gerad jetzt zur Frage Volksentscheid sich meldet. Das Ergebnis dieser Beratung: Die Möglichkeit des Mißbrauches überwöge die möglichen Vorteile. Man müsse abraten. Also, prinzipiell geeignet, den 'Bürger enger mit der staatlichen Ordnung zu verbinden', praktisch aber ungeeignet.

Man muß notieren, daß es der Handschellenideologe Schäfer nicht wagt, den Volksentscheid als verfassungswidrig und das Begehren nach einem solchen als verfassungsfeindlich zu bezeichnen. Wahrscheinlich ist aber die Logik des Satzes 'Alle Macht geht vom Volke aus und Feind dieses Grundsatzes ist, wer das Volk nach seinem Willen fragt' sogar für einen deutschen Professor zu toll.

Also, worin bestehen die 'möglichen Vorteile', welche die Enquete nicht abstreiten mag. Sie bestehen darin, daß vermittels der Einrichtung eines Volksentscheids als Verfassungsinstitut der allgemeinen Volksmeinung, daß die Spitzen der bürgerlichen Parteien sowie des Staates sowieso aus Lumpen bestehen, die machen, was sie wollen, die allgemeine Volksillusion entgegengesetzt würde, "aber wenn sie es gar zu wild treiben, dann gibt es immerhin einen Volksentscheid".

Es befürchtet aber die Enquete, daß sich diese Illusion gegenwärtig nicht gemacht wird, sondern gegenwärtig am "Mißbrauch" gearbeitet wird. Diese Befürchtung kommt zustande, weil man es nicht mit einer Bewegung zu tun hat, die etwa sagen würde, das Recht auf Volksentscheid muß her und dann sind wir zufrieden, weil dann herrscht Demokratie, sondern weil die Frage praktisch aufgeworfen ist von der Bewegung gegen den § 218.

Die Forderung nach Beseitigung des § 218 durch Volksentscheid ist von vorneherein entstanden aus einem **offenen Gegensatz** zwischen dem Willen der Volksmassen und dem Machtwort des bürgerlichen Staatsapparates.

Sie ist entstanden als eine Forderung des Zusammenschlusses der Massen gegen das Machtwort des bürgerlichen Staatsapparates und des Kampfes gegen den bürgerlichen Staatsapparat. Deswegen bindet die Forderung nach Beseitigung des § 218 durch Volksentscheid niemanden an den bürgerlichen Staatsapparat, und deswegen sieht die Enquete auch keine Möglichkeit, die Möglichkeiten der Einrichtung von Volksentscheiden zu Zwecken des Volksbetruges zu nutzen, sondern warnt vor Mißbrauch.

Die Bundestagskommission bescheinigt den Gegnern des § 218 unwillkürlich, daß sie recht haben und klug daran tun, an dieser Forderung festzuhalten. Dies ist erfreulich, denn es zeigt sich, daß die bürgerlichen Parteien und Politiker dunkel zu ahnen beginnen, daß es nicht gerade einfach sein wird, einem ganzen Volk für richtig zu erklären, was in einem Gedicht in der Zeitung "Metall" umschrieben wird mit der Zeile "Das hohe Gericht, – spricht, – Mein Wille sei, – der Deine nicht. –"

Selbstverständlich ist es nicht so, daß die schiere Forderung nach Volksentscheid die Bewegung gegen den § 218 erschaffen hätte. Die Bewegung hat ihre Grundlage in dem § 218 selber und in der würdelosen Lage, in die der die Massen treibt: Zum Kurpfuscher, in die Illegalität, zur Prüfungskommission betteln, eventuell vor den Staatsanwalt und ins Gefängnis. Der Abscheu gegen diesen Paragrafen ist da, bevor die Forderung nach einem Volksentscheid aufgestellt wird.

Das ist auch der Grund dafür, daß man sich nicht begnügen kann, vom bürgerlichen Staat die Beseitigung dieses Paragrafen zu fordern, sondern selbstverständlich beginnen muß, den Paragrafen zu bekämpfen, indem man den Staatsapparat bekämpft, der ihn anwendet.

Jedoch, warum sollte sich eine Bewegung, die entstanden ist aus dem Gegensatz zwischen dem **Willen** der Massen und der Unterdrückungstätigkeit des bürgerlichen Staates, sich als politische Massenbewegung des einfachen Mittels berauben, die Autorität der Staatsorgane, welche diesen § 218 durchsetzen wollen und daran keinen Zweifel lassen, zu untergraben mit diesem Argument: **Das Volk will es anders. Und wir haben recht, wenn wir Euch bekämpfen**, das könnt ihr Herren Parlamentarier und große abendländische Verfassungsphilister leicht feststellen, indem ihr das abstimmen laßt.

Und weil das so ist, werden wir Euch und Eurem Staatsapparat nicht gestatten, mit diesem Paragrafen Euer Unterdrückungswerk zu verrichten. Wir werden jeden einzelnen Fall, in dem Ihr versucht, das Schandding anzuwenden, ausnutzen, um die Front für Abschaffung dieses Paragrafen zu verbreitern, geradeso wie wir die Zersetzung Eurer Autorität, wenn Ihr Euch weigert, eine solche Abstimmung durchzuführen, ausnutzen werden, um immer mehr Menschen für den aktiven Kampf gegen den Paragrafen 218 und gegen Euren Staatsapparat zu gewinnen.

Dies sind die Gründe, warum die Forderung nach Beseitigung des Paragrafen 218 durch Volksentscheid die politische Selbständigkeit der Massen vom bürgerlichen Staat vergrößert und ihnen einen Handlungsspielraum gibt, dem Kampf also nützt.

Dies sind die Gründe, warum allerhand bürgerliche und halbbürgerliche Politiker zum gegenwärtigen Zeitpunkt dringlich warnen vor Volksentscheiden, und warum versucht wird, den Kampf gegen den § 218 einzuschläfern, indem ihm diese zusammenfassende Spitze geraubt wird, die den bürgerlichen Politikern, die den Verteidigern und Durchsetzern des Paragrafen 218 schmerzlich weh tut weil sie die Beseitigung des Paragrafen auf die Tagesordnung setzt und sich nicht mit Klagen begnügt. –(mf)

Portugal

Spalten, um zu herrschen

Provokationen der Reaktion / Der Kampf um die Soldaten

Von unserem Korrespondenten aus Lissabon

Die Regierung ließ am Montag voriger Woche sämtliche Radio- und Fernsehanstalten militärisch besetzen. Damit sollte die Zensur eingeführt werden. Doch dieser Schritt der Regierung erwies sich schon einen Tag später als Schuß nach hinten. Die Soldaten in den Radioanstalten solidarisierten sich mit den Arbeitern und den Belegschaften der Anstalten. Von Zensur konnte nicht die Rede sein.

Noch in der Nacht vom Montag zu Dienstag war der Führung der Sozialdemokratischen Partei (PS) und der Regierung ihre Niederlage klar geworden. Die Straße hatte am Montag dem Volk gehört, die Soldaten hatten sich mit dem Volk solidarisiert und ihren Befehl nicht befolgt.

Am Dienstag sollte die Straße den Reaktionären gehören. Die PS rief für Dienstag Abend zu einer Massendemonstration auf. Ihr schlossen sich die PPD (Volksdemokraten) sowie eine Reihe von reaktionären Gruppen wie z.B. die sogenannten "Angola-Flüchtlinge", die auf ihr Flugblatt schrieben: "Heute sind wir mit der PS. Repression den Kommunisten. Spinola kommt zurück!"

Die Straße gehört nicht der Reaktion

Die PS-Führung hatte auch die revisionistische PCP zur Beteiligung an der Demonstration aufgerufen, um ihre Unterstützung der Regierung zu beweisen. Aber die PCP hält sich gegenwärtig aus allem raus. Sie ließ erklären, sie "verfolge aufmerksam die Lage" und es sei "notwendig, gegenüber der Demagogie, dem Abenteurertum und den gewaltsamen Initiativen linker unverantwortlicher Elemente, die das Spiel der Reaktion trieben, extrem wachsam zu sein". Die PC hielt sich also der Demonstration fern und betätigte sich lediglich als Spalter durch den Angriff auf die revolutionären Kräfte.

Die Demonstration der PS und der PPD konnte zirka 30 000 Menschen sammeln, vor allem Kleinbürger, Akademiker und bekannte Provokateure. Während diese Demonstration zum Regierungspalast S. Bento marschiert mit Soares und der PS-Führung an der Spitze und dort Ministerpräsident Pinheiro de Azevedo zu den Demonstranten spricht und sich bei ihnen bedankt, sammeln sich die revolutionären Kräfte der Stadt vor Radio Renascenca und Republica, um die Gebäude gegen Provokateure zu verteidigen.

Obwohl die PS zuvor bekanntgegeben hatte, daß die Demonstration nicht zu einer Radio- oder Fernsehanstalt ziehen würde, gab Soares selber nach der Rede Azevedos das Startzeichen, zur Emissora Nacional zu ziehen. Dort provozierten Provokateure durch zwei Revolverschüsse ein Handgemenge.

Die Fallschirmjäger, die die dortige Radioanstalt besetzt hielten, griffen mit Tränengas ein und die Militärpolizei schlug die Demonstranten energisch in die Flucht. Die Provokation ging der PS selber ins Auge.

Nach dieser Niederlage wagte die PS keine Provokation mehr in dieser Nacht, zumal die beiden Gebäude von Radio Renascenca und Republica ab 2 Uhr von der revolutionären Truppe der Militärpolizei bewacht wurden. Die Demonstration hatte ihren Sinn verfehlt, die Straße gehörte nicht der Reaktion.

Die Regierung scheitert mit der Zensur

Radio Renascenca, das immer noch schweigt, da der Sender Burraca immer noch besetzt ist, wird jede Nacht von freiwilligen Soldaten aus zwei Kasernen bewacht gegen mögliche Provokationen, das auf Beschluß der Plenarversammlungen der Soldaten.

Am Dienstag voriger Woche hatte die Regierung außerdem entschieden, daß in Zukunft jede Erklärung, die in den Radiosendungen verlesen werden soll, einer Genehmigung durch den Informationsminister bedarf. Auch diese Entscheidung blieb unausgeführt und der Informationsminister erklärte neulich, die einzige Zensur werde wie vorher durch das Pressegesetz durchgeführt.

Auf ganzer Linie ist also der Versuch der Regierung fehlgeschlagen, die Zensur strikt durchzuführen. Lediglich wurde erreicht, daß Radio Renascenca schweigt. Aber hier ist der Kampf noch nicht entschieden.

Diese Niederlagen sowohl mit ihrer Militäraktion als auch mit ihrer Demonstration brachte die Führung der PS dahin, nun eine andere Taktik einzuschlagen.

Am Mittwoch mobilisierten die PS und die PPD ihre Mitglieder im ganzen Land. Überall wurden Alarm-Meldungen herausgebracht, es stehe für vier Uhr nachts ein Staatsstreich von links bevor. In Porto fahren nachts Autos durch die Stadt mit Lautsprechern, die das Volk aufrufen, sich auf die Straße zu begeben und sich vor der Radioanstalt zu sammeln. Es wird aufgerufen, an den Ausgangsstraßen der Stadt Barrikaden zu errichten. Die Barrikaden werden von der Sicherheitspolizei benutzt, Autokontrollen auf angebliche Waffentransporte hin durchzuführen. Die Militärregion Nord versetzt ihre Soldaten in Alarmzustand.

Aufstandsgerüchte

In Porto – behauptet die PS später – hätten ihre Mitglieder die strategisch wichtigsten Punkte der Stadt in dieser Nacht besetzt gehalten. In Lissabon, von wo der Aufstand aus einigen Kasernen angeblich losgehen sollte, werden kaum Menschen von der PS mobilisiert, obwohl die sozialdemokratische Zeitung "O Jornal novo" eilends noch eine zweite Nachtausgabe mit der Aufstandsmeldung druckt. Der Aufstand gehe angeblich von dem Artillerieregiment RALIS in Lissabon aus.

Eindeutig will die Führung der PS den Bürgerkrieg schüren, weil sie mit den Regierungsmaßnahmen nicht durchgedrungen ist.

Aber das alles schlägt gänzlich fehl und führt nach einigen Augenblicken der Verwirrung nur zu einem festeren Zusammenschluß der revolutionären Kräfte.

Der Zusammenschluß der Kommissionen in Fabriken, Kasernen und Stadtteilen ist in dieser Woche erheblich vorangekommen.

Die Arbeiterkommission der Republica veranstaltete am Freitag voriger Woche ein Treffen, zu dem alle Arbeiter-, Einwohner- und Soldatenkommissionen eingeladen waren. Es waren zirka 140 Fabrikkommissionen, 12 Soldatenkommissionen aus Kasernen und über 50 Einwohnerkommissionen anwesend, die beschlossen, ein gemeinsames Komitee zur Verteidigung von Republica und Radio Renascenca zu bilden. Weiter wurde beschlossen, daß die Zeitung Republica in Zukunft von jeweils in den Kommissionen zu benennenden Verantwortlichen Artikel über den Kampf in der Fabrik, Kaserne oder dem Stadtteil bekommt und die Kommissionen sich am Verkauf der Zeitung beteiligen.

Das ist ein guter Schritt zur Vereinigung der zahllosen Kommissionen in einer konkreten Sache.

Die Soldatenbewegung stößt auf Widerstand

Weitergekommen ist ebenfalls die demokratisch-revolutionäre Bewegung unter den Soldaten, die sich immer enger in Aktionen mit den Arbeitern verbindet. In Beja sollten 49 Soldaten versetzt werden, weil sie in Uniform an einer Demonstration von Arbeitern und Bauern teilgenommen hatten. Über 20 000 Arbeiter, Bauern und Werktätige belagerten daraufhin die Kaserne, die Soldaten hielten eine Plenarversammlung ab – schließlich mußte die Luftwaffenführung die Strafversetzung zurückziehen. Das ist nur eines von vielen Beispielen dieser Art in der vorigen Woche.

Die Reaktionäre in Militärführung und Regierung gehen jetzt verstärkt daran, Anstrengungen zur Auflösung revolutionärer Einheiten in den Streitkräften zu machen.

Am Sonntag wurde in Porto die CICCA-Kaserne, die gleichzeitig Ausbildungskaserne ist, geschlossen. Dies ist die erste Auflösung einer Truppe, die sich in der letzten Zeit durch zahlreiche Aktivitäten und Erfolge der revolutionären Soldatenbewegung auszeichnete. Die Mehrheit der Soldaten der CICCA-Kaserne war auf der Soldatendemonstration von Porto Anfang September. Die Schließung der Kaserne mußte im Stil einer militärischen Besetzung vor sich gehen. Dazu wurden Truppen der AMI, des neuen Einsatzkommandos, herangezogen, die brutal gegen die seit Samstag vor den Toren demonstrierenden Menschen vorgingen. Eine Demonstrantin liegt mit einem Bauchschuß im Krankenhaus. Die PS (Sozialisten), PPD (Volksdemokraten) und die CDS billigten sofort das Vorgehen der Militärführung und begrüßten diese ersten Schritte der massiven Unterdrückung der Soldaten. Sie riefen die Bevölkerung zu einer Solidaritätsdemonstration gestern mit den reaktionären Militärs auf. Diese Demonstration war aber nicht gerade zahlreich besucht.

Die Einwohnerkommissionen dagegen und alle linken Organisationen riefen auch gestern zur Protestdemonstration auf. Lediglich die PC äußerte sich überhaupt nicht. Die Demonstration des Volks von Porto gestern abend dann war die größte, die in der Geschichte der Stadt überhaupt vorgekommen ist. Diesmal waren über zweitausend Soldaten an der Spitze.

Der Schritt der Militärs in bezug auf die CICCA-Kaserne ist in allen Kasernen des Landes diskutiert worden. Viele Protesterklärungen von seiten der Plenarversammlungen in den Kasernen sind bekanntgegeben worden. Die Wachsamkeit der Soldaten wird dadurch erheblich gesteigert. Die Soldaten der RASP–Kaserne (Artillerie-Regiment) beschlossen heute auf einer Plenarversammlung, bei der Soldaten von sechs weiteren Kasernen und Delegierte der Zeitung Republica, entgegen dem Befehl der Regimentsführung, anwesend waren, daß die RASP-Kaserne durch die Soldaten besetzt bliebe bis zur Wiedereröffnung der CICCA-Kaserne. Weiterhin forderten sie den Ausschluß von Pires Veloso, des Militärbefehlshabers der Region Nord aus den Streitkräften.

Die an der Demonstration beteiligten Soldaten waren heute nacht um 4.20 Uhr in die Kaserne der RASP hineingegangen, hatten sich mit den dortigen Soldaten verbrüdert und sich an dem oben genannten Beschluß beteiligt. Pires Veloso kündigte heute telefonisch an, er werde die Kaserne dem Erdboden gleichmachen.

Aber die Soldaten blieben – unterstützt vom Volk – hart. Über dem Aufschwung der Soldatenbewegung beginnen die Reaktionäre in den Streitkräften offensichtlich den Kopf zu verlieren. In Lissabon steht das Artillerieregiment RALIS auf der Abschußliste der Regierung. Vor der Kaserne dieses Regiments in Sacavem demonstrierte gestern die Bevölkerung ihre Solidarität. Während die Bourgeoisie die revolutionären Einheiten aufzulösen versucht, versuchte sie gleichzeitig, sie unter der Hand zu entwaffnen. Einheiten wie die RALIS haben auch jetzt wieder betont, daß sie angesichts eines faschistischen Putsches sofort Waffen an das Volk austeilen werden. RALIS ist die bestausgerüstete Kaserne des Landes, so heißt es. Die Militärführung versucht jetzt, die Waffen von dieser Kaserne an andere, "sicherere Truppen" zu verteilen. Das hat eine heftige Diskussion im Volk ausgelöst. Es scheint, daß den Reaktionären die Steine, die sie gegen die Soldaten und das Volk aufheben, auf die eigenen Füße fallen.

Nichts ist entschieden

Die vorige Woche hat deutlich gezeigt: Die Reaktion hat zwar die Regierung in der Hand, aber sie kann nicht regieren. Sie verfügt zwar über die Kommandostellen in den Streitkräften, aber es gelingt ihr nicht, das Heer insgesamt gegen das Volk einzusetzen. Daher verlegt sie sich jetzt auf die Taktik der Spaltung, der Panikmache und der Verwirrung. Gleichzeitig geht sie mit allem Eifer daran, reaktionäre Truppen aufzustellen. Die Interventionstruppe AMI ist im Entstehen begriffen, und die vorige Woche hat der Bourgeoisie gezeigt, auf welche Militäreinheiten sie sich dabei stützen kann; außerdem werden in diese Truppe wohl Angola-Flüchtlinge aufgenommen, die arbeitslos sind und nur darauf warten, gegen die "Kommunisten" gewaltsam vorgehen zu können.

Die vorige Woche hat aber auch gezeigt, daß das Volk sich zusammenschließen kann und reaktionäre Pläne durcheinanderwirft. Es ist für die Reaktionäre nicht leicht, Verwirrung zu stiften. Das Volk schließt sich zusammen. Dennoch bleibt zu sagen, daß die portugiesischen Revolutionäre noch viel Arbeit zu leisten haben, um wirlich die Massen zu gewinnen. Unmittelbar im Kampf ist eine Avantgarde der Arbeiterklasse und des Volkes. Diese Avantgarde ist ein fester Kern, aber um Siege zu erringen, muß sie in der Lage sein, die Massen in den Kampf zu führen.

In der jetzigen Situation macht sich das Fehlen einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse, die im Volk verankert ist und das Volk zu organisieren versteht, bitter bemerkbar. Man kann nicht übersehen, daß in der gegenwärtigen Lage zwei Gefahren für die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse und des Volkes bestehen: Die eine in einer von den Massen isolierten "linken" und abenteuerlichen Politik, die sich von der relativen Schwäche und Zerfahrenheit der Bourgeoisie blenden läßt und sie taktisch nicht mehr ernst nimmt und die revolutionären Kräfte isoliert von den Massen in ein blutiges Abenteuer stürzt und die Massen damit in die Arme des Reformismus treibt. Diese Politik versteht es nicht, die Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit den Bauern und den anderen Schichten des Volkes richtig zu entfalten, sie geht von den Zentren der Bewegung, den großen Städten, aus und übersieht, daß der Feind im Hinterland, in den ländlichen Gegenden an der spanischen Grenze und im Norden noch über mächtige Reserven verfügen wird, wenn man sie ihm untätig überläßt. Diese Politik führt in den kleinbürgerlich-radikalen Organisationen zum Gedanken einer "Kommune von Lissabon", was kompletter Unsinn ist.

Gefahr falscher Linien

Die andere Gefahr ist der Reformismus und Revisionismus. Die PC hat sich in der vorigen Woche vollkommen zurückgehalten. Jetzt scheint sie Anstrengungen unternehmen zu wollen, auf dem Boden der Massenbewegung wieder Terrain für sich zu erobern, und sie spielt sich als die einzige Kraft auf, die die demokratischen Errungenschaften zu schützen versteht.

Der Putschismus und der Revisionismus sind in den Organisationen der FUR , der Einheitsfront von MES, Revolutionären Brigaden und Trotzkisten, eng mit einander verbunden. Dort entstehen einerseits die Ideen einer "Kommune von Lissabon", andererseits Initiativen, die gegenwärtigen Auseinandersetzungen mit der Bourgeoisie auf dem Wege von Gesprächen mit der Regierung zu lösen. – **(kkw**, Lissabon, 6.10.75)



Soldaten und Arbeiter demonstrieren gemeinsam gegen die bürgerliche Reaktion

Portugal

Streik der Metallarbeiter

Von unserem Korrespondenten aus Lissabon

Lissabon, Dienstag 16 Uhr. Seit einer Stunde streiken in Portugal die Metallarbeiter. Viele andere Gewerkschaften haben sich mit dem Streik solidarisiert. Zur Stunde sammeln sich in Lissabon auf der Praca do Comercio die Metallarbeiter der Region zu einer Demonstration. Worum geht es bei diesem Streik?

Die Metallarbeiter haben keinen gültigen Tarifvertrag. Es gilt nach wie vor der Tarifvertrag von vor einem Jahr. Verbesserungen im Lohn und in anderen Fragen wurden in diesem Jahr nur durch innerbetriebliche Abmachung, also jeweils nur für eine Belegschaft, erreicht. Die von den Revisionisten beherrschte Regierung hatte ein Dekret erlassen, das eine Aufhebung der unteren Lohngruppen vorsah und eine Reduzierung der Lohngruppen auf zwei große Lohnklassen. Dieses Dekret besteht seit Januar, aber eben bloß auf dem Papier.

Die revisionistische PCP, die in der Gewerkschaftsführung dominiert, hat also damals keinen Druck ausgeübt, daß dieses Dekret überhaupt Wirklichkeit würde. Sie hat weiterhin keinen Kampf um einen gültigen Tarifvertrag geführt. Sie hat letztlich Verbesserungen über Regierungsdekrete statt über den Kampf der Klasse herbeiführen wollen. Das führt zu papierenen Dekreten.

Der Intersyndical (Gewerkschaftsverband) und der Gewerkschaftsführung hat das die Wut vieler Arbeiter eingetragen. Viele haben sich von der Gewerkschaft abgewandt, der Kampfkraft der Klasse hat das geschadet. Die damalige Begründung der PCP war, daß man der Regierung nicht ins Werk pfuschen dürfe und die Wirtschaft schonen müsse. Diese Begründung geben heute die Sozialdemokraten für ihre Ablehnung des Streiks.

Die Revisionisten dagegen – in der Regierung nur noch eine Minderheit und auf Oppositionskurs – rufen jetzt die Arbeiter auf die Straße. Sie tun das nicht im Kampf für einen Tarifvertrag, sondern mit dem Ziel, das alte Regierungsdekret solle Wirklichkeit werden.

Es heißt, daß 250 000 Metallarbeiter dem Streik folgen. Sie tun das, weil die Verwirklichung des Dekrets tatsächlich für die unteren Lohngruppen, die etwa 550 bis 600 DM durchschnittlich im Monat haben, eine große Verbesserung bedeutet. Die Gewerkschaftsführung verschweigt allerdings, daß es massive Opposition gegen den Streikbeschluß gibt.

Eine große Gruppe von Arbeitern sagt, daß sie den Kampf bejaht und nicht spalten wird, daß aber die Forderung nach einem Tarifvertrag auf den Tisch müsse und die Politik der "kleinen Schritte" eine verlogene Sache sei.

Weiterhin sehen viele Arbeiter in der plötzlichen Kampfwütigkeit der Gewerkschaftsführung ein Manöver, um der revisionistischen Wahlliste in der Metallgewerkschafts zum Sieg zu verhelfen und das verlorene Ansehen zurückzuerobern, denn am Samstag werden die Wahlen der Metallarbeiter sein. Schließlich kritisiert sie die Art, wie der Streik beschlossen wurde. Er wurde nicht von den Mitgliedern beraten, sondern von einer schnell zusammengerufenen Delegiertenversammlung dekretiert. Eine Reihe von wichtigen Betrieben hat im übrigen gestern den Streik auf Plenarversammlungen vollkommen abgelehnt und die Sozialdemokraten unterstützt.

Die Spaltungspolitik der Revisionisten schadet der Klasseneinheit und die Reihen sind nicht geschlossen. In einer Arbeiterkommission sagte man mir gestern, die Arbeiter seien heute, nach eineinhalb Jahren reformistischer Spalterpolitik, sehr viel unorganisierter als vor dem 25. April 1974. Die Unternehmer gehen derweil im Schutz der neuen Regierung auf Kollisionskurs. Die Regierung ist drauf und dran, das Dekret ihrer Vorgänger zu annullieren. Die Unternehmer und die PS (Sozialisten) setzen auf Untergangs- und Krisenpropaganda. Am Samstag wollten sich die Unternehmer von Figueira versammeln, um ihren harten Kurs zu beraten. Diese Versammlung wurde von Metallarbeitern der Gegend verhindert, und zwar mit Gewalt. Die revisionistische Gewerkschaftsführung hatte gestern nichts besseres zu tun, als daraufhin sich von diesem Schritt der Arbeiter öffentlich zu distanzieren. Sie hat sich bei den Kapitalisten sozusagen entschuldigt. – **(kkw)**

Profit aus roter Asche-Vergiftungen bei Anwohnern in Kauf genommen

Seit Frühjahr 1974 brennt die Abraumhalde / Evakuierung angedroht

Essen. "Ordnungsdezernent Dr. Neumann hat 92 Familien mit etwa 270 Angehörigen, die in der Nähe der schwelenden Halde in Bergerhausen wohnen, in schriftlichen Benachrichtigungen darauf hingewiesen, daß sie ihre Wohnungen kurzfristig für einen halben oder ganzen Tag räumen müßten, wenn Gas- und Staubauswürfe während des Abbaus 'in noch stärkerem Maße als bisher' auftreten sollten.' (Westfälische Allgemeine Zeitung vom 4.10.)

Seit dem Frühjahr 1974 brennt die 50 m hohe, 750 000 cbm große Abraumhalde der stillgelegten Zeche Ludwig in Bergerhausen. Dabei entstehen Giftgase mit sehr hohen Anteilen von Schwefel, Kohlenmonoxid und Kohlendioxid. Seit 1974 sind Hunderte von Bewohnern der umliegenden Straßen ständig in Gefahr, schwere gesundheitliche Schäden davonzutragen, weil ihre Häuser direkt am Fuß des Abraumberges liegen. Sie sind einem penetranten Gestank ausgeliefert; abrutschende glühende Schlacke kommt erst wenige Meter vor den Häusern zum Stillstand und bildet mit umherfliegenden Funken eine dauernde Brandgefahr, so daß in diesem Jahr die Feuerwehr schon siebenmal anrücken mußte. Mehrere Menschen mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden, weil sie sich wegen der Giftgase ständig erbrachen. Seit eineinhalb Jahren verschlechtert sich diese Situation von Tag zu Tag.

So wurden z. B. am 1. und 2.10. "die Grenzwerte des Auswurfs an giftigem Schwefeldioxyd und an Schwefelwasserstoff (Gestank nach faulen Eiern) ... kurzfristig überschritten." (Westfälische Allgemeine Zeitung vom 2.10.)

Wer trägt die Verantwortung? Die Halde befindet sich im Besitz einer Frau Reitner, die seit einiger Zeit in Südwestafrika (Namibia) weilt. Bis jetzt ist noch ungeklärt, wie es zu dem Brand kam. Selbstentzündung ist möglich, Brandstiftung wird nicht ausgeschlossen. Seit über 1 1/2 Jahren wurden zwar allerhand Maßnahmen in die Wege geleitet, um den Brand zu beseitigen – doch ohne Ergebnis.

Die schon vor Monaten von den Anwohnern alarmierte Stadtverwaltung zog verschiedene Maßnahmen in Betracht.

1. Löschen der Halde mit Wasser. Geschätzte Kosten von 1 Million DM wollte man der Eigentümerin jedoch nicht zumuten!
2. Sofortige Abtragung der gesamten Halde (geschätzte Kosten: 12 Mio DM), wurde ebenfalls verworfen.
3. Abdecken der Halde mit Lehm. Das erwies sich als völlig unnütz, da der Lehm rissig wurde.
4. Versuchsbohrungen – ohne Ergebnis.

Während die Stadtverwaltung herumexperimentierte, brannte ein Teil der Halde zu roter Asche aus, die für den Straßenbau verwendet wird und äußerst gewinnbringend ist. Man sieht, daß alle geplanten Maßnahmen darauf hinausliefen, der Besitzerin nicht weh zu tun, sondern das zu gewährleisten, worauf es ihr ankommt: den Profit, den die ausgebrannte rote Asche abwirft!

Essen. Die schwelende Halde wirft Staub und Stinkende Gase aus.

Das offene Eintreten der Stadtverwaltung für die Interessen der Kapitalistin Reitner und die skandalöse Mißachtung der gefährdeten Anwohner veranlaßte schließlich sogar einen Bürgermeister im Rat der Stadt, Horst Kleiner, zu einem Leserbrief an die örtliche Presse. Ironisch bemerkt er, "daß die mittlerweile durchgebrannte Halde genug rote Asche für alle Kosten abwirft". (Westfälische Allgemeine Zeitung vom 17.5.)

Die Stadtverwaltung verpflichtete schließlich die Eigentümerin, die Halde abtragen zu lassen. Obwohl ein zügiger Abbau im Interesse der gefährdeten Anwohner liegt, wird mit wenigen LKW's so langsam abgetragen, daß es noch einige Jahre dauern kann, bis die 750 000 cbm fortgeschafft sind. Nur ein einziges Mal wurde bisher das von der Stadt geforderte Tagessoll von 2 500 Tonnen erfüllt (Westfälische Allgemeine Zeitung vom 3.10.). Das Ordnungsamt der Stadt Essen ist bezüglich der Halde offenbar auf beiden Augen blind.

Wie die Anwohner zu berichten wußten, hat der Leiter des Gesundheitsamtes Becker-Inglau behauptet, Messungen hätten "luftkurortähnliche Verhältnisse" ergeben. Diese freche Lüge widerlegte er jedoch kurz darauf persönlich. Bei einer Ortsbesichtigung wurde ihm schlecht. Er ging in die Knie! – (d./b., Kommunistische Gruppe Essen)

Seit eineinhalb Jahren verschlechtert sich diese Situation von Tag zu Tag.

Während die Stadtverwaltung herumexperimentierte, brannte ein Teil

Altstadtsanierung eingeläutet

Kommunistische Stadträtin erneut ausgeschlossen

Heidelberg. In der Gemeinderatssitzung vom 1. Oktober stand der Beschluß über den ersten Teil der Sanierung der Heidelberger Altstadt auf der Tagesordnung. Die kommunistische Stadträtin Helga Rosenbaum wies in der Debatte nach, wer von dieser Sanierung Nutzen und wer davon den Schaden hat. Dem Oberbürgermeister Zundel paßte das nicht; er schloß die Stadträtin erneut aus der Sitzung aus.

Der erste Sanierungsabschnitt ist ein Gebiet nahe des Hauptgeschäftszentrums, das der Rheinisch-Westfälische Immobilienfonds, die Kaufhalle und die Stadt in den Fingern haben. Durch Abriß soll da Platz für eine Erweiterung des Geschäftszentrums geschaffen werden. "Eine große Hoffnung für Handel und Wandel", wie sich ein CDU-Stadtratsmitglied ausdrückte. 245 Bewohnern ist bis Jahresmitte 1976 gekündigt worden. Um dem Widerstand gegen die Sanierung auf dem Rücken der Altstadtbewohner zu begegnen, wird von seiten der Stadt versucht, vom Zweck der Sanierung abzulenken. Im Sanierungsgebiet sollen auch Sozialwohnungen gebaut werden. Für den ersten Teilabschnitt sollen 126 Sozialwohnungen gebaut werden. Den Bewohnern des Gebiets werden Versprechungen gemacht, daß sie in die neuen Wohnungen zurückziehen können, wenn sie es wollen. Jetzt wolle man ihnen Ersatzwohnungen zur Verfügung stellen und einen Sozialplan für jeden Fall ausarbeiten. Daß hier leeres Stroh gedroschen wird, kam bei der Debatte klar zutage. Einen solchen Sozialplan gibt es nämlich nicht, und der Antrag, dem Bebauungsplan erst zuzustimmen, wenn ein Sozialplan mit allen Einzelheiten auf dem Tisch liegt, wurde von der SPD wieder fallen gelassen, dem Bebauungsplan wurde zugestimmt. "Uns geht es nur darum, daß das Problem von der Stadtverwaltung gesehen wird", hieß es bei der SPD. Daß die Stadt mit den Sozialwohnungen in Wirklichkeit was ganz anderes vorhat, wurde von Helga Rosenbaum aufgrund von Erfahrungen in dem "Sozialwohngebiet" Emmertsgrund aufgedeckt. So ist der Betriebsrat am Max-Planck-Institut (Helga Rosenbaum ist Ersatzmitglied), das sich in diesem Wohngebiet durch ein billiges Darlehen Belegungsrechte gesichert hat für Wohnungen, die immer noch leer stehen, aufgefordert worden, einem sogenannten Ringtausch zuzustimmen. Inhaber von Wohnberechtigungsscheinen für eine Sozialwohnung, deren Mietpreis sie aber nicht zahlen können, sollen den Schein an "einkommensstärkere" Mieter weitergeben. D.h. praktisch, selbst auf eine Sozialwohnung zu verzichten, obwohl sie durch ihre Steuergelder mit dazu beigetragen haben, die Baukapitalisten zu sanieren.

Mit solchen Mauscheleien sei auch für die Altstadtsanierung zu rechnen, führte Helga Rosenbaum aus. Mit dem Bau von Sozialwohnungen kämen die Baukapitalisten an saftige Subventionen aus Steuermitteln heran, um Wohnungen für die Heidelberger Schickeria im Stadtzentrum zu bauen. Mit dem Ringtausch von Wohnberechtigungsscheinen könne die "Zweckentfremdung" der viel zu teuren Sozialwohnungen dann bewerkstelligt werden.

Der Oberbürgermeister fühlte sich offenbar ertappt. Sozialwohnungen für die Schickeria, das hatte er schon in der Sitzung davor in die Begründung einer Beleidigungsklage gegen Helga Rosenbaum aufgenommen. "Sozialwohnung bleibt Sozialwohnung", sagte er, das Ganze sei eine Unterstellung. Auf den Nachweis, wie man's mit den Sozialwohnungen machen kann, hatte der Oberbürgermeister nur noch den Ausschluß von der Sitzung parat.

Als die Herren unter sich waren, beeilte sich der Oberbürgermeister aber, zu bekräftigen, daß der Tausch von Wohnberechtigungsscheinen gesetzlich zulässig sei, das würden alle Städte so machen. (v.,h., Heidelberg)

Gegen die staatliche Ausplünderung

Kassel. Gegen die geplanten Fahrpreiserhöhungen von bis zu 70 % nahmen über 200 Menschen an einer Protestkundgebung teil, zu der die Ortsgruppe des KBW aufgerufen hatte. Als sich die Teilnehmer zu einem Demonstrationszug zum Rathaus formierten, wo gerade der neue Oberbürgermeister amtseingeführt wurde, sperrte die Polizei mit starken Kräften und mehreren Hunden die Straße ab. Für Mittwoch rief die Ortsgruppe zu einer erneuten Demonstration auf. An dem Tag will der Magistrat über die Erhöhungen beschließen.

Trier. Gegen Fahrpreiserhöhungen bis zu 100 % hat sich auf Initiative mehrerer Schülerkomitees gegen die Einschränkung der Fahrtkostenerstattung und der Sympathisantengruppe des KBW eine Aktionseinheit gebildet, die unter der Forderung "Keine Fahrpreiserhöhung" am Tag der vorgesehenen Beschlußfassung einen Umzug und mehrere kleine Kundgebungen veranstaltete. In der Stadtratssitzung waren zahlreiche Gegner der Tariferhöhung anwesend, die mit Sprechchören forderten "Keinen Pfennig mehr als bisher!". Der Tagesordnungspunkt Fahrpreiserhöhung wurde abgesetzt. 2 500 Unterschriften gegen die Erhöhungen wurden in wenigen Tagen gesammelt.

Prozess gegen türkische Revolutionäre

Prozess gegen türkische Revolutionäre

Köln. Seit drei Wochen hält der vorsitzende Richter Dr. Victor Henry de Somoskeoy in seiner Staatsschutzkammer wieder in alt bewährter Manier über vier Revolutionäre Gericht. Es geht um die vier türkischen Revolutionäre Ömer Özerturgut, Yüksel Ugurlu, Hatica Yurtdas und Mustafa Tutkum.

Die Anklage lautet hauptsächlich auf Mitgliedschaft in einer Kriminellen Vereinigung, womit das Gericht die PEF, die Patriotische Einheitsfront der Türkei, meint. Der baltische Baron Victor Henry de Somoskeoy ist von der Bourgeoisie auserkoren, dieser Organisation den Stempel der kriminellen Vereinigung aufzudrücken, nachdem ein Gericht in Frankfurt gegen die Revolutionäre Dagyeli und Subasi diesem Auftrag nicht nachgekommen ist. Der Nobelmann wird – nicht zu Unrecht – als besser geeignet angesehen, jeden zum Verbrecher zu erklären, der gegen Faschismus und Reaktion, gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpft. Seine Lorbeeren in diesem Metier hat sich der Richter schon in einer ganzen Reihe von Prozessen erworben. So verhängte er gegen die Antifaschistin Beate Klarsfeld eine Freiheitsstrafe, weil sie versucht hatte, einen hier frei herumlaufenden Nazi-Verbrecher den französischen Behörden zuzuführen.

Kürzlich verurteilte er den aus dem Ford-Streik bekannt gewordenen Türken Baha Targün wegen angeblicher Erpressung zu sechs Jahren Gefängnis, und das allein auf die Beschuldigung eines türkischen Kapitalisten hin. Mit dem jetzigen Schauprozeß soll den ausländischen Arbeitern gedeutet werden, daß jede Auflehnung gegen die Verhältnisse in ihrem Heimatland und gegen ihre elende und entrechtete Lage in der BRD zwecklos ist. Gleichzeitig soll auch dem westdeutschen Volk vor Augen geführt werden, wer für den Marxismus-Leninismus eintritt, der ist nach dem Recht der Bourgeoisie ein Krimineller. "Hier werden Gedanken angeklagt", so kennzeichnete Mustafa Tutkun den Prozeß. Es zeigt sich deutlich an den vorgelegten Beweismitteln. Es geht um das Ziel der PEF, und das ist laut Anklageschrift "der gewaltsame bewaffnete Umsturz und die Errichtung einer sogenannten Volksrepublik maoistischer Prägung in der Türkei".

Daß der Prozeß von vornherein den richtigen Anstrich kriegt, dafür hat das hohe Gericht Sorge getragen. Die eineinhalbjährige Untersuchungs- und Isolationshaft der Angeklagten müssen nach außen hin ihre Rechtfertigung erhalten. Das Gericht am Appellplatz ist zur Festung ausgebaut, ringsum Polizeiwagen, Beamte des MEK, die Fenster aus schußsicherem Glas. Jeder, der das Gerichtsgebäude betritt, wird kontrolliert.

Die Angeklagten werden behandelt, als seien sie schon verurteilt. Zwar sind die bisher vorgelegten "Beweise" mehr als dürftig; häufig handelt es sich um während der U-Haft beschlagnahmte Briefe, öffentlich zugängliche Literatur und politische Zeitschriften, aber das Gericht kümmert's nicht. Einschüchterungen aller Art sind gang und gäbe. Ein Zuhörer wurde zum Beispiel von der Verhandlung ausgeschlossen, weil er der Angeklagten Hatice Yurtdas aufmunternd die geballte Faust gezeigt hatte. Als Hatice Yurtdas ihren Antrag auf Befangenheitserklärung des Gerichts (nach drei vorausgegangenen der übrigen Angeklagten) verlas, wurde sie vom Staatsanwalt und Richter de Somoskeoy ständig unterbrochen und angebrüllt. Sie konnte ihren Ablehnungsantrag nicht zu Ende verlesen und de Somoskeoy entzog ihr das Wort für die weitere Verhandlung, weil sie ausgeführt hatte, daß das Gericht den Faschismus in der Türkei gutheiße, wenn türkische Revolutionäre hier für ihren Kampf gegen diese Verhältnisse verurteilt würden. Ömer Özurturgut ließ man einen Tag aus der Verhandlung entfernen, weil er, so der Vorsitzende, mehrfach Kritik an der Verhandlungsführung geübt hatte. Mustafa Tutkun erhielt drei Tage Ordnungshaft, weil er die Würde des Gerichts durch die Äußerung verletzt habe, daß es ein Zusammenspiel von türkischer Geheimpolizei und dem Gericht gebe. – (r., Köln)

Aus der Gefangenenzeitung "ZU"

Sind Gefangenenzeitungen unzensiert ?

In der ersten Nummer der Gefangenenzeitung "ZU", die nach dem wieder aufgehobenen Verbot der Zeitung erschienen ist, werden in dem Artikel "Sind Gefangenenzeitungen unzensiert? " Überlegungen angestellt über die Bedingungen, unter denen Gefangenenzeitungen erscheinen. Zitiert wird der baden-württembergische Ministerialdirigent Rauschenbach: "Ich bin ein Anhänger ... vor allem der unzensierten Gefangenenzeitung. (...) Aber es gibt eben Grenzen, und diese Grenzen dürfen nicht überschritten werden!" Daß in der Zeitung der Richter Auwärter, leidenschaftlicher Anhänger von Todesstrafe und Zwangskastration, scharf kritisiert worden war, das hatte die "Grenze" wohl überschritten. Durch das Verbot sollten die Gefangenen lernen, wo die "Grenzen" liegen.

Ein Gefangener ist wegen eines Artikels gemaßregelt worden. Ein anderer erhielt eine Strafanzeige, "weil in dem Artikel 'Ärztliche Hilfe tut not!' angeblich verleumderisch behauptet würde, die Anstalt 'vernachlässige auf dem Gesundheitssektor die ihr den Gefangenen gegenüber obliegenden Pflichten' (aus der Verbotsbegründung)". "Das schwere Geschütz der Strafanzeige", heißt es, "wird hier gegen Gefangene, also schon straffällig Gewordene, wohl deshalb so schnell in Stellung gebracht, weil man mit solchen Leuten sowieso leichteres Spiel zu haben glaubt und es vor allem einschüchtert.

Was steht in dem Artikel? Der Artikel behauptet erstens, daß bei einem Nervenzusammenbruch eines Gefangenen eineinhalb Stunden vergingen, bis erste ausreichende Hilfsmaßnahmen ergriffen wurden, und zweitens, daß Neuzugänge in der Anstalt nicht ärztlich untersucht würden und daher Gefahr der Verbreitung ansteckender Krankheiten bestünde. Beide Tatsachen sind unbestreitbar. Nichts Strafbares ist an diesem Artikel als die Wahrheit. Aber jeder, der sie schreiben will und Gefangener ist, weiß jetzt, unter welchen Bedingungen er das tut. Das ist ja auch der Zweck der Sache.

Die disziplinarischen und rechtlichen Maßnahmen gegen Gefangene, die in der 'ZU' veröffentlicht haben, sind auch Maßnahmen gegen die Gefangenenzeitung. Abgesehen von den konkreten Erschwernissen für die betroffenen Gefangenen schaffen sie unerträgliche Bedingungen für die Herstellung einer Gefangenenzeitung. Die Forderung ist gerecht und dringend: Die Maßregelungen müssen zurückgenommen werden!

In Spanien haben kürzlich die Verleger um die Wiedereinführung der Vorzensur gebeten. Angesichts der dauernden Strafverfahren gegen Redakteure und der sich häufenden Verbote von Zeitungen schien dieses Verfahren den Verlegern kostensparender, für sie selbst ungefährlicher und den Lesern gegenüber ehrlicher zu sein.

Jedenfalls sollte man, wenn man eine Zeitung liest, die Bedingungen kennen, unter denen sie hergestellt wird; um sie in Rechnung zu stellen, und auch: um sie zu verändern. Die 'ZU' nannte sich 'unzensiert'; die Ereignisse zeigen, wie man das verstehen muß."

Aufgeschnappt

"Wenn sich die Araber einig wären, gäbe es Israel längst nicht mehr!" (Müller, Amtmann, 17. September 1975)

Und wenn sich die Gefangenen einig wären, wären ihre Arbeits- und Lebensbedingungen längst schon andere! – (r.l.)

Aus der Gefangenenzeitung "ZU"

Kirche geht gegen § 218-Gegner vor

Freiburg. Angesichts von rund 20 000 Unterschriften gegen den § 218 in Freiburg hat es der katholischen Kirche keine Ruhe mehr gelassen. Jetzt hat sie am Kolping-Kolleg (katholische Einrichtung des 2. Bildungsweges) versucht, einen Schlag gegen die Gegner des § 218 zu führen.

Am Freitag vor der Bonner Demonstration hatten 5 Schülerinnen des Kollegs vor der Schule einen Stand gegen den § 218 gemacht, wo sie zur Demonstration aufriefen. Zwei von ihnen hatten vorzeitig den Unterricht verlassen (A. Blecke und I. Kist). Die Schulleitung und einige Lehrer gerieten außer sich. Gollnick, ein gerade anwesender höherer Funktionär des Bildungswerkes, rief nach einem Fotografen, um die ganze Sache aktenkundig zu machen. Der Rektor telefonierte sofort mit Oberarzt Dr. Heißmeyer an der Uniklinik, um zu überprüfen, ob die Schülerin A. Blecke ihr vorzeitiges Verlassen des Unterrichts mit einem dort ausgestellten Attest begründen könne. Heißmeyer, als er vom § 218 hörte, wollte es den Leuten "die den Staat zerschlagen wollen" dann gleich mal zeigen. Obwohl ein schriftlicher Befund auf akute Gastritis vorlag, erklärte er A. Blecke fernmündlich für völlig gesund.

Der Rektor sah grünes Licht. In der folgenden Woche wurde A. Blecke wegen vorzeitigen Verlassens des Unterrichts eine Disziplinierung angedroht, J. Kist der fristlose Rausschmiß, weil sie gegen den Schulvertrag verstoßen habe, in dem die Schüler erklären müssen, daß sie sich nicht gegen die "christliche Zielsetzung" des Kollegs verhalten werden. Zudem sei sie noch in der Probezeit.

Die Schüler, die zu über 50 % die Forderungen des Komitees gegen den § 218 unterzeichnet haben, führten sofort eine Unterschriftensammlung durch. Ca. 90 % erklärten sich ausdrücklich gegen jede politische Disziplinierung, auch unter Vorwänden wie dem Fehlen während des Unterrichts.

Trotzdem beschloß die Gesamtlehrerkonferenz einen zweiwöchigen Ausschluß für A. Blecke, I. Kist wurde fristlos gekündigt und von der Schule verwiesen.

In der Sendung "Abendjournal" beim Südwestfunk sollte das Vorgehen der Kirche gegen die Schüler wegen ihrer Aktivität gegen den § 218 als "Ärgernis der Woche" dargestellt werden.

Als dann aber bekannt wurde, daß eine der Schülerinnen Mitglied des KBW ist, war den Verantwortlichen beim Funk die politische Bestrafung plötzlich kein Ärgernis mehr. Der Verwaltungsrat, in dem auch die Kirche vertreten ist, drohte mit einer Vorzensur für weitere "Ärgerniss"-sendungen, wenn die Sendung gesendet würde.

Das Freiburger Landgericht, 1. Zivilkammer, bei dem die beiden Schülerinnen Antrag auf einstweilige Verfügung gegen die Maßnahmen der Schulleitung gestellt hatten, legte den Verhandlungstermin auf den 14. Oktober fest, dem Tag, an dem A. Blecke ihren zeitweiligen Verweis abgesessen haben wird. Über diese schikanöse Form des Rechtsschutzes regte sich selbst die "Badische Zeitung" in ihrer Ausgabe vom 6.10. auf. Das Gericht weigert sich bisher außerdem, die Verhandlung in einen größeren Raum zu verlegen.

Schüler des Kolping-Kollegs haben sich inzwischen zu einer Untergruppe des Freiburger Komitees gegen den § 218 zusammengeschlossen und bereiten eine Veranstaltung vor, auf der das Betrugsmanöver mit dem neuen Gesetzentwurf zum § 218 und die Repressalien gegen die Gegner des § 218 Thema sind. – (Zelle Kolping des Kommunistischen Schülerbundes)



Essen: Heftige Debatte über den neuen Gesetzentwurf zum § 218

Siemens-Vertrauensleutekörper fordert Aufhebung der § 218-Strafbefehle

Augsburg. Die Strafbefehle zwischen 400 und 4 000 DM, die aufgrund des § 218 gegen zwei Mitarbeiter der Augsburger Familienberatungsstelle Pro Familia, gegen eine junge Frau und zwei ihrer Bekannten ausgestellt wurden, und die vom bayrischen Sozialministerium geforderte Entlassung der Leiterin der Beratungsstelle, Elisabeth Heil-Küster, stoßen zunehmend auf Widerspruch (siehe KVZ Nr. 38). Der Vertrauensleutekörper von Siemens Augsburg hat mehrheitlich eine Resolution verabschiedet gegen die Entlassung von Frau Heil-Küster, für die Aufhebung der Strafbefehle, gegen das Verhalten des bayrischen Sozialministeriums und für die ersatzlose Streichung des § 218. Die Siemens-Vertrauensleute trugen diese Resolution auch auf der IG-Metall-Vertreterversammlung vom 3. Oktober vor. Die Vertreterversammlung beschloß, daß der Ortsverwaltung Material zugehen musse und daß der Fall "Pro Familia" erst auf der kommenden Vertreterversammlung behandelt werden soll, trat aber mit 166 Stimmen bei nur zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen für die Forderung nach der ersatzlosen Streichung des § 218 ein.

Bundestagsmitglied Max Amling hat inzwischen die Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit aufgefordert, die Aufforderung des bayrischen Sozialministeriums zur Kündigung der Pro-Familia-Leiterin zurückzuweisen (die Beratungsstelle wird zu 55 Prozent aus Bundesmitteln getragen).

Das Augsburger Komitee gegen den § 218 ist an den beiden letzten Wochenenden in der Fußgängerzone gegen die Entlassung, gegen eine Verurteilung aufgrund des § 218 im Pro-Familia-Prozeß und gegen den neuen Gesetzentwurf zum § 218 aufgetreten und hat mit einer Unterschriftensammlung begonnen.

Bisher wurden 400 Unterschriften gesammelt. Am Augsburger Gericht prangt in leuchtendem Rot über die ganze Vorderfront die Aufschrift "Weg mit dem § 218 – Volksentscheid! Keine Verurteilung im Pro-Familia-Prozeß!"

Am letzten Wochenende tauchten dann die Befürworter des § 218 gleich dreifach auf, als "Aktion Lebensrecht für alle", als Zentralstelle für katholische Seelsorge bei Sinnesgeschädigten und als Volksbund Jugendschutz e.V.

Da sie für ihre Hetzblättchen aber wenig Interessenten fanden, machten sie sich an die Menschen heran, die die Forderungen des Komitees unterzeichneten. "Ja wissen Sie denn überhaupt, was Sie da unterschreiben!" "Ja, ja, das wissen wir sehr wohl, hauens' bloß ab!" bekamen sie zu hören. Eine Frau Dr. Seelentag von der "Aktion Lebensrecht" war es schließlich leid, so ohne alle Wirkung herumzustehen. Sie winkte ein Polizeifahrzeug herbei. Der Polizist kontrollierte einen Ausweis, ging aber gleich wieder. "Laß bloß solche Sachen mit der Polizei sein!" ging eine Arbeiterin auf die Frau Doktor los. "Was willst du überhaupt hier? Du hast keinen arbeitslosen Mann, dich betrifft der § 218 überhaupt nicht!" (Gruppe Augsburger Kommunisten)

Veranstaltung der Komitees und Initiativen gegen den § 218 am 12. Oktober in Frankfurt

"Die bürgerlichen Parteien verschärfen den § 218 – Das Volk wird ihn zu Fall bringen"

Am 11./12.10.1975 wird die 1. ordentliche Delegiertenkonferenz der Komitees und Initiativen gegen den § 218 in Frankfurt stattfinden. Erwartet werden ca. 300 Delegierte, die Komitees in 172 Städten vertreten sowie nicht stimmberechtige Gastdelegierte aus weiteren Städten. Eingeladen wurden Vertreter des KBW und Vertreter der Komitees für die e rsatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen in Österreich. Die Delegiertenkonferenz wird die bisherige Arbeit der Komitees und Initiativen überprüfen, die weitere Arbeit festlegen und einen neuen Ausschuß wählen.

Zum Abschluß der Delegiertenkonferenz führt der Ausschuß der Komitees und Initiativen eine Diskussionsveranstaltung durch in Frankfurt-Niederrad, Turnhalle Schwarzwaldstraße (Nähe Autobahnausfahrt Neu-Isenburg). Das Hauptreferat wird die Lage nach der Veröffentlichung des Gesetzentwurfes untersuchen, die breite Ablehnung dieser Neuauflage des Strafparagraphen begründen und die beschlossenen Kampfschritte der Komitees und Initiativen darlegen. Zur öffentlichen Auseinandersetzung über den Weg des weiteren Kampfes gegen den § 218 anhand der Vorschläge der Komitees und Initiativen sind aufgefordert und schriftlich eingeladen:

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Deutsche Jungdemokraten, Deutsche Kommunistische Partei, Gruppe Internationaler Marxisten, Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands Kommunistischer Bund, Kommunistischer Bund Westdeutschland, Kommunistische Partei Deutschlands Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten Leninisten und die Aktion gegen das Abtreibungsverbot.

Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218

Bürgerliche „Bevölkerungspolitik"

Bekanntlich ist die Bevölkerung seit 1946 bis 1972 in der Bundesrepublik ununterbrochen gewachsen: von 46 Millionen auf 62 Millionen. Seit 1972 beginnt die Bevölkerungszahl wieder zu sinken. Zugrunde liegt dieser Entwicklung ein Rückgang der Geburtenrate. Die Entwicklung der Bevölkerungsstatistik hat inzwischen die bürgerlichen Bevölkerungspolitiker auf den Plan gerufen.

Zuwenig Kunden auf dem Warenmarkt

In der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" entwickelt einer von ihnen folgende Gedanken:

"Was hat das alles mit Wirtschaft zu tun? Nun, die Wirtschaft lebt von ihren Abnehmern. Je mehr Kunden sie hat, desto leichter ist es, die Kapazitäten auszulasten und wirtschaftliches Wachstum zu erzielen. Zwar kommt es nicht allein auf die Zahl der Kunden an, sondern vor allem auf ihre Kaufkraft; trotzdem können wir uns nicht mit dem Hinweis auf die übervölkerten Entwicklungsländer trösten. Dort führt Bevölkerungswachstum keineswegs zu Wohlstand, sondern steht einer positiven Wirtschaftsentwicklung im Wege. Aber die Ausgangslage ist auch eine andere. Für die Entwicklungsländer bedeutet Bevölkerungswachstum zusätzliche Belastungen, den Industrienationen schafft Bevölkerungswachstum zusätzliche Konsumenten. Was es für die Expansionskraft einer Wirtschaft bedeutet, jährlich eine halbe Million neuer Kunden mit Kleidung, Nahrung und Wohnung zu versorgen, werden wir in vollem Ausmaß in den kommenden Jahrzehnten erkennen, wenn dieser Zuwachs ausbleibt und die Verbraucherzahlen von Jahr zu Jahr sinken."

Hier sieht man gleich, welch närrischen Stumpfsinn bürgerliche "Denker" verbreiten, wenn sie in ihre wirtschaftlichen Überlegungen den Menschen einbeziehen und in "Bevölkerungspolitik" machen. Dem zitierten Denker beliebt es, die Frage vom Standpunkt eines Krämers anzugehen: Geburtenrückgang ist gleich Absatzrückgang, wenigstens in den Industrienationen, wo offensichtlich die Kinder als zahlungsfähige Kunden auf die Welt kommen. Daß vorher produziert werden muß, bevor konsumiert werden kann, verflüchtigt sich für den Blick des Krämers, der fürchtet, auf seiner Ware sitzen zu bleiben. Daß die Masse der Kunden erst mal ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um für die Kapitalisten Mehrwert zu produzieren, bevor sie vor seinen Ladentisch treten können, bleibt außerhalb seines Gesichtswinkels. Angesichts der Überproduktionskrise des Kapitalismus und der Stockungen auf dem Warenmarkt gibt dieser Bevölkerungspolitiker die Devise aus: Zeugt Kunden für meine Waren! "Von einer vorausschauenden Wirtschaftspolitik muß erwartet werden, daß sie auch diesen Komplex in ihre Überlegungen einbezieht, nicht aus ideologischen Gründen oder um den Bibelspruch vom Dahingehen und Sichmehren zu erfüllen, sondern ausschließlich unter dem wirtschaftlichen Gesichtspunkt der Sicherung von Wachstum, Vollbeschäftigung und Altersversorgung", und zwar durch die Zeugung zahlungskräftiger Kunden.

Zuviel Anbieter auf dem Arbeitsmarkt

Das Problem der Überproduktion von Kapital, dessen eine Erscheinung überfüllte Warenlager sind, hat aber auch noch andere Seiten: Was dem Krämer an Kunden fehlt, ist auf dem Arbeitsmarkt als industrielle Reservearmee überschüssig. So kann man vom bürgerlichen Standpunkt ausgehend auch gerade eine umgekehrte Bevölkerungstheorie aufstellen und als Politik empfehlen. Und diese Theorie gibt's auch schon lange. Sie ist untrennbar mit dem Namen des britischen Pfaffen Malthus verbunden. Sie besagt, daß die schlechte Lage der Massen ihrer Unvernunft beim Kinderzeugen entspringt. Daß viele nichts haben, liegt daran, daß die, die nichts haben, zuviel Kinder bekommen. Der Denker aus der FAZ ist selber ein versteckter Malthusianer: für die Dritte Welt. Dort entspringt das Elend der Massen aus der Anzahl der Massen, hier in den Industrienationen droht das Elend der Massen aus ihrer Zurückhaltung bei der Zeugung von zahlungskräftigen Kunden zu entspringen.

Beide Theorien sind natürlich übelriechendes Zeug. Gemeinsam ist diesen "Bevölkerungstheorien", daß sie aus dem Markt entwickelt werden: die eine aus dem überfüllten Warenmarkt, die andere aus dem überfüllten Arbeitsmarkt.

Diese beiden Theorien tauchen in der bürgerlichen Wissenschaft im allgemeinen vollständig unvermittelt nebeneinander auf. Sie widersprechen sich diametral, aber sie koexistieren schon lange nebeneinander. Die Ursache liegt darin, daß sie einen wirklichen Widerspruch des Kapitalismus widerspiegeln, unbegriffen freilich. In der wirtschaftlichen Krise springt dieser Widerspruch in die Augen: es gibt zuviel Waren und es gibt zuviel Menschen. Die Waren stapeln sich in den Lagern und die Menschen liegen auf der Straße. Den Krämern fehlen die Kunden und der Arbeiterklasse fehlt das Geld. Die Waren können nicht an den Mann gebracht werden, weil der Arbeiter ohne Lohn nicht an die Waren kommt. So stellt sich die Krise dar.

Theoretisches Durcheinander spiegelt reale Widersprüche wider

Die bürgerlichen Bevölkerungstheorien sind nichts als der Versuch, die Widersprüche des Kapitalismus als einer **Produktionsweise**, in der die Menschen die Anhängsel des Kapitals sind, statt daß die Menschen die Produktion und die Produkte beherrschen, in die Betten verlegen zu wollen und von dort aus zu kurieren. Offensichtlich sind die Ursachen für die Anarchie und Planlosigkeit im Kapitalismus, für die Verschwendung von menschlichen Produktivkräften und die Vernichtung von menschlichen Produkten durch die kapitalistische Produktionsweise nicht in der privaten "Bevölkerungspolitik" der Massen zu suchen und auch nicht durch eine staatliche Bevölkerungspolitik zu überwinden. Sie sind in der privaten Verfügung der Kapitalisten über die gesellschaftliche Produktion zu suchen und mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln selber zu beseitigen. Heute jammern die bürgerlichen Politiker über den Rückgang der Geburtenrate und malen den Massen eine üble Zukunft aus, wenn sie ihre Zeugungsgewohnheiten nicht ändern. Gestern hörte man es umgekehrt und morgen wird man es wieder anders hören. Tatsache ist: Während die bürgerlichen Politiker über den Rückgang der Bevölkerung jammern, werfen die Kapitalisten Arbeiter auf die Straße. Während die Politiker nach einer Geburtensteigerung rufen, haben sie in den Schulklassen "zuviele" Kinder, denen zuwenig Stunden gegeben werden. Gleichzeitig haben sie "zuviel" Lehrer und stellen die ausgebildeten und arbeitssuchenden Lehrer nicht ein.

Was heute an Geburten fehlt, ist das gestern zuviel geboren worden? Wenn heute mehr geboren wird, wird das morgen nicht zuviel sein? Alles "zuviel" und "zuwenig" ist offensichtlich relativ zu den Bedürfnissen des Kapitals, wie sie auf dem Markt in Erscheinung treten.

Gegenüber dem Widersinn der bürgerlichen Bevölkerungstheorien zeigt die Wirklichkeit: Nicht die Anzahl der Menschen ist das Problem, sondern die Herrschaft des Kapitals über die Menschen. Diese Herrschaft kann durch keinerlei Bevölkerungspolitik, wohl aber durch die proletarische Revolution beseitigt werden. Wird die gesellschaftliche Produktion durch die Massen beherrscht, dann wird sich die gesellschaftliche Fortpflanzung leicht regeln lassen. Solange dies nicht der Fall ist, ist alle "Bevölkerungspolitik" nur eine weitere Methode des Betrugs und der Unterdrückung der Massen. – **(gs)**

Lohntarifrunde der Gewerkschaft Holz und Kunststoff

„Unsere Front errichten"

Oldenburg. Auf der Mitgliederversammlung der Gewerkschaft Holz und Kunststoff am 25. September wurde über die anstehende Lohnrunde gesprochen.

Nachdem wir den ersten Tagesordnungspunkt abgeschlossen hatten, sagte unser Geschäftsführer einiges zur wirtschaftlichen Lage. Er ging dabei auf das "negative Wachstum" des Bruttosozialprodukts ein sowie auf die Exportabhängigkeit der westdeutschen Wirtschaft. Er benannte das alles nur, nahm aber nicht Stellung.

Zwei Kollegen ergriffen daraufhin das Wort. Sie wandten sich gegen das Operieren mit dem Bruttosozialprodukt. Einer führte aus, daß gerade die Kapitalisten vom Sinken des Produktionsausstoßes und dem Sinken ihres Profits ihr Vorgehen bestimmen. Dies sieht so aus, daß sie eine Reallohnsenkung herbeiführen wollen. Auf die Art wälzen sie die Krise ab auf die Arbeiter. Mit einem Einlenken auf unsere Forderung ist also gar nicht zu rechnen. Es gilt also, in diesem Jahr vom Streik von vornherein auszugehen. Dafür ist eine Forderung notwendig, die die Einheit gewährleistet, die ein Streik erfordert. Der Redner schlug 140 DM für alle gleich vor.

Eine Kollegin erwiderte daraufhin, das reiche nicht aus. 200 DM sind erforderlich.

Nun meldete sich der Vorsitzende des Vertrauensleutekörpers des größten Betriebes zu Wort. Er warnt vor zu hohen Forderungen. In diesem Jahr sei sowieso nicht viel zu holen. Und wenn dann die Differenz zwischen dem, was aufgestellt, und dem, was durchgesetzt wurde, allzu hoch sei, würden wir an Glaubwürdigkeit bei den Mitgliedern verlieren.

Der die 140 DM vorgeschlagen hatte, meldete sich noch einmal zu Wort. Auf die Kollegin eingehend, sagte er, es ist mehr erforderlich als 140 DM, sicher. Aber bei allem, was darüber geht, wird bei einzelnen Kollegen die Bereitschaft bestehen, zurückzuweichen, Abstriche zu machen. Und dann ist ein wirkungsvoller Streik auch schon schwer. Bei 140 DM werden dagegen alle sagen, jawohl, das brauchen wir, eher mehr, aber nichts weniger. So wird der Streik erst möglich.

Dann geht er auf den Vorsitzenden ein: Vor einer großen Verhandlungsspanne braucht man bei 140 DM gar keine Angst zu haben. Bei dieser Forderung braucht es nämlich gar keine zu geben. Die kann und muß man sogar voll durchsetzen im Streik. Warum muß es zum Streik kommen? Weil den Kapitalisten das Sparprogramm nicht ausreicht. Die entscheidende Schlacht wird an der Lohnfront geschlagen, sagen sie. Und Schmidt stimmt ihnen zu: Ja, die Löhne sind in der BRD etwas sehr hoch. Von seiten der Kapitalisten und des Staates ist also schon alles auf Abbau des Reallohns ausgerichtet. Diese Front steht. Ja, schon im vorigen Jahr haben sie uns anfangs ein 0-Prozent-Angebot gemacht. Es kann also nicht großartige Verhandlungen geben. Wir haben vielmehr unsere Front zu errichten, den Streik zu organisieren.

Inzwischen war die veranschlagte Zeit verstrichen. Wir sahen uns noch nicht in der Lage, einen Beschluß zu fassen. Wir vertagten uns deshalb auf einen anderen Abend, wo nur über die Forderung beraten werden soll. So ist gewährleistet, daß die Frage entsprechend ihrer Wichtigkeit in den Belegschaften behandelt wird. – (w., Oldenburg)



Unter der Parole "Solidarität mit dem Kampf des spanischen Volkes" legte die Montagegruppe Badenwerk der Firma Neef-Elektrotechnik am 2.10. die Arbeit auf der Verwaltungsneubaustelle des Badenwerks eine halbe Stunde nieder. Kollegen anderer Firmen, die auch auf dieser Baustelle arbeiteten, schlossen sich der Aufforderung zur Arbeitsniederlegung an. Schon eine Stunde vor 12 Uhr gab es erregte Diskussionen über den Kampf des spanischen Volkes und die Formen der Solidarität mit diesem Kampf. Der Vorschlag des DGB, die eigene Mittagspause für zwei Minuten zu bestreiken, zeigte allen, daß die DGB-Führung nicht viel vorhat mit der Solidarität für das spanische Volk. Als jedoch die Rede auf die Unterstützung des Franco-Regimes durch die westdeutsche Kapitalistenklasse kam, waren sich alle Kollegen einig. Es wurde klar herausgestellt, daß das BRD-Großkapital sehr wohl Interesse hat an der brutalen Unterdrückung des spanischen Volkes durch das Franco-Regime. Denn die BRD-Kapitalisten sagen, da die Löhne in der BRD zu hoch sind, suchen wir uns ein Land, in dem wir billiger produzieren können, ein Land mit niedrigen Löhnen, ohne Gewerkschaften – das faschistische Spanien. So baut Ford Köln ein Automobilwerk in Spanien und die Kollegen werden auf die Straße gesetzt. Diese Arbeitslosen können aber im Lohnkampf gegen uns als Lohndrücker eingesetzt werden und das geht uns alle etwas an. Dagegen und gegen die brutale Ausbeutung und Unterdrückung des spanischen Volkes müssen wir uns wehren, das war die einhellige Meinung der Kollegen, und wir dehnten den Streikaufruf des DGB um 28 Minuten aus, besprachen uns, daß alle Kollegen mit einbezogen werden müßten und hängten die Parolen auf der Baustelle auf einem Transparent aus.

Zum Spiegel Interview des IG - Metall Vorsitzenden Loderer

Der Reformismus entwaffnet die Arbeiterklasse

"Wir danken Ihnen für dieses Gespräch" – als die "Spiegel"-Redakteure ihr Interview mit dem Vorsitzenden der IG Metall, Eugen Loderer, im Sack hatten, dürfte es ihnen mit diesem Dank ernst gewesen sein. Es war ihnen gelungen, den Sprecher der größten westdeutschen Gewerkschaft in eine Falle nach der anderen tappen zu lassen und ihn zu Äußerungen zu bewegen, die ihn nicht nur als willfährig gegenüber der regierenden SPD, sondern zudem noch als Tropf erscheinen lassen. Der Arbeiterbewegung in Westdeutschland hat Loderer mit diesem Interview geschadet und den Kapitalisten Punkte eingebracht.

Da erklärt der Sprecher von einigen Millionen Metallarbeitern: *"Wir lassen den Lohn nicht zum Buhmann machen, denn Lohn ist Einkommen. Der Lohn hat ein genauso gutes Gesicht wie die Unternehmer es für ihre Gewinne beanspruchen."* Man muß sich das vorstellen: Dem Sprecher für Millionen arbeitende Menschen fällt keine andere Rechtfertigung ein für die Bezahlung von deren Arbeitskraft als die, daß der Lohn schließlich auch nichts Schlechteres sei, als es die Profite sind, welche die nichtarbeitende Klasse aus der Mehrarbeit der Arbeiter herauspreßt.

Rechtfertigung des Profits

Es fällt ihm nicht ein, die Existenz einer nichtarbeitenden, bloß aneignenden Klasse in Frage zu stellen, die Gewinne zieht aus anderer Leute Schweiß, Nervenverschleiß und Muskelspannung. Ja er tritt nicht einmal den "Spiegel"-Redakteuren entgegen als jemand, der dafür eintritt, daß die menschliche Arbeitskraft zu ihrem Wert bezahlt werden muß von denjenigen, die sie kaufen und die den Arbeiter zu immer schnellerer und billigerer Verausgabung seines einzigen Gutes bringen wollen.

Das alles fällt Loderer nicht ein. Was ihm dagegen leicht fällt, ist die Rechtfertigung des Profits: *"Ich habe nie bestritten – das wäre geradezu fatal –, daß man Betriebsergebnisse* (Umschreibung für Profite) *braucht, um wieder investieren zu können. Das weiß ich als Gewerkschafter und als Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat."* Das Kapital muß sich vermehren, sonst läuft nichts mehr. Das hat der Gewerkschafter Loderer im Aufsichtsrat gelernt, und das akzeptiert er.

Der "Spiegel" hält ihm vor, wenn er die Vermehrung des Kapitals als Zweck der Produktion anerkenne, dann müsse er auch bereit sein, höhere Gewinne und niedrigere Löhne hinzunehmen, damit die Vermehrung des Kapitals wieder in Gang komme. Über diese Frage gerät er ins Sinnieren und erteilt die Antwort: Gewinne, gut und schön. *"Aber zunächst geht es darum, daß die Konjunktur wieder in Gang kommt. Dann kommen auch die Erträge der Unternehmen wieder in Ordnung."* Das ist eine Antwort nach dem Motto: "Benzin, gut und schön. Zunächst geht es einmal darum, daß das Auto wieder läuft."

Nachdem er alle Voraussetzungen der bürgerlichen Klasse akzeptiert hat, die Vermehrung des Kapitals als Zweck der Produktion, den Profit als Triebkraft und die Arbeiter als Teilhaber am gemeinsam erwirtschafteten Ergebnis, ist er so gezwungen, kompletten Unsinn zu reden, um seinen Interviewern nicht direkt antworten zu müssen: Sie haben recht, die Löhne müssen gesenkt werden.

Die "Spiegel"-Redakteure führen ihn gleich noch einmal aufs Glatteis. Loderer hatte den Unternehmern vorgeworfen, mit ihren Gewinnen *"nicht neue Arbeitsplätze geschaffen, sondern im Gegenteil die Zahl der Arbeitslosen (durch Rationalisierungsmaßnahmen) erhöht zu haben."* Darauf der "Spiegel": "Im Schnitt sind die Kapazitäten der westdeutschen Industriebetriebe nur zu 75 Prozent ausgelastet. Hätten die Unternehmer dennoch ihre Betriebe ausbauen sollen? " Loderer: *"Ja, die Krise wird irgendwann aufhören und die Konjunktur wieder in Schwung kommen. Und dann wird ja die Auslastung der Kapazitäten ohnehin sehr viel besser."* "Spiegel": "Sie verlangen von den Unternehmern viel Mut: Mitten auf der Talsohle sollen sie zu ihren ohnehin unbeschäftigten Anlagen noch neue hinzukaufen." Loderer: *"Aber das ist doch das Unternehmerrisiko. Wer Gewinne will, muß auch Risiken auf sich nehmen."*

Eugen Loderer scheut sich nicht, ein beträchtliches gedankliches Risiko auf sich zu nehmen und sich vor den Kapitalisten als einen Narren hinzustellen. Diese werden ihm antworten: Wir haben schon ein gewaltiges Risiko auf uns genommen. Wir haben Fabriken bauen lassen, die jetzt nicht in Betrieb sind. Wir haben produzieren lassen, daß unsere Lager überquellen. Niemand kann uns zumuten, noch mehr leerstehende Fabrikanlagen anzuschaffen. Und mit der Ertragslagee im Aufschwung, das laß mal unsere Sorge sein. Wenn wir die vorhandenen Anlagen wieder voll ausfahren können mit einer verminderten Zahl von Arbeitern, dann werden wir gut dastehen.

Tatsache ist auf jeden Fall, daß die Krise nicht wegen zu geringer Investitionen entstanden ist, sondern weil soviel Kapital angehäuft worden war, daß die Rate des Profits auf diese ständig anschwellende Kapitalmenge den Kapitalisten zu gering wurde. Damit stumpfte der Stachel zur weiteren Investition oder Kapitalakkumulation ab. Denn – sagen die Kapitalisten –, wir sind ja schließlich kein Wohltätigkeitsverein, und wenn wir unser Geld als Kapital funktionieren lassen, muß was dabei herausspringen. Fürs Risiko tun wir das nicht, sondern für den Profit.

Die richtige Antwort darauf wäre: Also können wir es uns erst recht nicht leisten, als eure Wohltäter zu arbeiten. Wir verlangen für unsere Arbeitskraft, an der ihr euch bereichert, eine ordentliche Bezahlung, die uns ein Auskommen ermöglicht. Darin kennen wir kein Entgegenkommen, dafür werden wir kämpfen, denn wir haben nichts als unsere Arbeitskraft und vom Lohn müssen wir mit unseren Familien leben. – Unter uns gewinnt darüberhinaus der Gedanke an Boden, daß man sich eurer ganz entledigen muß. Solange eure Porduktionsweise uns in Arbeit und Brot hielt, haben wir uns viel gefallen lassen. Jetzt stellt sich heraus, daß ihr nicht einmal dazu in der Lage seid. Wozu sollen wir uns dann solche Parasiten wie euch gefallen lassen oder gar verschwenderisch mit unserer Arbeitskraft umgehen, nur um euch die Parasitenexistenz zu retten?

Eugen Loderer ist da anderer Auffassung. Zwar erklärt er: *"Es wäre eine Fehleinschätzung, anzunehmen, die Arbeitnehmer seien nicht bereit, für ihren Besitzstand zu kämpfen."* Befragt, ob er bei 1,2 bis 1,5 Millionen Arbeitslose an Streik denke, antwortet er: *"Wenn ich von kämpfen rede, meine ich nicht nur Streiks. Ich meine damit auch, daß unsere Betriebsräte und Vertrauensleute in den Unternehmen gegen Abbau und Willkürmaßnahmen sich mit aller Konsequenz und allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr setzen."*

Wie kann man um Streik herumkommen?

Gefragt worden war er nach Streiks für Tariferhöhungen. Geantwortet hat er mit innerbetrieblichem *"Kleinkrieg zwischen unseren Betriebsräten und den Firmenleitungen"* gegen Unternehmerschikanen, den man durchführen werde, offenbar dann, wenn die Tarife nicht zur Zufriedenheit des IGM-Vorstandes ausfallen. Soll das heißen, daß ansonsten der Kapitalistenschikane freier Lauf gelassen wird?

Und was sind Tarife zur Zufriedenheit des Vorstandes? Der "Spiegel" rechnet Loderer vor: "Für Ihr Ziel, die Realeinkommen der Arbeiter wenigstens zu halten, reicht Ihre Forderung von 8 % kaum aus. Die Inflationsrate dürfte mindestens bei 6 % liegen, höhere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und für viele auch höhere Rentenversicherungsbeiträge sowie ein Aufrücken ... in der Steuerprogression machten bei Ihrer Zielsetzung einen Abschluß von mindestens 10 % notwendig." Loderer: *"Ich will auf Ihre Rechnung nicht eingehen."* Tarife zur Zufriedenheit des Vorstandes liegen – wie Loderer zu verstehen gibt – also keineswegs in einer Höhe, die das Realeinkommen sichert, sondern in der Höhe des "Inflationsausgleichs" – und das sind 6 Prozent.

Und selbst das ist keineswegs entschieden. "Wäre es nicht zweckmäßiger, bei den Lohnforderungen etwas zurückzustecken und sich in der jetzigen Situation auf andere für die Arbeitnehmer wichtige Verbesserungen zu konzentrieren, auf längeren Urlaub etwa oder kürzere Arbeitszeit? " fragt der "Spiegel". Und Loderer antwortet: *"Das war und ist eines unserer Hauptziele."* Damit ist die eigene magere Lohnforderung von 8 % in der Stahlindustrie schon gleich wieder unterlaufen und zum Handelsobjekt gemacht worden, ebenso wie das mit Aufstellung dieser Forderung schon geplant war.

Ohne Hemd und Hosen

So steht der Vorsitzende der IGM nach dem Interview schließlich ohne Hemd und Hose da: die eben beschlossene Forderung in den Wind geschrieben, die Löhne insgesamt als *"auch nicht ganz unberechtigt"* deklariert, den Streik aus den Überlegungen weitgehend ausgeschlossen, die Bereitschaft zur Hinnahme aller möglichen Kapitalistenschikane andeutend und überzeugt nur die Berechtigung des Profits vertretend. Ein wahres Jammerbild von einem Gewerkschaftsführer. Was er neben den Profiten schließlich überhaupt noch verteidigt, daß ist die sozialdemokratische Bundesregierung. Folgender Wortwechsel kommt vor im Interview:

Loderer: *"Im Gegensatz zu seinem Wirtschaftsminister Friderichs hat der Bundeskanzler sich sehr klug und überlegt verhalten und stets die Tarifautonomie betont."*

"Spiegel": "Der Bundeskanzler hat aber auch gesagt, die Lohnquote sei 'ein bißchen zu hoch'."

Loderer: *"Das ist zunächst einmal sehr subjektiv. So wie wir alle ihn kennen, ist dieser Ausspruch aus der Stimmung zu erklären, die er während der harten Bonner Beratungen über die Sparmaßnahmen hatte."*

"Spiegel": "Damit machen Sie es sich vermutlich zu leicht. Immerhin hat der Kanzler diese These mehrfach, auch im Fernsehen, vertreten."

Loderer: *"Das mag richtig sein, ändert aber nichts an meiner Beurteilung."*

Der Kanzler mag dasselbe sagen wie Friderichs, er mag gegen die Löhne der Arbeiter stänkern, mag den Kapitalisten in die Tasche wirtschaften, mag deren Puppe sein. Alles *"das mag richtig sein"*. Aber es *"ändert nichts an meiner Beurteilung"*, daß es richtig ist, die organisierte Arbeiterbewegung dazu zu verwenden, um ihn im Amt zu behalten! Der Mann gehört in eine sozialdemokratische Werbeagentur, aber nicht an die Spitze einer Gewerkschaft. Er ist die lebendige Verkörperung der Erkenntnis, daß die Gewerkschaften eine viel zu wichtige Sache sind, um sie dem Geist der Klassenversöhnung und dem Geist der Hoffnung auf den bürgerlichen Staat und seine Regierung zu überlassen. Das schwächt die Arbeiterbewegung, und gegen diese Schwächung muß angekämpft werden. – **(wm)**

Stahlwerke Peine/Salzgitter: Tarifforderungen noch nicht aufgestellt

Peine. Am 29.9. hat die Tarifkommission der IG Metall für die Stahlwerke Peine/Salzgitter die Kündigung der Tariverträge zum 31.10. beschlossen. Forderungen wurden noch nicht aufgestellt, sollen aber bis zum 20.10. aufgestellt werden,

Der Vertreter der IGM-Verwaltung, Haftendorn, sagte auf der letzten Betriebsversammlung (am 30. September), bis zur Aufstellung der Forderung sei jede Spekulation über die Höhe Unsinn. Einer "Nullrunde" würde die IGM aber nicht zustimmen, da die Kaufkraft dann sinken würde. Man müsse aber auch berücksichtigen, daß die Situation in Nordrhein-Westfalen nicht einfach übertragen werden könne, da dort das Urlaubsgeld, im Gegensatz zu P & S, nicht abgesichert sei. Deshalb könne auch die Forderung von 8 Prozent nicht einfach übertragen werden.

Die 8 Prozent-Forderung der Tarifkommission von Nordrhein-Westfalen und Bremen ist nicht dazu geeignet, dem Lohnabbau entgegenzutreten und die Einheit der Kollegen herzustellen. Durch die Prozentforderung und einen Abschluß bei schließlich etwa 6 Porzent, den die Gewerkschaftsführung im Auge hat, würden vielmehr gerade die unteren Punktgruppen mehr gedrückt. Hergestellt werden kann die Einheit gegen die Pläne der Stahlkapitalisten nur auf der Forderung nach 140 Mark mindestens für alle, wie es die Vertrauensleute und die Belegschaftsversammlung der Klöckner-Hütte Bremen gefordert haben. – (w., Peine)

Die Arbeiter wehrten sich gegen die Akkordverschärfung/Drei wurden verklagt

„1600 verfolgen diesen Prozess"

Wetzlar. Akkordkürzung bei Gail. Als die Kollegen aus Protest die Stückzahl senken, werden sechs entlassen. Gegen drei erhebt die Geschäftsleitung Schadensersatzklage über 28 000 DM.

"Wir brauchen klare Fronten für die Zukunft. Hier muß ein für allemal festgestellt werden, daß derartige Aktionen illegal sind." Mit diesen Worten lehnte Personalchef Martin von der Firma Gail jeden Vergleichsvorschlag im Prozeß gegen drei spanische Kollegen ab. *"1 600 Belegschaftsmitglieder verfolgen diesen Prozeß mit höchstem Interesse. Wenn ich diese Leute wieder einstelle, schaffe ich mir mein eigenes Grab"*, rief er in den Gerichtssaal.

Die Firma hat sie verklagt. Die Forderung beläuft sich auf 28 000 DM Schadensersatz. "Es könnte sonst Schule machen." (Personalchef Martin)

"Der Betrieb lebt davon"

"Akkordkündigungen sind bei uns ein laufender Prozeß. Der Betrieb lebt davon", meinte der Personalchef vor Gericht. "Heute ist das Werk 1 dran, vorher war es Werk 2 und nächstes Jahr wird es Werk 3 sein."

Wie das im Werk 5 vor sich ging, damit wird sich jetzt das Gericht beschäftigen müssen. April letzten Jahres wurden in der Setzerei sämtliche Zeiten neu aufgenommen. Das Ergebnis dieser Zeitaufnahmen gab die Geschäftsleitung vor Weihnachten bekannt: Statt 6 bzw. 7 Kachelwagen sollten in Zukunft 8 Wagen gesetzt werden, wenn die Setzer noch auf ihre 135 % kommen wollten.

Zur "Eingewöhnung" versprach sie für die ersten Monate gewisse Zeitzuschläge. Als die Setzer sich mit dieser Akkordverschärfung nicht einverstanden erklärten, weil der Akkord eh schon zu hoch sei, ergriff der Betriebsrat das Wort. Das sei doch nur zur Probe, nach drei Monaten werde man alles überprüfen usw.

Nach drei Monaten war jedoch auch der Betriebsrat nicht mehr zu einer Überprüfung bereit. Auf Anfragen hieß es, der Vorsitzende sei krank und in Kur, man solle bis zum Monatsende warten. Die "Probezeit" hatte im übrigen nichts erbracht, was die Arbeiter nicht schon vorher wußten: zum Beispiel, daß Vorgabezeiten von 83 auf 61 Minuten gekürzt worden waren, daß kaum einer die geforderten 8 Wagen erreichte und jeder für weniger Geld mehr schaffen sollte.

Dazu kam noch eine weitere Schikane: Durch eine neue "Qualitätskontrolle" wurden weitere Lohnabzüge vorgenommen. 50 Pfennig pro Stunde konnten für eine einzige beschädigte Kachel abgezogen werden – das macht am Tag 4,– DM. Dabei wurden auch Schäden angerechnet, für die die Setzer gar nicht verantwortlich waren, weil sie schon vor dem Setzen entstanden waren.

4 Wagen sind genug

Im April platzte den Arbeitern schließlich der Kragen. Als der Betriebsrat wieder einmal sein Erscheinen ankündigte, ohne zu kommen, warteten sie noch einen Tag. Dann setzten sie gemeinsam ihre Arbeitsleistung auf vier Wagen herunter. Im Nu war die Hölle los: Geschäftsleitung und Betriebsrat riefen eine Abteilungsversammlung ein, sechs Arbeitern wurde mit Zustimmung des Betriebsrats fristlos gekündigt und der Rest (mit geringen Zugeständnissen) an die Arbeit geschickt. Drei Kollegen legten daraufhin vor Gericht Beschwerde ein und bekamen dafür eine Schadensersatzklage von über 28 000 DM an den Hals.

Der Betriebsrat hat den Kündigungen zugestimmt

In der Frage der Akkordkürzungen hat die Belegschaft bei Gail nicht nur die Geschäftsleitung, sondern auch ihren eigenen Betriebsrat gegen sich.

Das machen die Vorfälle im Betrieb und die Vorgänge vor Gericht deutlich. Nach einem Briefwechsel mit der Zeitstudienabteilung hat sich der Betriebsrat von der Notwendigkeit neuer Zeitaufnahmen "überzeugt".

Als ob es um sein eigenes Geld ginge, genehmigt der Betriebsrat den Angriff auf die Akkorde. Bei der Zeitaufnahme ist kaum einer vom Betriebsrat zu sehen. *"Überwiegend wird es so gewesen sein, daß wir den Refa-Leuten gesagt haben, sie können auch ohne uns gehen"*, sagt ein Betriebsrat vor Gericht aus. Danach hat der Betriebsrat jedoch alle Zeitaufnahmen gegengezeichnet. *"Sie waren rechnerisch in Ordnung. Vielleicht waren sie auch sachlich richtig . . ."* Und – auf erneuten Vorhalt des Richters: *"Sie waren sachlich richtig."*

Da die betroffenen Setzer jedoch anderer Meinung waren, traute sich der Betriebsrat in den folgenden Monaten nicht mehr in die Abteilung hinunter. Als aber die Abteilung geschlossen ihre Arbeitsleistung drosselte, war er der erste, der die Entlassungen befürwortete. Heute heißt es: "Die Beschäftigten machen uns keinen Vorwurf. Nur die sechs da . . ." Wundert es noch, daß dieser Betriebsrat vor Gericht als Zeuge der Geschäftsleitung geladen ist?

Zwei Vergleichsvorschläge hat der Richter unterbreitet – beide ohne Erfolg. Den Arbeitern ist nur mit ihrer Wiedereinstellung geholfen, weil sie sonst kaum Arbeit in nächster Zeit bekommen. Und genau das will Gail verhindern: *"Die Belegschaft versteht einen solchen Kompromiß nicht, die Führungskräfte werden das nicht verstehen und auch der Betriebsrat stand mit uns in einer Front"*, bekräftigt der Personalchef die Haltung von Gail.

Welcher Seite dabei die Sympathien des Gerichts gehören, ist nicht schwer zu erraten. Ein ehrenamtlicher Richter heißt Graf von der Groeben und ist der Chef von Coca Cola in Gießen. Er machte aus seinem Herzen keine Mördergrube, als er dem Personalchef von Gail zurief: *"Wir wissen ja, wie das mit der Arbeitslosigkeit ist. In der Hochkonjunktur haben wir Menschen gebraucht und die Leute sozusagen im Keller beschäftigt, weil man ja nicht wußte, wer am nächsten Tag sein Bündel packt. Jetzt müssen wir halt wieder schärfer rechnen – in unserem Interesse und im Interesse der Verbleibenden . . ."*

Der Kapitalistensprecher hat in dem einen Punkt recht: Im Interesse der Kapitalisten ist es schon, wenn die Akkorde gekürzt werden. Im Interesse der Arbeiter ist die Akkordkürzung sicher nicht. "1 600 Belegschaftsmitglieder verfolgen diesen Prozeß mit höchstem Interesse." Die Geschäftsleitung sieht die Fronten richtig.

(aus: KVZ-Ortsbeilage Wetzlar)

Streiks gegen Prämien-Streichung

Velbert. Am Freitag, dem 3.10. streikten 250 Beschäftigte der Zahnradfabrik Velbert. Die Geschäftsleitung hatte mitgeteilt, daß sie die innerbetriebliche Abmachung über die Zahlung einer "Treueprämie" aufgehoben hatte. Jeder Beschäftigte bekommt nach zweijähriger Betriebszugehörigkeit 100 DM und für jedes weitere Jahr 25 DM bezahlt. Nach zwei Stunden Diskussion wurde die Zusage gemacht, daß die Prämie in diesem Jahr in alter Höhe gezahlt wird.

Gevelsberg. 100 Kollegen der Spülmaschinenabteilung von Bauknecht legten am Freitag, 4.10. die Arbeit nieder, ebenfalls gegen die Streichung einer "Treueprämie".

BASF: Demonstration gegen Entlassung

Ludwigshafen. Gegen ihre angekün-
Ludwigshafen. Gegen ihre angekündigte Entlassung demonstrierten 70 BASF-Arbeiterinnen am Donnerstag, 2.10. Sie zogen in einer Demonstration zum BASF-Feierabendhaus und überbrachten den dort Versammelten über 1 000 Vertrauensleuten eine Resolution, die die Erhaltung von 250 Arbeitsplätzen fordert, die durch eine Betriebsverlagerung abgebaut werden sollen.

Gehlen-Konkurs: Die Löhne stehen noch aus

Kaiserslautern. Die Gehlen-Gruppe mit 2 000 Beschäftigten hat den Anschlußkonkurs beantragt. Verkaufsverhandlungen verliefen erfolglos. Die Firma schuldet den Kollegen noch Löhne und Gehälter für vier Wochen. Offen stehen auch Krankenkassen- und Sozialversicherungsbeiträge.

Opel-Sonderschichten doch zugestimmt

Rüsselsheim. Der Betriebsrat hatte den Antrag der Geschäftsleitung auf sechs weitere Sonderschichten mit 30 zu 15 Stimmen zunächst abgelehnt. Er hatte darauf verwiesen, daß die Kollegen bereits 20 Sonderschichten gearbeitet haben und an der Grenze ihres Leistungsvermögens seien. Der Krankenstand bei den neu eingestellten Arbeitern ist auf 19 Prozent angestiegen.

Die Geschäftsleitung hat nach der Ablehnung der Sonderschichten dem Betriebsrat folgende Zugeständnisse angeboten: Zahlung von 2,50 DM ab sofort als Prämien für Sonderschichten und 5 DM ab Januar. Die Geschäftsleitung verzichtet bis zum 30. Juni 1976 auf betriebsbedingte Kündigungen, bis zum 31. März 1976 auf Kurzarbeit. Die befristeten Arbeitsverträge, die vor dem 31. Dezember 1975 auslaufen, werden in unbefristete umgewandelt. Somit hätten nur noch 1 000 Arbeiter einen befristeten Vertrag. Die Geschäftsleitung verzichtet weiterhin darauf, den 24. Dezember und den 31. Dezember nacharbeiten zu lassen.

Ohne die Einigungsstelle anzurufen, stimmte der Betriebsrat den Sonderschichten zu. – (Sympathisantengruppe Rüsselsheim)

DGB-Kongreß zur Mitbestimmung

Partnerschaft gegen die Revolution angeboten

Letzte Woche veranstaltete der DGB in Frankfurt eine Tagung über das Thema: Mitbestimmung – Wirtschaftsordnung – Grundgesetz.

Von der Gewerkschaftsführung war schon in den letzten Wochen wiederholt gefordert worden, daß ein Gesetz zur Mitbestimmung in den Großbetrieben noch von dem jetzigen Bundestag verabschiedet werden soll.

Mitbestimmung – das heißt: Die Vertreter der Arbeiter und Angestellten entscheiden im Aufsichtsrat zusammen mit den Kapitalistenvertretern über das "Wohl des Betriebes". In der Krise wird besonders deutlich, was das bedeutet: Zum Beispiel bei VW beschloß der Aufsichtsrat auf Vorschlag von VW-Chef Schmücker, daß 25 000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Die Vertreter der Belegschaft im Aufsichtsrat, unter anderem IG Metall-Vorsitzender Loderer, vertraten den Standpunkt, daß ein paar Tausend weniger als 25 000 auch reichen würden. Einig waren sich alle im Aufsichtsrat: entlassen werden muß. Den Kampf gegen die Entlassungen zu organisieren, dafür sprachen sich die Belegschaftsvertreter im Aufsichtsrat nicht aus. Wie sollten sie auch? Im Aufsichtsrat wird über das Wohl des Betriebes nachgedacht und entschieden und das heißt: Die Profite müssen stimmen.

Mitbestimmung, das heißt: Die Vertreter der Arbeiter und Angestellten sollen sich den Kopf darüber zerbrechen, was für das Fortbestehen und die Sicherung des Kapitals richtig ist.

Es ist nicht zufällig, daß jetzt in der Krise die Mitbestimmung als Vorschlag nach vorn gebracht wird. Die Krise soll bewältigt werden, indem die Arbeiter und Angestellten auf die Geschäfte der Kapitalisten verpflichtet werden. Sie, auf deren Rücken die Krise ausgetragen wird, sollen daran beteiligt werden, die eigene verstärkte Ausbeutung zu betreiben. Zum Wohle des Ganzen.

Der DGB-Vorsitzende Vetter erklärte auf dem Mitbestimmungskongreß: "Mitbestimmung in Institutionen sei im Vergleich zur Alternative 'Mitbestimmung durch Streik' für alle Beteiligten effektiver, was sich namentlich in der Krise bewiesen habe." (Handelsblatt, 2.10.75)

"Für alle Beteiligten effektiver"? Zehntausende von Arbeitsplätzen wurden zum Beispiel bei VW abgebaut, die Arbeitshetze wurde verschärft. Die VW-Bosse können zufrieden sein. Sich an diesem Geschäft gleichberechtigt zu beteiligen, das wird durch die Mitbestimmung propagiert. Vetter nannte das Ganze bei einer Anhörung vor einem Bundestagsausschuß: "Mitbestimmung unter dem Oberthema Partnerschaft und Teilhabe".

Vetter schlägt die Mitbestimmung vor als "einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus".

Mit der Mitbestimmung soll – so Vetter – eine "geplante und zielbewußte Ausräumung der Konfliktstoffe in unserer Gesellschaft" erreicht werden. (Protokoll der Bundestagsausschußsitzung vom 16. Oktober 1974)

Was mit der Ausräumung von Konfliktstoffen gemeint ist, machte Vetters Vorgänger, der frühere DGB-Vorsitzende Rosenberg, auf dem Mitbestimmungskongreß deutlich. Die "Süddeutsche Zeitung" vom 4. Oktober 1975 berichtet: "Ludwig Rosenberg bekannte: Es sei ihm und dem DGB um die Integration der Arbeitnehmerschaft ins 'System' der Bundesrepublik gegangen. Unter Beifall steuerte Rosenberg auf das Thema dieser Konferenz zu: 'Wenn ich die politische und wirtschaftliche Ordnung beseitigen wollte, dann wäre ich **gegen** die Mitbestimmung.' "

Das ist deutlich und offen gesprochen. Mit der Drohung der sozialen Revolution der Arbeiterklasse wenden sich die bürgerlichen Gewerkschaftsführer den Kapitalisten zu und verlangen die Mitbestimmung, die sie zugleich als Mittel gegen die revolutionäre Entwicklung der Arbeiterklasse anbieten. Die Kapitalisten freilich pfeifen ihnen eins, weil sie von diesen Gewerkschaftsführern die Revolution sowieso nicht fürchten. Warum also ihnen dann Posten und Ämter herausrücken? "DGB-Vorstoß zur Mitbestimmung ohne Chance", befand die "Frankfurter Rundschau" am 7. Oktober. – **(gb)**

Vertrauensleute des Continental-Werks Northeim

Keine Akkordsenkung

Northeim. Die Konzernleitung der Continental-Werke hat ein Sparprogramm vorgelegt, das die Streichung von Zulagen und die Verschärfung der Arbeitshetze vorsieht. So macht allein die Streichung der 3-Schicht-Zulage für einen Arbeiter bis zu 160 DM aus! Es sollen die Akkorde "automatisch" überprüft, d.h. verschärft werden, weil sie angeblich "zu hoch" sind; alle zwei Jahre (mindestens) soll eine "automatische" Neufestsetzung erfolgen!

Die Sympathisantengruppe Northeim des KBW hat gegen diese Absichten der Konzernleitung ein Flugblatt verteilt und aufgezeigt, daß damit nicht etwa die Arbeitsplätze "sicherer" werden – wie scheinheilig behauptet wird –, sondern daß im Gegenteil die Arbeiter durch höhere Arbeitshetze "sich selbst zum Tor hinausarbeiten" sollen. Denn durch die größere Arbeitsleistung, die die Conti-Kapitalisten jedem einzelnen Arbeiter abpressen wollen, werden Arbeitskräfte "überflüssig". Schon von Juni 1974 bis Juni 1975 sind 2 000 Kollegen im Konzern (das sind etwa 9 Prozent) auf diese Weise rausgeworfen worden. Durch das Sparprogramm soll diese Entwicklung weitergeführt werden.

Einige Tage vor der Betriebsversammlung in Northeim haben die Vertrauensleute eine Versammlung abgehalten. Dort wurde nach überwiegender Ablehnung des Sparprogramms in den Redebeiträgen verschiedener Vertrauensleute das Sparprogramm abgelehnt und ein Antrag gegen das Sparprogramm verabschiedet. 18 Kollegen stimmten für den Antrag, einer dagegen, einer – und zwar der Betriebsratsvorsitzende – enthielt sich. Der Antrag stellt fest, daß das Sparprogramm gegen die Interessen der Belegschaft gerichtet ist,

– weil es umfangreichen Lohnabbau vorsieht,
– weil es die Arbeitshetze noch mehr verschärft,
– weil es die Arbeitsplätze noch unsicherer macht.

Dieser Beschluß des Vertrauenskörpers ist ein gutes Mittel, um die Einheit der Belegschaft gegen das Sparprogramm zu schmieden.

Allerdings wurde dieses Mittel bisher noch nicht gut genutzt. Erst zum Ende der Betriebsversammlung, die am 30. September stattfand, wurde der Beschluß in Auszügen verlesen.

Zur Abstimmung wurde der Beschluß nicht gestellt. So wurde eine wichtige Möglichkeit verpaßt, die Geschlossenheit der Belegschaft gegen das Sparprogramm voranzubringen. Denn die Konzernleitung wird sich natürlich mit der Ablehnung des Sparprogramms durch die Vertrauensleute nicht abfinden. Es stehen weitere Angriffe auf der Tagesordnung. – (a, Sympathisantengruppe Northeim)



Erwitte. Der Zement-Kapitalist Seibel hatte durch Gerichtsbeschluß die Auflösung des Betriebsrates erreicht. Dem Betriebsrat wird vorgeworfen, den Streik gegen die Entlassungen und die Betriebsbesetzung durch die Kollegen unterstützt zu haben. Dieses Verfahren liegt in zweiter Instanz nun beim Landesarbeitsgericht Hamm. Die Verhandlung sollte am 11. September sein, wurde aber zunächst auf den 28. September und nunmehr auf den 30. November verschoben. Aus verschiedenen Betrieben Westdeutschlands hatten Belegschaften und Betriebsräte gegen das Urteil protestiert und diesen Angriff auf ein Organ der Belegschaft, das sie für ihre Interessen eingesetzt hatten, verurteilt. Das Foto zeigt das Umschlagbild einer Dokumentation, herausgegeben von den Erwitter IG Chemie-Vertrauensleuten.

ÖTV-Kreisjugendkonferenz in Hannover

Die Hauptamtlichen verließen die Konferenz
Unvereinbarkeitsbeschluss abgelehnt

Hannover. Am 1. Oktober fand die ordentliche Kreisjugendkonferenz der ÖTV-Jugend in Hannover statt.

Neben der Wahl des neuen Kreisjugendausschusses und der Wahl der Delegierten für die Bezirksjugendkonferenz standen wichtige Anträge auf der Tagesordnung. So z.B. zu Fragen der beruflichen Bildung, der Tarifpolitik und des besonderen Dienstrechts.

Es waren etwa 65 Kollegen anwesend, unter ihnen der Kreisgeschäftsführer des Kreises Hannover, Kraayvanger, und ein Kollege der Finanzverwaltung, der wegen der Teilnahme an einer 1. Mai-Demonstration der Gruppe Rote Fahne vom Hauptvorstand der ÖTV ausgeschlossen worden war.

Zu Beginn der Konferenz erklärte der Kollege Kraayvanger, der ausgeschlossene Kollege habe die Konferenz zu verlassen, da er nicht mehr Mitglied der ÖTV sei. Hierauf sprachen sich mehrere Kollegen dafür aus, daß der ausgeschlossene Kollege als Gast teilnehmen solle, da noch ein Antrag zu seinem Ausschluß und ein weiterer Antrag zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen beraten werden sollte. Hierauf wurde von verschiedenen Hauptamtlichen damit gedroht, daß alle Beschlüsse der Konferenz null und nichtig wären, falls der ausgeschlossene Kollege die Konferenz nicht verlassen würde.

Doch die Konferenz ließ sich nicht erpressen und vorschreiben, wer als Gast an der Konferenz teilnehmen darf und wer nicht.

Als nun der Beschluß mit großer Mehrheit gefaßt wurde, daß der ausgeschlossene Kollege weiterhin als Gast teilnehmen dürfe, verließen die Hauptamtlichen die Konferenz.

Es wird nun darauf ankommen, in den Betrieben und Verwaltungen verstärkt den Versuchen, die Ergebnisse der Konferenz für nichtig zu erklären, entgegenzutreten.

Folgende Anträge wurden verabschiedet:

1. Ohne Gegenstimmen sprach sich die Konferenz dafür aus, daß auf alle Auszubildenden das Berufsbildungsgesetz anzuwenden ist. Hierdurch wird der Spaltung der Auszubildenden, die durch unterschiedliche Ausbildungsordnungen erreicht werden soll, entgegengewirkt.

2. Bei einer Gegenstimme beschloß die Konferenz, den § 10 Absatz 1 Berufsbildungsgesetz zu streichen. § 10 Absatz 1 Berufsbildungsgesetz sieht vor, daß Auszubildende in verschiedenen Lehrjahren verschiedene Ausbildungsvergütungen erhalten müssen, und steht somit dem gemeinsamen Kampf aller Auszubildenden für eine einheitliche Ausbildungsvergütung im Wege, die "den Lebensunterhalt der Auszubildenden – möglichst unabhängig vom Elternhaus – sichern soll".

3. Einstimmig wurde der Antrag zur Einleitung der Diskussion über das einheitliche Personalrecht verabschiedet. In der Begründung zu diesem Antrag wird festgestellt, daß der Staat schon jetzt versucht, Stück für Stück ein einheitliches Dienstrecht durchzusetzen. In verschiedenen Verwaltungen wird bereits die analytische Arbeitsplatzbewertung im Sinne einer im einheitlichen Dienstrecht vorgesehenen Leistungsbewertung durchgeführt.

4. Der Antrag Nr. 6, der in seinem Kern für die Abschaffung des besonderen Dienstrechts für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eintritt, wurde bei vier Enthaltungen an die Kreisdelegiertenkonferenz und an die Bezirksjugendkonferenz als Antrag des alten Kreisjugendausschusses weitergeleitet.

5. Ohne Gegenstimmen wurde der Antrag Nr. 7 zur Tarifpolitik angenommen. Dieser Antrag tritt für eine breite Diskussion der Struktur und Höhe der Tarifforderung ein. Er wendet sich gegen die Richtlinien des Hauptvorstandes zum Antrag 408 des Gewerkschaftstages, die "gegensätzliche Diskussionen", die örtlich und bezirklich "hart geführt werden", mit einem "bundeseinheitlichen Diskussionsvorschlag" von oben verhindern wollen.

6. Weitere Anträge und Entschließungen verurteilten die faschistischen Todesurteile in Spanien und forderten den DGB zur Organisierung einer Demonstration gegen das Franco-Regime auf.

7. Der Antrag Nr. 11 gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse wurde einstimmig angenommen. Dieser Antrag wendet sich gegen den Versuch, die Einheitsgewerkschaften in Richtungsgewerkschaften umwanden zu wollen, und tritt für eine "ständige und offene Diskussion über die Perspektive ... des Kampfes" gegen die Versuche des staatlichen Dienstherrn, die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verschlechtern, ein. "Die verstärkte Diskussion in den Gewerkschaften spiegelt nur die Verschärfung der sozialen Auseinandersetzung zwischen den arbeitenden Menschen und den Unternehmern wider, zeigt, daß auch die gewerkschaftlich organisierten Kollegen verstärkt nach einem Weg im Kampf gegen den Abbau ihrer Rechte, nach einem Weg nach einer neuen Gesellschaft fragen. Aus diesem Grund wenden wir uns entschieden dagegen, daß diese Diskussion innerhalb der Gewerkschaften illegalisiert wird, daß Kollegen, die in dieser Diskussion und im gewerkschaftlichen Kampf andere Positionen vertreten als bestimmte Gewerkschaftsführer, mit Ausschlußverfahren bedroht werden oder wegen ihrer politischen Weltanschauung ausgeschlossen werden. Wir fordern die Erhaltung der Einheitsgewerkschaften, um den Kampf um unsere Rechte führen zu können, und wehren uns gegen den Versuch, durch Unvereinbarkeitsbeschlüsse eine bestimmte politische Strömung in der Arbeiterbewegung aus den Gewerkschaften auszuschließen, damit praktisch eine Richtungsgewerkschaft durchzusetzen."

8. Der Antrag Nr. 12 befaßt sich mit dem ausgeschlossenen Kollegen der Finanzverwaltung und fordert seine Wiederaufnahme in die ÖTV unabhängig von unterschiedlichen Auffassungen in verschiedenen gewerkschaftlichen und politischen Fragen, da nur durch die Einheitsgewerkschaft dem öffentlichen Arbeitgeber wirkungsvoll entgegengetreten werden kann.

9. Mehrheitlich wurde der Antrag Nr. 13 für die ersatzlose Streichung des § 218 und Durchführung eines Volksentscheides gegen den § 218 angenommen.

Auch wenn es der Kreisverwaltung Hannover der Gewerkschaft ÖTV gelingen sollte, die Ergebnisse der Kreisjugendkonferenz für nichtig zu erklären, so wird ihnen dies nicht viel nützen, denn sowohl zu der im November stattfindenden Kreisdelegiertenkonferenz als auch zu der Bezirksjugendkonferenz ist jedes Mitglied antragsberechtigt, so daß die auf der Kreisjugendkonferenz beschlossenen Anträge auf jeden Fall hier noch eingebracht werden können.

Schon jetzt sind die beschlossenen Anträge ein gutes Mittel, um mit den Kollegen weiter die Frage zu diskutieren, wie wir im Kampf gegen die Maßnahmen des öffentlichen Arbeitgebers zur Rationalisierung, Einsparung auf unsere Kosten und politischer Entrechtung vorankommen.

Beamte wehren sich

Hannover. Am 30.9.1975 hatte der Beamtenausschuß der ÖTV Kreisverwaltung Hannover zu einer Versammlung zum einheitlichen Dienstrecht eingeladen. Auf dieser Versammlung waren 80 Kollegen anwesend.

Die Anwesenden wendeten sich gegen die Sparmaßnahmen der Bundesregierung, die besonders sich auswirken auf die Bezieher niedriger Einkommen.

In einer Resolution nehmen sie u.a. wie folgt Stellung: "*Wir nehmen einkommensmäßig keine Sonderstellung ein, sondern haben nach jahrelangen gewerkschaftlichen Bemühungen eine Angleichung an die allgemeine Einkommensentwicklung erreicht.*"

Die Anwesenden wenden sich in ihrer Resolution besonders gegen die Abschaffung der Bewährungsbeförderung, die diejenigen Beamten, die wenig verdienen, besonders betrifft (und das sind die meisten), und gegen den Abbau der geltenden Regelung zum Ortszuschlag.

Der Hauptvorstand der ÖTV wird aufgefordert: "... allen geplanten Maßnahmen, die den – wie oben beispielhaft erwähnt – Besitzstand im öffentlichen Dienst beeinträchtigen würden, entschieden zu widersprechen und darum zu kämpfen, daß in der Lohn- und Gehaltsrunde 1976 ein Festgeldbetrag als Ausgleich für die Teuerungsrate erreicht wird". Die Resolution wurde mit 2 Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen. – (e.)

GEW-Veranstaltung mit Bildungsminister Rohde

Nur für geladene Gäste

Köln. Zufällig erfuhren wir, daß die GEW für den 30. September in Düsseldorf eine regionale Großveranstaltung aus Anlaß der Nichteinstellung von 4 300 Lehramtsanwärtern in Nordrhein-Westfalen plante.

Als wir daraufhin beim Vorstand des Kölner Stadtverbandes nachfragten und unsere Empörung darüber ausdrückten, daß wir als Lehrer und Mitglieder der GEW nicht eingeladen wurden, erhielten wir die Auskunft, der ganze Stadtverband Köln habe keine Einladung erhalten.

Wir, d.h. zwei Kölner Lehrer, fuhren dennoch nach Düsseldorf, um an der Veranstaltung teilzunehmen. Mit einiger Mühe fanden wir schließlich den Veranstaltungsraum, auf den keinerlei Hinweis hindeutete. Dort wurde uns der Einlaß verwehrt, da nur geladene Gäste mit Eintrittskarten hereindurften. Unser Protest gegen dieses Verfahren, bei dem Mitglieder der GEW ausgesperrt werden sollten, half nichts. Mit einigen Tricks gelangten wir schließlich dennoch in den Saal.

Als wir den Bundesvorsitzenden der GEW, Frister, nach der Veranstaltung (während der Veranstaltung ließ er sich nicht befragen) aufforderten, zu erklären, wieso wir nicht eingeladen worden seien, meinte er: Es seien alle Stadtverbände aus den Universitätsstädten nicht eingeladen worden, um Störungen der Veranstaltung zu verhindern. Schließlich sei die Presse anwesend und die würde dann nur über die Störungen durch linke Störtrupps berichten – das müsse vermieden werden. Auf die Frage, ob er sich nicht lächerlich vorkomme, Veranstaltungen nur noch vor geladenen Jublern abhalten zu können, meinte er lediglich, er wisse, diese Maßnahme sei umstritten, aber es gehe um das "Bild der GEW in der Öffentlichkeit".

Was steckt hinter solchen Manövern? Frister hat recht! Eine solche Veranstaltung läßt sich nicht vor einer GEW-Öffentlichkeit durchführen. Vor einer GEW-Öffentlichkeit hätte Bildungsminister Rohde nicht die Unverschämtheit besitzen können, anläßlich der immer offensichtlicher werdenden Mißstände an den Schulen die großen Erfolge der Bildungsreform zu beschwören, hätte er nicht seine Lügen über die Reform für die arbeitende Jugend verbreiten können, hätte er nicht mit Zauberformeln wie "Chancengleichheit durch Humanisierung der Arbeitswelt" über die tatsächlichen Verhältnisse hinweggehen können, und er, Frister, hätte sich wohl auch vor einer GEW-Öffentlichkeit nicht mehr trauen können, auf den Köder, den Rohde ihm anbot, die "Probleme gemeinsam zu lösen", anzubeißen. Denn der Widerstand gegen die Schulpolitik wächst, wie die Demonstration der über 2 000 Lehramtsanwärter am 26.9. in Düsseldorf gezeigt hat. Selbst in dieser Veranstaltung konnten kritische Fragen nicht völlig verhindert werden, verhindert werden konnte auch nicht, daß eine größere Anzahl gelangweilt den Saal verließ.

Wenn man wie Frister die Nichteinstellung der Lehrer als "einen Beitrag zum Ansehensverlust der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" fürchtet, gibt es offensichtlich nur noch den Weg der Verbrüderung mit dem bürgerlichen Staat. Die Einheit der Gewerkschaftsmitglieder gegen diesen Staat zu organisieren, um die Forderungen der Lehrer durchzusetzen, das ist auf diesem Weg unmöglich. – (i., Köln)

Postamt Wiesbaden

Verschlechterung der Schichzeiten abgewehrt

Wiesbaden. Beim Umzug in das neue Postamt gab es Schwierigkeiten. Die Kollegen mußten an neuen Maschinen arbeiten, die sie vorher nicht gesehen hatten, sie mußten sich in den neuen Räumlichkeiten zurecht finden. Genauso war es auch im Briefeingang. Als nun die Oberpostdirektion Rückstände feststellte, kam eine Verfügung, daß die Arbeitszeit für den Hilfsdienst im Briefeingang wie folgt geändert werden soll:

Anstatt bisher von 20 Uhr bis 6 Uhr und 6 Uhr bis 11 Uhr auf 20 Uhr bis 5 Uhr und 5 Uhr bis 11 Uhr.

Dies hätte der Postverwaltung den Vorteil gebracht, daß die Kollegen, die um 5 Uhr angefangen hätten, mit der neuen Schicht frisch an die Arbeit gekommen, mehr geschafft hätten als die Kollegen, die schon die ganze Nacht geschafft haben. Für die Kollegen also verschärfte Ausbeutung ihrer Arbeitskraft.

Die Kollegen waren empört über diese neue Regelung, zumal die meisten mit dem Stadtbus kommen. Da um 5 Uhr noch kein Bus fährt, hätte der frühere Arbeitsschluß nichts gebracht, weil sie auf den Bus hätten warten müssen. Aber morgens hätten sie zur Arbeit laufen müssen. 15 Kollegen drohten mit dem Gewerkschaftsaustritt, falls die DPG-Führung(Postgewerkschaft) dieser neuen Arbeitszeitregelung zugestimmt hätte. Auf einer Besprechung mit den betroffenen Kollegen, einem Vertreter des Personalrats und einem Vertreter der Gewerkschaftsführung auf der einen Seite, und dem Stellenvorsteher und einem Vertreter der Oberpostdirektion auf der anderen Seite protestierten die Kollegen, die Personalrats- und Gewerkschaftsvertreter gegen die geplante Maßnahme. Seitdem haben die Kollegen mehr von der neuen Arbeitszeitregelung gehört.

Gießen. Auf der ÖTV-Kreisjugendversammlung, Geschäftsstelle Gießen, am 25.9. wurde einstimmig ein Antrag beschlossen, der die Unterwerfung unter das Sparprogramm der Regierung und insbesondere eine Lohnpause ablehnt und den Kreisvorstand auffordert, bis Ende November eine öffentliche Veranstaltung durchzuführen.

Von der Bundeswehr entlassen: Ein „freudiges" Wiedersehen

Wolfsburg, 26.9.1975. Ende September beim Bund entlassen, war es an der Zeit, mal wieder bei der alten Firma vorbeizuschauen. "Sie wünschen bitte?" fragte mich die hübsche Sekretärin. "Ich bin vom Bund zurück und will wieder arbeiten!" "Dann gehen Sie mal nach oben zum Chef."

Hoch die Treppe, Tür auf, "Guten Morgen, ich bin gestern beim Bund entlassen worden und will meine Arbeitspapiere abgeben, damit ich am 1.10. wieder anfangen kann zu arbeiten!" sagte ich. Der Dicke hinter'm Schreibtisch hat mich jetzt bemerkt: "Waren Sie Wehrpflichtiger oder Zeitsoldat?" "Wehrpflichtiger!" "Sie wissen, die Lage ist schlecht, warum waren Sie denn kein Zeitsoldat?" "Es hat mir da nicht gefallen." "Sie wissen ja, wären sie kein Wehrpflichtiger, müßte ich Sie nicht wieder einstellen. Aber so, das ist schlecht, wissen Sie nichts anderes?"

"Wie denn, ich will bei Ihnen weiterarbeiten, weil's anderswo sowieso nichts gibt." "Ja leider muß ich Sie nehmen, vielleicht kommt ja noch die große Wende, aber wenn nicht, richten Sie sich darauf ein, daß sich nach drei Monaten unsere Wege trennen." "Hier sind meine Papiere."

Mir fallen zwei Kameraden ein, die sich mit 8 Tagen noch auf 4 Jahre verpflichten wollten, zuerst hats niemand glauben wollen, aber sie hatten von ihren Chefs ähnliches gehört, da kommt man schon auf solche Ideen. "Sie melden sich am 1.10. um 7.30 Uhr mit Arbeitszeug hier, sehen Sie sich man schon nebenbei nach was anderem um." "Auf Wiedersehen."

Vor 15 Monaten schickte mir die Firma die Arbeitspapiere mit folgendem Schreiben: "Aufgrund Ihrer Einberufung zur Ableistung Ihres Grundwehrdienstes erhalten Sie beiliegend Ihre Arbeitspapiere. Für die Zeit bei der Bundeswehr wünschen wir Ihnen alles Gute und wir hoffen, daß Sie nach Beendigung Ihres Wehrdienstes die Tätigkeit in unserer Firma wieder aufnehmen."

Nun, ich nehme die Arbeit wieder auf. Der Dicke da hinter'm Schreibtisch sähe mich lieber auf der Straße!

2. Teil 1.10.1975

"Der Dank des Vaterlandes!"

Am 1.10. um 7.30 Arbeitsaufnahme. Der Pförtner ist am Telefonieren, er will mich nicht reinlassen, mit mir sind noch 2 Kollegen da, die auch beim Bund waren. Wir werden endlich abgeholt, empfangen unser Werkzeug und los gehts. Es hat sich viel verändert, die Waschkaue ist frisch gestrichen und das Arbeitstempo höher geworden.

In der Mittagspause stellen wir fest, daß die Kantinenpreise auch mal anders waren, na ja, nach 15 Monaten Bund hat sich einiges geändert. Wir tauschen so unsere Erfahrungen aus und freuen uns, daß wir Arbeit haben.

Eine Stunde vor Feierabend passiert es dann, der Meister kommt und gibt mir einen Brief und sagt: "Hiermit überreich ich Ihnen Ihre Kündigung!" Ich halte das ganze für einen Witz und lache, dann lese ich: "... kündigen wir Ihnen hiermit fristgemäß zum 15.10.75. .." Meine beiden Kollegen, die mit mir gekommen sind, erhalten den gleichen Brief. Unterschrift leisten, Empfang bestätigen, ich bin verdutzt, meine Freunde gucken wohl genauso belämmert aus der Wäsche. Der Meister schwingt sich aufs Rad und schwubdiwub ist er weg.

"15 Monate hältst du die Knochen hin für diese Bonzen und ihr Dank folgt sofort." sagt der Kollege. "Wir müssen etwas tun, so geht das ja nicht, heute noch gehen wir zur Gewerkschaft." Gefreut hatten wir uns, daß wir Arbeit haben, und dann steht man da wie Rudi Ratlos, wenn die Dankesschreiben des "Vaterlands" verteilt werden. – (e)



Jetzt zeigt die Kirche ihr wahres Gesicht

Schelklingen/Blaubeuren. Im Konradihaus, einem Heim der katholischen Kirche für Schüler und Lehrlinge, haben wir Unterschriften gegen den § 218 gesammelt. Den Demonstrationsaufruf haben wir am Schwarzen Brett und an unserer Türe aufgehängt. Der zuständige Erzieher versuchte zunächst erfolglos, ihn wieder abzureißen, da er auf großes Interesse stieß. Es entwickelten sich scharfe Diskussionen. Der Erzieher drohte der "kommunistischen Sau", dem "Drahtzieher" mit Rausschmiß. Schließlich gelang es ihm doch, die Aufrufe abzureißen, worauf wir eigene geschrieben haben. Er durchsuchte auch unsere Zimmer erfolglos nach der Unterschriftenliste. Der Erzieher jammerte: Das deutsche Volk stirbt aus.

Wir antworteten ihm: Viele Familien wollten schon Kinder, aber sie könnten sie sich nicht leisten, die schlechten Lebensverhältnisse zwängen sie zur Abtreibung. Der Erzieher, in die Enge getrieben, konnte sich nur noch durch Drohung und Gewaltanwendung wehren, unsere Kollegen sahen diese inhaltliche Schwäche, was ihnen Auftrieb gab.

Warum setzen sich die Heimleitung, Erzieher und Schwestern so zur Wehr? Weil im § 218 eine ungeheure Sprengkraft ist. Unsere ganze Lebenssituation kann damit aufgezeigt werden, die den kapitalistischen Verhältnissen zu verdanken ist. Dagegen muß die Kirche Sturm laufen, weil sie uns weiter Sand in die Augen streuen muß, um ihr soziales Deckmäntelchen nicht zu verlieren. Sie muß uns weiter weismachen, daß wir mit einem guten und bösen Geist auf die Welt gekommen sind und daß bei uns Konradihäuslern das Böse überwiegt. Sie müssen jeden Widerstand und Kritik im Heim im Keim ersticken, denn die Zustände geben Anlässe genug dazu.

Mittwochs werden in den Religionsstunden vor versammelter Schüler- und Lehrerschaft die Verfehlungen der Woche durch Prügel abgegolten. Für jeden Zwischenfall in Dorf und Umgebung werden die Konradihäusler verantwortlich gemacht. Oft gibt es Gegenüberstellungen, wobei einem wie einem "kranken Gaul" ins Maul geschaut wird. Besondere Merkmale wie Narben und Tätowierungen müssen dann entblößt werden. Unser Heimleiter unterstützt jede Gegenüberstellung und hilft tatkräftig mit, eventuelle Proteste zu unterschlagen. Auch werden wir dadurch nach außen diskriminiert, indem wir zum Beispiel auf Badekarten als "asoziale Elemente" bezeichnet werden. Folgende Badekarten wurden in den Sommerferien für Heimzöglinge herausgegeben: Sonderschule für sittlich gefährdete und erziehungsschwierige Jugendliche am Konradihaus.

Wegen Lehrermangel fielen wichtige Fächer aus, zum Beispiel Chemie, Physik, Werken. Dabei fielen die Religionsstunden niemals aus.

In der derzeitigen wirtschaftlichen Situation der Jugendarbeitslosigkeit zeigt sich das wahre Gesicht der Kirche. Sie kassiert Subventionen und stellt sich die Aufgabe, sich der Jugendlichen anzunehmen: Während in Normalzeiten unter dem Deckmäntelchen der "Rehabilitation" und "Resozialisierung" die Jugendlichen auf Knien gebeten werden, im Heim zu bleiben, fällt in solchen Situationen wie Jugendarbeitslosigkeit die Maske der sozialen Fürsorge.

Genügend Beispiele in unserem Heim können nachweisen, wie die Kirche die Not der stellungslosen Jugendlichen erpresserisch ausnützt, indem sie ihnen mit Rausschmiß droht. Was das für die Jugendlichen oft genug bedeutet, ist bekannt, sie gehen den Weg in die Kriminalität.

Warum kämpfen wir gegen den § 218?

Wir Lehrlinge und Schüler wissen, was es bedeutet, keine Wunschkinder zu sein. Daß unsere Mütter und Väter keine finanziellen Möglichkeiten hatten, uns eine Ausbildung zu geben, keine Zeit für uns hatten, daß sie arbeiten mußten, um den Lebensunterhalt zu verdienen – daß wir so ein Leben lang gekennzeichnet sind, als "asoziale Elemente". Wir treten deswegen für das Recht auf Abtreibung ein! Wir wissen, daß es unter diesen Verhältnissen Abtreibung immer geben wird. Diese Verhältnisse gilt es zu ändern! Das werden wir auch bei der weiteren Unterschriftensammlung versuchen klar zu machen. Im Neubau des Heims haben bereits 30 von 45 Kollegen unterschrieben.

Wir werden im Altbau noch diskutieren. – **(g, v)**



Bielefeld. Am 30.9. demonstrierten in Bielefeld über 1 000 Jugendliche gegen die Kürzung der Mittel für die Jugendarbeit. Zur Unterstreichung ihrer Forderung blockierten die Demonstranten auf einer Hauptstraße vor dem Rathaus

Leserzuschrift: Am Bettelstab gelandet

Sehr geehrte Redaktion!

In Ihrer Ausgabe Nr. 37 vom 18. September 1975 berichten Sie unter der Überschrift "Keine Unfallrente" auf Seite 7 über einen Arbeitsunfall, der angeblich keiner war. Dieser Fall ist eine Bagatelle gegen das, was mir passiert ist, so daß ich jetzt mit Frau und Kleinkind von 2 3/4 Jahren ein Bettler bin!

Mit 9 Jahren hatte ich Kinderlähmung und war Schwerbehinderter. Als solcher wurde ich bei einem Verband eingestellt, kein Tarifvertrag, also nur die Hälfte des üblichen Einkommens. Nach 12 Jahren Tätigkeit rutschte ich auf dem Boden aus und breche beide Oberschenkelknochen, werde in die Klinik eingeliefert, wo die Brüche mit Platten und Schrauben versorgt werden. Ich liege unter den schrecklichsten Verhältnissen in einem Saal mit 36 Männern, dann lasse ich mich auf die Privatstation verlegen. Im linken Bein tritt eine Infektion auf. Ergebnis: 14 Monate Klinik, drei weitere Operationen, heute restlos ein Krüppel, kann nur mit sogenanntem Gehbock laufen. Kosten: Operationskosten DM 30.000, Selbstbehalt der Pflegekosten DM 12.876.

Und jetzt kommt es: Die Verwaltungsberufsgenossenschaft behauptet, der Unfall sei körperbedingt gewesen durch die Kinderlähmung. Ich muß beweisen, daß ich ausgerutscht bin. Natürlich will der Arbeitgeber das nicht wahr haben, das **Ausrutschen** hat auch niemand gesehen, nur daß ich am Boden lag. Das Sozialgericht Mannheim schließt sich ganz der Ansicht der Berufsgenossenschaft und des Arbeitgebers an. Jetzt bin ich in der Berufung beim Landessozialgericht, keine Hilfe, von keiner Seite! Keine Verletztenrente, kein Verletztengeld!

Seit 9.9.1974 ausgesteuert bei der AOK, keinen Pfennig Geld mehr! Antrag auf Erwerbsunfähigkeitsrente läuft seit 24.7.1974, erst am 29.7.1975 (!), nach einem Jahr, kommt der Rentenbescheid. Nach 32,5 Versicherungsjahren DM 566,50 Rente einschließlich Kinderzuschlag. Kann von der Nachzahlung meine Schulden, die ich in dem Jahr gemacht habe, um leben zu können, nicht bezahlen, Pfändung droht. DM 400 Kindergeld müssen zurückgezahlt werden, DM 1173 Krankengeld an die AOK werden von der Nachzahlung der Rente einbehalten. Es kommt aber noch schlimmer:

Die Rente wurde nur auf Zeit, bis zum 30.9.1975 bewilligt, da ich angeblich mit meinem eiternden Oberschenkel und dem nicht belastbaren Bein mit meinem Gehbock wieder arbeiten gehen kann, trotz amtsärztlicher Bescheinigung vom 21.8.1975, daß ich **völlig erwerbsunfähig** bin. Nun stehe ich wieder ohne Rente da. Wieder Prozeß vor dem Sozialgericht Mannheim, Klagebegründung: Zahlung der Erwerbsunfähigkeitsrente auf **unbestimmte Zeit**. Die Rente ist weggefallen, also fällt auch die Krankenversicherung der Rentner fort. Jetzt muß ich eventuell DM 112 im Monat Krankenversicherung für mich und meine Familie bezahlen, von nichts!

Seitdem ich nach meinem verlorenen Prozeß vor dem Sozialgericht Mannheim merke "wie der Hase läuft", daß hier Verwaltungsberufsgenossenschaft – Arbeitgeber – Sozialgericht **nachweisbar** (ich habe noch keinen Verfolgungstick) zusammenarbeiten, um einen Behinderten um die Verletztenrente zu bringen, habe ich mir selber die entsprechenden Bundesgesetzblätter besorgt.

Was stelle ich fest? Nach § 21 Abs. 2 Angestelltenversicherungsgesetz und dem Gesetz über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation vom 7.8.1974 hätte die AOK längst Rehabilitationsmaßnahmen einleiten und das sogenannte Übergangsgeld zahlen müssen, das 80 % des letzten Nettolohnes beträgt. Nichtsvon alledem.

Unsere Situation: Ich bin völlig erwerbsunfähig und pflegebedürftig, erhalte keinen Pfennig Rente mehr, meine Frau kann wegen des Kleinkindes und meiner Pflegebedürftigkeit nicht arbeiten gehen, wir sind ab morgen nicht mehr krankenversichert, es werden keine Rehabilitationsmaßnahmen eingeleitet, weil sich das ja heute nicht mehr lohnt, Sozialhilfe können wir nicht bekommen, weil unser Kind ein gesperrtes Sparkonto von seinen Paten hat (einjährige Kündigungsfrist). Wir sind wieder, wie vor einem Jahr, auf den Bettel bei Bekannten angewiesen.

Fazit: Jeder Behinderte, der nach dem Grundsatz: Rehabilitation vor der Rente gezwungen wird, eine Tätigkeit aufzunehmen, muß sich darüber klar sein, daß er keinen Unfallschutz am Arbeitsplatz hat. Rutscht er aus, stolpert oder fällt er (und was soll ihm anders groß passieren auf einem Büro), dann ist das immer auf Grund einer körpereigenen Ursache geschehen.

Zum Abschluß ein wörtliches Zitat aus einem Brief des Bundesjustizministers Dr. Vogel vom 18.9.1975, AZ: 6303 II – 60 642/76: ". . . daß vielmehr die versicherte Tätigkeit eine rechtlich wesentliche Ursache für die Verletzung sein muß. Das bedeutet, daß die Gefahren, gegen die die gesetzliche Unfallversicherung Schutz gewährt, aus dieser Tätigkeit herrühren müssen; nur insoweit können die Risiken den Unternehmern, deren Haftpflicht abgelöst wird (vgl. §§ 636, 637 RVO) und die allein die Beiträge für die Unfallversicherung aufbringen, zugeordnet werden . . . Mit freundlichen Grüßen", Unterschrift (Dr. Vogel)

Im Klartext: Der durch den Arbeitsvertrag bedingte zwangsweise Aufenthalt am Arbeitsplatz ist also nicht die Ursache dafür, daß ein Unfall am Arbeitsplatz passiert; und wenn man stürzt und die Beine bricht, dann hat das überhaupt nichts mit der Tätigkeit zu tun, dann ist das so, als ob man im Wald spaziert wäre und hätte sich dort die Beine gebrochen! – **(b., Heidelberg)**

Der Schulstreik wird vorbereitet

Ortsjugendausschuß der IG-Metall empfiehlt Ortsverwaltung die Unterstützung des Streiks

Wolfsburg. In Wolfsburg soll ab 22.10. ein Streik an allen Schulen durchgeführt werden. 52 von 64 Wolfsburger Schulen haben sich diesem Beschluß des Stadtelternrates und des Stadtschülerrates bisher angeschlossen.

Nicht beteiligt haben sich die Wolfsburger Gymnasien am Boykott der niedersächsischen Gymnasien, der vor kurzem stattfand. Zu Recht wurde herausgestellt, daß bei der miserablen Lage in allen Schultypen es wichtig ist, die zersplitterten Kämpfe, die gegenwärtig an Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien stattfinden, einheitlich zusammenzufassen.

In Wolfsburg beträgt der Unterrichtsausfall an den Hauptschulen 23 %, an den Gymnasien 24 % und an den Sonderschulen sogar 27 %. An den Berufsschulen schließlich werden von 8 nur 5 Stunden unterrichtet.

In der Resolution des Stadtschülerrates heißt es: "Der Stadtschülerrat empfiehlt allen Wolfsburger Schulen, unter folgenden Forderungen kurz nach den Herbstferien in einen zweitägigen Warnstreik zu treten." Die Forderungen sind unter anderem: Einstellung aller Lehrer und Lehramtskandidaten, Weiterbeschäftigung aller angestellten Lehrer, höchstens 20 Schüler pro Klasse und Kurs, Erhöhung des Bildungsetats.

Auch die GEW hat in ihrer Mitgliederversammlung vom 10.9. beschlossen, den Schulstreik mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Der Ortsjugendausschuß der IG Metall hat an die Ortsverwaltung der IG Metall eine Empfehlung zur Unterstützung des Streikes beschlossen. Auch an den Wolfsburger Berufsschulen und in der Arbeiterjugend findet der Streikbeschluß breite Unterstützung. Die gewerbliche Berufsschule Wolfsburg beschloß dazu eine Resolution und behielt sich darüberhinaus die Aufstellung eigener Forderungen vor.

Resolution

Angesichts der Tatsache, daß an sämtlichen Wolfsburger Schulen etwa 20 bis 30 Prozent des planmäßigen Unterrichts nicht mehr erteilt werden können, wird die Lage der Schüler immer bedrohlicher. So kann z.B. am Ratsgymnasium u.a. in den 9. Klassen kein Französisch unterrichtet werden. Hier wuchs dann auch der Widerstand der Eltern am frühesten. So wurde auf einer Elternvollversammlung von 600 Eltern ohne Gegenstimme ein Warnstreik nach den Herbstferien beschlossen. Unter Berücksichtigung der ebenfalls katastrophalen Lage an den übrigen Wolfsburger Schulen hat sich der Stadtelternrat und die Stadt-Schülerversammlung dem Aufruf der Eltern des Ratsgymnasiums angeschlossen. Noch bedrohlicher aber stellt sich die Lage für die Arbeiterjugend dar, die an den Berufsschulen in Arbeitslosenklassen zusammengepfercht ist. Hier ist noch nicht einmal das Recht auf allgemeine Schulpflicht und qualifizierte Ausbildung bis zum vollendeten 18. Lebensjahr gewährleistet.

So kommen hier auch die Widersprüche am deutlichsten zum Vorschein: Auf der einen Seite werden Millionen durch staatliche Konjunkturmaßnahmen und Investitionszulagen zum Fenster rausgeschmissen, auf der anderen Seite ist das Volksbildungswesen am Verrotten. So blasen Niedersachsens Bildungspolitiker den Rückzug, was Kultusminister Mahrenholz in Wolfsburg offen zugab, indem er für Anfang 1976 die Nichteinstellung von über 2 000 Lehramtsbewerbern in Niedersachsen ankündigte. Hier ist es notwendig, daß seitens der Schüler- und Elternschaft die Forderung nach Einstellung sämtlicher Lehramtskandidaten erhoben wird. Ebenso notwendig aber ist es, den gerechten Forderungen der Eltern und Schüler Ausdruck zu verleihen und die Bewegung gegen die katatstrophale Ausbildungssituation an den Berufsschulen neu zu ordnen und ihr eine einheitliche Linie zu geben. Das beste Mittel hierzu ist der Schulstreik!

Deshalb rufen wir alle Schüler der gewerblichen und hauswirtschaftlichen Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen auf, sich an dem von der Stadt-Schülerversammlung angestrebten Streik bzw. dessen Maßnahmen zu beteiligen!

Zwei Sorten von Schulrichtlinien

Die folgenden Auszüge stammen aus den jeweiligen zur Zeit gültigen Richtlinien des Landes Niedersachsen für zwei verschiedene Schultypen. Die Zuordnung wird dem Leser sicher nicht schwer fallen (Auflösung am Schluß!).

Schultyp 1

"Der Schüler soll eine geistige Grundbildung erhalten, die ihn befähigt, eine Welt zu verstehen und mitzugestalten . . ."

"Er (der Physikunterricht) muß den Menschen vorbereiten, erziehen und bilden für eine Zukunft, an deren Gestaltung er maßgebend beteiligt sein wird."

"Der Unterricht (in Mathematik) soll zu selbständigem Denken anleiten."

"Der Biologieunterricht bedeutet für die meisten jungen Menschen, die in ihrem späteren Beruf und im öffentlichen Leben wichtige Entscheidungen zu treffen haben, die einzige Berührung und Auseinandersetzung mit biologischen Fragen."

Schultyp 2

"Sie (die Schule) muß eine sittliche Ordnung darstellen, an deren Einhaltung die Schüler Selbstzucht üben . . ."

"Die Naturlehre soll dazu beitragen, daß die Schüler die Größe der Natur ahnen, Achtung vor dem Schaffen ihrer Mitmenschen empfinden und sich später verstehend und verantwortungsbewußt in die Arbeitswelt einordnen."

"Die Schüler sollen sichere und geläufige Kenntnisse und Fertigkeiten im Rechnen erwerben und sie bei der Durchdringung von Sachverhalten . . . verwenden lernen."

"Eine biologische Unterweisung durch 9 Schuljahre hindurch kann die Kinder zu Einsichten führen, die tief und weit genug sind, um Ehrfurcht vor dem Leben und Liebe zur Natur zu erwecken."

Diese Reihe ließe sich noch fortsetzen. Es handelt sich zwar jeweils nur um herausgegriffene Sätze, aber die beiden unterschiedlichen Absichten werden klar: Die einen sollen verstehen und mitgestalten können und an der Gestaltung der Zukunft maßgebend beteiligt sein. Die anderen sollen Selbstzucht üben und sollen sich verstehend ein- und unterordnen.

(Es handelt sich um Zitate aus:
1. Richtlinien für den Unterricht an den Gymnasien des Landes Niedersachsen
2. Richtlinien für die Volksschulen des Landes Niedersachsen) – **(k, Braunschweig)**

Bußgeldbescheid gegen Hamburger Elternräte

Hamburg. Weil sie zu Streiks gegen die Sparpolitik des Hamburger Senats im Schulbereich aufgerufen hatten – an den Streiks waren im Juni ca. 4 000 Schüler beteiligt – hat die Hamburger Schulbehörde jetzt gegen 27 Mitglieder des Kreiselternrates in Hamburg-Wandsbek Zwangsgelder "wegen Anstiftung zum Schulstreik" verhängt.

Die Eltern wird dies aber nicht davon abbringen, auch nach Ferienbeginn den Kampf gegen die staatliche Sparpolitik weiterzuführen: sie hatten schon vor den Ferien eine Streikkasse angelegt. – (r., Hamburg)

Klassenfrequenzen erhöht

Oldenburg. Die Pleite der öffentlichen Kassen soll in Niedersachsen ein weiteres Mal auf Kosten von Lehrern und Schülern vertuscht werden. In allen niedersächsischen Regierungsbezirken sind per Verfügung die Klassenfrequenzen an den Haupt- und Realschulen heraufgesetzt worden. So sollen ab sofort mindestens 30 Schüler in einer Klasse sitzen, mit Abweichungen von 10 % (27 Schüler) nach unten, von 15 % (34 Schüler) nach oben. – (i., Nordenham)

6 Relegationsanträge zurückgenommen

Heidelberg. Unter dem Druck der Bewegung gegen den § 218 sah sich das Rektorat der Universität Heidelberg jetzt gezwungen, 6 von 7 Relegationsanträgen, die es bei der zuständigen Behörde gestellt hatte, zurückzunehmen. Anlaß dazu war gewesen, daß diese Studenten Unterschriften für einen Volksentscheid gegen den § 218 in der Eingangshalle der Universität gesammelt hatten. Auf einer Sitzung des Kleinen Senats am 23.9. forderten daraufhin rund 100 Studenten vom Rektor, auch das 7. Relegationsverfahren zurückzunehmen. Gegen einen der Studenten, die Rechenschaft vom Rektor gefordert hatten, erließ das Rektorat jetzt Hausverbot. Die Forderung der Studenten "6 Relegationsverfahren sind eingestellt, alle müssen weg!" wird er damit aber nicht aus der Welt schaffen können. Im Gegenteil.

chenschaft vom Rektor gefordert hatten, erließ das Rektorat jetzt Hausverbot. Die Forderung der Studenten "6 Relegationsverfahren sind eingestellt, alle müssen weg!" wird er damit aber nicht aus der Welt schaffen können. Im Gegenteil.

Maulkorberlaß

Freiburg. Der Rektor der Universität Freiburg hat angekündigt, daß an der Universität künftig "verfassungsfeindliche und gesetzwidrige Äußerungen in Wort und Schrift" untersagt sind (aus dem Brief des Rektors). Unmittelbar will er damit den Verkauf politischer Literatur und der Kommunistischen Volkszeitung in den Räumen der Universität verhindern (Brief des Rektors). Tatsächlich schafft er sich damit aber eine Grundlage, um künftig jede politische Äußerung und jede Kritik der bürgerlichen Wissenschaft unterbinden zu können. Anlaß dieses Briefes des Rektors war, daß er von verschiedenen Fachschaftsräten aufgefordert worden war, Stellung zu nehmen zum Verbot von Büchertischen und zum Verbot des Verkaufs der KVZ vor dem Studentensekretariat.

Keine Veränderung der Prüfungsbedingungen

Heidelberg. 40 Examenskandidaten am Germanistischen Seminar der Universität Heidelberg verabschiedeten am 25.9. eine Resolution gegen verschiedene Versuche des Oberschulamtes, heimlich und überraschend die Prüfungsbedingungen für Staatsexamenskandidaten zu verändern. Während der schriftlichen Prüfung teilte ein Vertreter des Oberschulamtes den Prüflingen überraschend mit, wer zum nächsten Termin in den Schuldienst eingestellt werden wolle, müsse die mündliche Prüfung schon vor dem 12. November und nicht wie bis dahin festgelegt erst bis zum 20. November machen. Mehrere Studenten traten darauf von der Bewerbung für den nächsten Termin zur Einstellung in den Schuldienst zurück, da sie sich nicht in der Lage sahen, die mündliche Prüfung bis zum 12. November zu absolvieren. Kurz darauf teilte das Oberschulamt mit, generell müsse die Prüfung vor dem 12. November abgelegt werden, ob man nun zum nächsten Termin in den Schuldienst wolle oder nicht. Die Studenten fordern : in ihrer Resolution, daß auch die Studenten, welche ursprünglich von der Bewerbung für den nächsten Einstellungstermin zurücktraten, zu diesem Termin eingestellt werden. Sie fordern weiterhin die Öffentlichkeit der Prüfungen bei Einverständnis der Prüflinge und die Möglichkeit der Wahl eines Prüfungstermins zwischen dem 1. und dem 29. November.

Universität Frankfurt:

„Das war ein guter Semesterbeginn"

Endlose Warteschlangen bei der Rückmeldung / Schließlich haben wir die Sache selbst gelöst

Frankfurt. Das Semester an der Universität fängt an. Vergangenen Dienstag versuchte ich, mich bei der Universitätsverwaltung zurückzumelden. Diese Rückmeldung ist möglich entweder per Brief – was einfacher und schneller geht – oder per persönlicher Rückmeldung innerhalb eines Zeitraumes von 14 Tagen. Wer sich nicht vor dem 1. Oktober zurückmeldet, fliegt aus der Universität raus.

Nun haben sich dieses Jahr sehr viele Studenten nicht per Brief zurückgemeldet. Dies liegt daran, daß man durch die Auflösung der studentischen Krankenversicherung soviel Papierkram erledigen mußte, daß keiner sicher sein kann, daß er alles klar hat. Das wäre bei brieflicher Rückmeldung aber peinlich. Außerdem haben viele Studenten während der Ferien gearbeitet, und es deswegen nicht geschäfft, zu Krankenkassen zu rennen etc.

Vergangenen Dienstag versuchte ich mich also zurückzumelden. Ich war am Tag vorher schon einmal dagewesen, aber sehr schnell wieder verschwunden, angesichts der Schlangen von Wartenden. Das Problem am Dienstag war nur, daß die Schlangen noch länger waren, sodaß ich damit rechnen mußte, nachdem ich mich morgens um 9 Uhr angestellt hatte, frühestens am späten Nachmittag ranzukommen. Das ist keine Übertreibung. Der Grund dafür kam auch schnell raus. Die ganze Abfertigung sollte von 4 Angestellten der Universität durchgeführt werden – an zwei Schaltern. In vergangenen Jahren waren es bei weniger Studenten noch viermal so viele. Die 4 sind natürlich völlig überlastet. Die Universität, die sonst bei Polizei-Einsätzen und Präsidentengehältern nicht geizt, scheint aber zu knapp an Mitteln, für diese zwei Tage 12 weitere Kräfte einzustellen. Was dem persönlichen Referenten des Präsidenten, Baumeister, auch überflüssig erschien: *"Sie können doch warten, meine Herren."*

Die meisten Kommilitonen hatten sich schon damit abgefunden, wie die Schafe bei der Schur einen Tag zu warten, bis sie rankamen. Lediglich wegen des geringen Sauerstoffgehaltes in der Luft schien es Klagen zu geben. Schließlich war am Tage davor einer rausgetragen worden, der nach einigen Stunden Wartezeit kurz vor der Ziellinie – dem Schalter – schlapp gemacht hatte. Alle waren einzeln sauer. Aber es ist schwierig, sich zu organisieren, wenn man Schlange steht.

Ich ging zum AStA-Vertreter und habe von dem verlangt, mit mir zum Präsidenten zu gehen und eine Fristverlängerung zu verlangen. Der fand dies gleich richtig und tat es dann. Auf dem Präsidialamt erfuhren wir: eine Änderung ist nicht möglich. Die Studenten müssen sich daran gewöhnen, sich rechtzeitig zurückzumelden.

Der Witz war, daß wir ja noch alle rechtzeitig da waren. Das Ganze ist also eine reine Schikane.

Danach: wieder runter an die Schlange, nachdem das Gesundheitsamt benachrichtigt worden war. Dort gab es nun schon mehr Empörung, als wir berichteten. Als dann von der Universität auch noch der Vorschlag kam, man solle weitere Stunden warten, um am Ende nur einen Berechtigungsschein zu erhalten, mit dem man am nächsten Tag den Kampf um einen Platz in der Schlange erneut beginnen sollte, explodierte zunächst bei einem knappen Fünftel der Wartenden die Wut.

Obwohl man damit den Platz in der Schlange aufgab, auf den einige von uns seit morgens um 6 Uhr gewartet hatten, zogen wir zusammen zum Präsidialamt. Dort wäre die rechte Hand des Präsidenten fast gelyncht worden, als er die Gelegenheit ergriff, um gegen die Studenten zu pöbeln, statt den von ihm verschuldeten Mißstand abzustellen.

Nach einigen weniger fruchtbaren Vorschlägen (ihn runterzuzerren, zehn Stockwerke, und an den Schluß der Schlange zu stellen u. a.), beschlossen wir: wir gehen runter. Dort sammeln wir die Rückmelde-Unterlagen ein. Der AStA gibt die Unterlagen an das Sekretariat. Das Sekretariat bearbeitet sie. Wir holen sie in der nächsten Zeit in aller Ruhe und Gemütlichkeit ab.

Die rechte Hand des Präsidenten, namens Baumeister, murmelte etwas von möglichen Exmatrikulationen, d.h. Rausschmiß aus der Universität, und warnte uns. Wir hörten uns seine Warnung an. Natürlich bestand etwas Unsicherheit. Fast wäre das ganze ins Auge gegangen. Als wir dann aber wieder unten standen, haben einige von uns erst einmal gesagt: "Das wollen wir ja sehen", und ihre Unterlagen beim AStA-Vertreter abgegeben.

Das löste eine Kette aus. Schließlich waren so viele Unterlagen abgegeben, daß eine Exmatrikulation nicht mehr möglich war. Der Leiter des Sekretariats sagte uns dann auch schließlich formell und öffentlich zu, daß die Unterlagen bearbeitet würden. Zehn Minuten, nachdem die rechte Hand des Präsidenten das abgelehnt hatte.

Die Studenten haben der Universitätsverwaltung gezeigt, was eine Harke ist. Möglich war dies dadurch, daß wir die von der Universitätsverwaltung herbeigeführte Konkurrenz nicht hingenommen haben und einheitlich vorgegangen sind.

Angesichts der Lage an der Universität muß ich feststellen: ein guter Semesterbeginn, auch wenn das Semester erst einen Tag später angefangen hat. (t, aus: Ortsbeilage Frankfurt)

Dem "Willen" nachgeholfen

In der neuesten Ausgabe der Monatsschrift des Statistischen Bundesamtes ("Wirtschaft und Statistik 8/75") sind Angaben über die sogenannte "Studierwilligkeit" zu finden. Gaben noch 1971/72 90,3 % der Gymnasial- und Fachoberschulabgänger an, studieren zu wollen, waren es 1974/75 nur noch 75,2 %. Trotz dieses sinkenden Anteils war bisher wegen steigender Abgängerzahlen von den Oberschulen die absolute Zahl der Oberschulabgänger, die ein Studium anstrebten, gestiegen. Dies ist 1974/75 erstmals anders: Ihre Anzahl ist gegenüber 1973/74 um rund 2 % gesunken. Frohlockend werden die bürgerlichen Politiker jetzt die "wachsende Studierunwilligkeit" ins Feld führen, um das Dichtmachen der Hochschulen zu rechtfertigen.

Ob man ein Studium anstrebt oder nicht, ist allerdings kaum eine Frage des Willens, wie der amtliche Ausdruck "Studierwilligkeit" es verdreht. Denn die gerade jetzt verschlechterte Ausbildungsförderung (siehe KVZ vom 18.9.1975), verschärfte Wohngeldvergabe usw. machen das Studium zu einer Frage des Geldes. Kein Wunder, daß den Kindern der besitzlosen Klassen die "Studierwilligkeit" vergeht.

Dieser Sachverhalt wäre zweifellos in der Statistik dokumentiert worden, wenn sie die Schulabgänger nach ihrer Klassenherkunft ausgewiesen hätte.

Schulunterricht: Öde, langweilig und lügenhaft

Schulunterricht: Öde, langweilig und lügenhaft

Das "Hamburger Abendblatt" berichtete am 26.9. über zwei Selbstmordversuche und zwei Selbstmorde von Schülern. Ein 12-Jähriger nahm Rattengift und warf sich vor einen Zug. Ein 10-Jähriger hängte sich auf, als er Mathematikaufgaben nicht lösen konnte. Sein Fall, die Reaktion der Lehrer und der Kommentar des "Hamburger Abendblattes" werfen ein Schlaglicht auf die Lage an den Schulen und die Anschauungen derer, die die Klassenschule verteidigen.

Mehrfach und noch am Tage seines Todes hatte der 14-Jährige den Unterricht kritisiert: "Den Abschluß schaffe ich nie. In Mathe und Physik komme ich überhaupt nicht mit." Die Lehrer zeigen sich nun "fassungslos" und der Klassenlehrer versteigt sich zur Behauptung: *"Er hatte wirklich keinen Grund zur Annahme, daß er das Pensum nicht bewältigen könnte."*

Die schärfste und verzweifeltste Kritik, die ein Mensch an den Umständen, unter denen er leben muß, üben kann, ist der freiwillige Tod. Aber nicht einmal dieser konnte den stumpfen Paukern die Augen öffnen. Kein Grund zur Annahme, daß es **ihr** Unterricht ist, der nicht bewältigt werden kann, kommt ihnen da. Welche Verachtung der Schüler spricht aus ihrer "Fassungslosigkeit"!

Ich bin Physikreferendar und erfahre täglich mehr die Trostlosigkeit des Unterrichts, den ich halten muß, die Machtfülle meines Amtes den Schülern gegenüber und die panikartigen Situationen, wenn Arbeiten geschrieben werden sollen.

Es dreht sich den Schülern alles im Kopf, die einfachsten Sachen werden mit einem Mal unklar.

Ich habe Schüler erlebt, die Radios reparieren konnten, aber an der Widerstandsgleichung hängen blieben, Schüler, die sich ein erstaunlich großes Verständnis vom Aufbau der Materie angeeignet hatten, aber in der Klassenarbeit danebengriffen, weil sie daran völlig desinteressiert waren. Ist das Einzeichnen von Kräften in irgendwelche Seile an irgendwelchen Telefonmasten, die immer nur an der Tafel eine Rolle spielen, nicht absolut trostlos? Sind die Gesetze der schiefen Ebene, die mit einer abwärtsrollenden Walze auf einem Brett demonstriert werden, aber im Leben des Schülers keinerlei ernsthafte Bedeutung haben, sind sie nicht entsetzlich öde und langweilig? Praktisch die ganze Physik und Chemie ist für den Schüler eine phantastische lebensfremde Gedankenspielerei.

Ich erlebe die entwürdigende und erzwungene Konkurrenz der Schüler untereinander, wenn es um die Zensuren und um das Ansehen beim Lehrer geht.

Und schließlich die Demoralisierung durch schlechte Zensuren und Zeugnisse, welche als objektive und gerechte Beurteilungen der Schülerleistungen hingestellt werden, in Wirklichkeit nur ein Urteil über die schlechte Schule fällen, welche nicht in der Lage ist, die jungen Menschen für ein vertieftes Verständnis von Natur und Gesellschaft zu gewinnen.

Was Wunder in einer Schule, die nicht die Fähigkeiten der Schüler zur Beherrschung von Natur und Produktion entwickeln soll, sondern den gefügigen Untertan, der mit einigen leblosen Kenntnissen und Fähigkeiten ausgestattet ist.

Das alles ist einerseits genug "Grund zur Annahme", daß sich die Bewältigung des Pensums gar nicht lohnt, andererseits ein unbewältigtes Pensum schlimme Folgen nach sich zieht, im Falle des 14-Jährigen sogar die völlige Aussichtslosigkeit, ohne Abschluß eine Lehrstelle bei einem Kapitalisten zu bekommen.

Die Lehrer stehen dem fassungslos gegenüber, weil sie nicht den Schüler mit seinen jetzigen und künftigen Lebensbedingungen und -interessen im Auge haben, sondern nur ihren Staatsauftrag, welcher die Lebensfremdheit und in anderen Fächern direkte Lebensverfälschung diktiert.

Äußerst reaktionären Absud hat der Abendblattkommentator abgeblasen, welcher auf der Suche nach den Ursachen der Schülerselbstmorde "die Familien" entdeckte, *"in denen falscher Ehrgeiz dominiert, schulische Schwächen dramatisiert werden, keine Zeit für die Kinder da ist"*.

Seine Ratschläge gipfeln in der Forderung, die Eltern sollten ihren Kindern *"mehr Liebe, Vertrauen und Verständnis"* entgegenbringen.

Nachdem er auf die Dummheit der Kinder und die Verantwortungslosigkeit der lieblosen Eltern hingewiesen hat, hebt er ein Loblied auf die Verhältnisse an. *"Wir leben in einer leistungsbewußten Welt, wir brauchen alle unsere Erfolgserlebnisse."* Die *"leistungsbewußte Welt"* des Schülers ist die lähmende Paukanstalt der Klassenschule, die im Jahr 1973 für die 74 Selbstmorde von Kindern im Alter von 5 bis 15 Jahren mitverantwortlich war.

Die nichtbesitzenden Eltern haben keinen Grund, diese Verhältnisse mit der Liebe zu ihren Kindern zuzudecken, sondern allen Grund, sie aus Liebe zu ihrem Nachwuchs aufzudecken, anzuprangern und den Haß ihrer Kinder gegen die Untertanenschule zu teilen. Und selber müssen sie ihre Kinder lehren, eine "leistungsbewußte Welt" zu hassen, die nach den Männern auch die Frauen der Werktätigen immer mehr der Regie der Kapitalisten unterwirft, so daß "keine Zeit für die Kinder da ist".

Aus einem Bericht über die Lage der Familien in der BRD, herausgegeben vom Bundesminister für Familie und Jugend (1968), geht hervor: *"In der Bundesrepublik hat sich die Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen nach 1950 verdreifacht. Nimmt man das Jahr 1950 als Basis (100 %), so stieg die Zahl der erwerbstätigen Frauen 1957 auf 199 %, bis 1965 auf 321 % an.* Massenhaft sind die Frauen in die Fabriken gezwungen worden, aber keineswegs hat sich der bürgerliche Staat bemüßigt gefühlt, entsprechend die Erziehungsbedingungen zu ändern.

Jetzt, wo die bürgerliche Klasse auch die Arbeiterfrauen von der Kinderbetreuung abgetrennt hat, kommt so ein Zeitungsschnösel daher und bezichtigt die Eltern der Schuld am Tod ihrer Kinder, weil *"keine Zeit für die Kinder da ist"* und es ihnen an Liebe fehle.

Selbst den einfachen Wunsch des Kindes und der Eltern, durch ein gutes Zeugnis eine Lehrstelle zu bekommen, schafft dieser Kerl als "falschen Ehrgeiz" zu diffamieren.

Es mag in den Kreisen seiner Herrn üblich sein, die Kinder aus Vergnügungssucht und Geldgier zu vernachlässigen. Die Werktätigen werden durch die Gier der herrschenden Klasse von ihren Kindern weggetrieben.

Jene Selbstmorde, zu denen das bürgerliche Schulwesen treibt, werden verschwinden, wenn alle in die Einheitsschule kommen, wo sie in einer solidarischen Lernatmosphäre, die nicht durch die Konkurrenz diktiert ist, die Grundlagen der Hauptzweige der Produktion erlernen. Denn dort wird nicht die öde und langweilige Atmosphäre des gegenwärtigen Schulbetriebs herrschen.

(p., Hamburg)

KURPFALZ-GYMNASIUM
Staatl. anerk. Priv.-Gymnasium
Sexta – Oberprima
Fernruf 06 21 - 2 36 82
DIREKTION

68 Mannheim, den 2. Okt. 1975
M 6, 11 u. M 6, 17

KURPFALZ-GYMNASIUM
Staatl. anerk. Priv.-Gymnasium
Sexta – Oberprima
Fernruf 06 21 - 2 36 82
DIREKTION

68 Mannheim, den 2. Okt. 1975
M 6, 11 u. M 6, 17

Betr.: Wahl des Schülersprechers

Aus gegebenem Anlaß teilt die Schulleitung mit, daß nur Personen, die auf der Grundlage der freiheitlich demokratischen Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland stehen, an unserer Schule Funktionen ausüben können. Dies gilt notwendigerweise auch für das Amt des Schülersprechers.
Schüler, die aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer extremistischen Partei oder Gruppierung bemüht sind, unseren Staat, das Schulsystem und unsere Schule im besonderen zu bekämpfen, stehen im unaufhebbare Widerspruch zu dem pädagogischen Interesse unseres Gymnasiums und können daher die Gesamtheit der Schülerschaft nicht vertreten.



Die Schulleitung

Mannheim. Mit diesem Erlaß versuchte die Schulleitung des Kurpfalz-Gymnasiums in die bevorstehenden Schulsprecherwahlen einzugreifen. Schon zuvor hatte der Direktor abgelehnt, daß die Schulsprecherwahl entsprechend der Satzung der Schülervertreter auf einer Vollversammlung stattfindet. Verhindern wollte der Direktor dies, da er befürchte, daß "linke Kräfte die Vollversammlung zu einer politischen Massenveranstaltung umfunktionieren". Jetzt hat er dieser Furcht auch mit einem Erlaß Ausdruck gegeben. Kaum wird das die Schüler davon abhalten, jene als Schülersprecher zu wählen, von denen sie sicher sein können, daß sie die Interessen der Schülerschaft vertreten.

Hannover. Anläßlich des 1. Oktober, des Einzugstermins für Tausende von Rekruten, führte das Soldaten- und Reservistenkomitee auf und vor dem Bahnhof einen Aktionstag durch. Bei den Gesprächen mit den neuen Rekruten stießen wir auf eine gehörige Portion Unbehagen und Unsicherheit in bezug auf das, was sie in der nächsten Zeit erwartet. Gerade deshalb aber zeigten viele Interesse an unserem Flugblatt, in dem wir mit Beispielen von Drill und Schikane hinter den Kasernentoren und Berichten von Manövern die volksfeindliche Aufgabe der Bundeswehr enthüllten. "Mal sehen, was mich da erwartet", "Hoffentlich wird's nicht so schlimm", aber auch "Da muß man doch was gegen machen", waren die Reaktionen

Nur die Bahnpolizei wollte offensichtlich die Gespräche im Bahnhof und das Flugblattverteilen verhindern. Ein Polizeioffizier in Zivil versuchte sich einzumischen. Er wurde sofort als Einsatzleiter für die letzten brutalen Polizeieinsätze erkannt. Ein älterer Kollege stellte dabei fest: "Ja, der Mist ist immer, daß die Waffen nie auf unserer Seite sind. Wir müßten auch mal bewaffnet sein, um die da oben aus dem Satten heben zu können. Denn ohne Waffen geht's eben nicht." – (e., Soldaten- und Reservistenkomitee Hannover)





Das Soldaten- und Reservistenkomitee bei der Aktion auf dem Hauptbahnhof

Leserbrief zweier Reservisten: "Wir sind für Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit, weil wir gegen die bürgerliche Armee sind!"

Lohnfortzahlung - Wer soll zahlen?

Eine Polemik

Ein Genosse aus Braunschweig berichtet in der KVZ Nr. 38 von einer Kundgebung des Soldaten- und Reservistenkomitees Braunschweig, bei der versucht wurde, die Forderung nach Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit in der Bevölkerung zu propagieren. In der KVZ Nr. 31 schreibt das gleiche Soldaten- und Reservistenkomitee in der Begründung der Lohnfortzahlung, daß diese von den Kapitalisten gezahlt werden müsse, daß diese den Preis der Arbeitskraft zahlen sollen. Dies gibt noch nicht Auskunft über die Frage, warum es ausgerechnet die Kapitalisten sein sollen. Das wurde jedoch in der KVZ Nr. 38 beantwortet mit folgendem Satz: "Wenn die Arbeiter in der Bundeswehr schon die Fabriken der Kapitalisten schützen sollen, dann sollen sie von diesen Leuten auch bezahlt werden."

Diese Auffassung heißt nichts anderes als: Der Söldner wird für seine Dienste zu wenig geschmiert, gebt ihm gefälligst mehr für den Dienst, Ausbeutung und Unterdrückung zu schützen, gebt ihm den Preis seiner Arbeitskraft. Eine Söldnerweisheit ist das, die die schlechte Bezahlung durch den Kapitalisten rügt, nicht jedoch den Kampf gegen die bürgerliche Armee zu führen vermag. Bei den Herren Vaterlandsverteidigern der Gruppe Rote Fahne wird der Kampf an der Seite der westdeutschen Bourgeoisie zur revolutionären Frage im Kampf gegen die Supermächte deklariert, beim Soldaten- und Reservistenkomitee Braunschweig ist kein "revolutionärer" Gedanke mehr vorhanden, die Bezahlung ist halt schlecht. Damit hat sich das Soldaten- und Reservistenkomitee Braunschweig auf den Boden der Bourgeoisie begeben, denn es hat als seine Grundlage den Kampf gegen die bürgerliche Armee aufgegeben, weil es aufgehört hat, die Revolution an die erste Stelle zu setzen.

Warum stellen wir die Forderung nach Lohnfortzahlung auf?

Die Bourgeoisie hat das Interesse an einer funktionsfähigen Armee, welche ihr die Verhältnisse sichert. Diese Verhältnisse bestehen in Ausbeutung, Unterdrückung und Ausplünderung der Arbeiterklasse und des Volkes. Die Arbeiter sollen in der Armee das Privateigentum der Kapitalisten, ihre Fabriken, Bürohochhäuser, Maschinen und Anlagen schützen, mit denen die Bourgeoisie produzieren läßt. Die Arbeiter sollen etwas schützen, was ihnen nicht gehört und worüber sie keine Verfügung haben und was sich besonders merkbar in seiner Schädlichkeit für die Arbeiterklasse in Krisenzeiten zeigt, wenn Arbeitslosigkeit, unsichere Existenz, Ausbildung zum Elendssuff, gesteigerte Arbeitshetze, Lohnabbau, gepaart mit immer stärkerer Ausplünderung auf dem Warenmarkt, zum bestimmenden Faktor der kapitalistischen Welt werden.

Die Arbeiterklasse hat an derlei Verhältnissen kein Interesse, ihr Gedanke muß von der radikalen Umwälzung dieser Verhältnisse geprägt sein. Anders als gewaltsam wird die Arbeiterklasse diese radikale Umwälzung nicht vornehmen können, da ihr Gegner, die Kapitalisten, mit ihrem Militär über eine bis an die Zähne bewaffnete Formation verfügt, die keine andere Aufgabe hat, als die Umwälzung der Verhältnisse zu vereiteln.

Von dieser letzten Tatsache ist das Verhalten der Arbeiter zur Armee geprägt. Die Arbeiterklasse hat keinerlei Interesse an der Fortexistenz des bürgerlichen Militärs, denn es dient der Bourgeoisie und nicht den Arbeitern. Das Interesse der Arbeiterklasse ist es deshalb, dieses Militär für den Zweck, Ausbeutung und Unterdrückung zu schützen, unbrauchbar zu machen bzw. den Gebrauch für diesen Zweck für die Bourgeoisie zu erschweren. Die Frage des Wehrsoldes für die Wehrpflichtigen hat dabei für die Bourgeoisie die Bedeutung, daß es ihr nützlich ist, aus der miserablen finanziellen Situation Verpflichtungen herauszupressen. Dabei muß derjenige, der sich auf zwei, vier, acht oder gar zwölf Jahre verpflichtet, nicht nur seine Arbeitskraft verkaufen, sondern sich selber, denn er verpflichtet sich zum Kadavergehorsam mit dem einzigen Recht, dem auf Sold nämlich. Fortan muß er das Dasein des rechtlosen Söldners fristen und ist Werkzeug der Bourgeoisie gegen das Volk.

Keiner wird aus freien Stücken eine derartige Verpflichtung eingehen. Der Zwang der Verhältnisse ist es, der ihn treibt, die Arbeitslosigkeit, die fehlende Ausbildung oder das Spottgeld von Wehrsold ist es, was ihn ruiniert und treibt. Die Arbeiterklasse hat kein Interesse an der Entstehung solcher Söldnerexistenzen, weil sie der Bourgeoisie nützen und dem Volk schaden. Doch das bürgerliche Militär kommt zu mehr als 90 Prozent zu seinen Werkzeugen vermittels dieser Verhältnisse und Methoden. Man wird ihm also genau dort entgegentreten müssen. Man wird dem bürgerlichen Staat erklären, daß man keinen Verzicht zugunsten des Allgemeinwohls leistet, daß man bei der Zwangsverpflichtung beansprucht, daß der bürgerliche Staat die durch die Wehrpflicht beanspruchte Arbeitskraft zu ihrem vollen Preis bezahlen muß.

Dies fordert man, weil man gerade kein Interesse daran hegt, den "Ausweg" eines krummbuckligen Söldnerdaseins als Zettler zu beschreiten. Wehrpflichtige, die sich verpflichten, tun dies zuallererst wegen des Geldes und nicht weil ihnen Schikane, Entrechtung und Unterdrückung die liebsten Weggefährten sind. Sie tun es aus Druck heraus, woraus der bürgerliche Staat sich seine Söldner rekrutiert. Die Arbeiterklasse kann es jedoch nicht gestatten, daß sich die Bourgeoisie aus den Reihen der Arbeiter Söldner zieht. Sie soll für ihre Zwecke keinen bekommen, der sich in ihre Dienste stellt, sondern mit ihrem Häuflein Bourgeoissöhnchen ihrer baldigen Beseitigung entgegensehen. Die Forderung nach Lohnfortzahlung zielt also darauf ab, das Söldnerdasein einzuschränken, um es auszumerzen und an seine Stelle das bewaffnete Volk zu setzen, welches die Gewalt über die Kapitalisten ausübt.

Die Forderung zieht also der Bourgeoisie zu einem beträchtlichen Teil den Stuhl unterm Hintern weg bzw. entreißt ihr die Menschen für ihre Waffen. Deshalb ist diese Forderung mit einer Schwächung der Armee der Bourgeoisie verbunden und behindert ihren Einsatz. Das müssen die Vaterlandsverteidiger im Gewande der Kommunisten von der Gruppe Rote Fahne als Schwächung gegenüber dem Sozialimperialismus deklarieren und ablehnen. In Wahrheit ist dies allerdings eine Forderung, die der Arbeiterklasse zum Zusammenschluß dient mit dem Ziel, **"die Ausbildung eines willfährigen Söldnerheeres zu stören, um es morgen zu zerschlagen und in der Armee die Kräfte freizusetzen, die mit der Arbeiterklasse verbunden bleiben wollen, weil sie ihr angehören"** (KVZ Nr. 9/1975, "Niemand wird freiwillig Soldat").

Diesen Weg beschreiten die Braunschweiger Genossen nicht, wenn sie sagen, die Kapitalisten sollen zahlen, weil es Dienst für sie ist. Sie können lediglich das Entgelt auf der Grundlage des Verursacherprinzips verbessern, nicht jedoch das bürgerliche Militär bekämpfen. Würden wir die Richter oder die Polizei als ebenfalls Formationen der Bourgeoisie zur Unterdrückung des Volkes in der gleichen Weise behandeln, dann müßten wir sagen, daß sie von den Kapitalisten bezahlt werden sollten. Doch würde sich dann etwas an ihrer Unterdrückungsfunktion gegen die Arbeiter und das Volk ändern? Offenbar nicht. Die Beseitigung der Klassenjustiz und ihrer Richter kann also nicht auf der Forderung nach Bezahlung zur Zufriedenheit des Volkes gelöst werden; das gleiche gilt für die Armee.

Bei der Armee tritt dabei noch zusätzlich auf, daß es sich im Gegensatz zum Richterpack um Lohnabhängige handelt, die aus den Reihen der Arbeiterklasse und des Volkes kommen und wobei die Arbeiterklasse es sich nicht leisten kann, diese als Söldner ins Lager der Bourgeoisie gehen zu lassen. Genau aber zu Söldnern der Kapitalisten will das Soldaten- und Reservistenkomitee Braunschweig alle Wehrpflichtigen machen, wenn das Soldaten- und Reservistenkomitee die Schmierung durch die Kapitalisten fordert.

(A.B., M.A., Gefreite der Reserve, Wolfsburg)

Der Bund will nicht zahlen

Celle. Vor zirka einem Jahr stürzte der Pionier Eggelsmann während der Grundausbildung im 4. Pionierbataillon I Holzminden von einer MGB (englische Behelfsbrücke) fünf Meter ab und brach sich beide Fersen. Inzwischen ist er entlassen worden. Die Folgen seines Sturzes: Knochenmarkrückgang in einem Bein, am anderen ist der Fuß schief zusammengewachsen. Er war Dreher in Celle (siehe auch "456 und der Rest von heute", Seite 11) und muß jetzt umschulen. Geld hat er vom Bund noch keinen Pfennig gesehen. Selbst das Entlassungsgeld von 900 DM hat er nicht erhalten. Er ist gezwungen, zu klagen; ob er einmal etwas bekommt, steht in den Sternen.

Schweigeminute gegen die Hinrichtungen in Spanien

Würzburg. Am Donnerstag, dem 2. Oktober, führten sämtliche Mannschaftsdienstgrade der Sanitätsschule der Luftwaffe bei Würzburg eine Schweigeminute als Zeichen der Trauer und des Protests gegen die fünf vollstreckten Todesurteile in Spanien durch. Sie unterstützten damit den Aufruf des DGB zu einer kurzfristigen Arbeitsniederlegung in den Betrieben am selben Tag.

Zu Beginn des Essens um 12 Uhr kündigte einer im Mannschaftsspeisesaal die Schweigeminute an und forderte alle auf, sich zu erheben. Von den anwesenden zirka 200 Soldaten zweier Inspektionen folgten bis auf wenige Ausnahmen alle dieser Aufforderung; auch ein anwesender ziviler Wachmann und Teile des Küchenpersonals schlossen sich spontan an.

Die Aktion, die schon Tage zuvor vorbereitet und innerhalb der Kaserne unter den Mannschaften bekanntgemacht wurde, wurde mit gleichem Erfolg um 12.15 Uhr mit etwa 150 Soldaten der beiden übrigen Inspektionen wiederholt.

Der Erfolg der durchgeführten Schweigeminute lag an ihrer guten Vorbereitung und der spontanen Zustimmung. Der größte Teil der Mannschaften wußte schon vorher darüber; bewußt Sitzenbleibende wurden von vielen als Provokation empfunden.

Die Aktion zeigt, daß auch in der Kaserne Protest gegen den Terror des faschistischen Franco–Regimes organsiert werden kann – in der Armee desselben Landes, das vor etwa 40 Jahren durch massive militärische Unterstützung ("Legion Condor") Franco mit an die Macht verhalf. – (Flg. a., SanbchLw (Klingholz))

Fast alle Mannschafts dienstgrade verhört

Tauberbischofsheim/Walldürn. In der 5. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 362 wurden am 19.9. fast alle Mannschaftsdientsgrade der Kompanie durch den Kompaniechef verhört.

In den letzten Monaten hatten sich die Beschwerden in der Kompanie gehäuft. Die Mannschaften ließen sich nichts mehr gefallen und setzten sich gegen jede Schikane zur Wehr. Am Anfang dieses Jahres und im April hatten sie es abgelehnt, faschistische Lieder zu singen, und wurden deshalb lange Zeit nur im Laufschritt durch die Gegend gejagt. Doch das konnte den Zusammenhalt der Mannschaft im Widerstand gegen die Kompanieführung nicht brechen. Die Beschwerden seitens der Mannschaften häuften sich. Besonders ein Soldat, der während seines Unteroffizierslehrganges einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt hatte und deswegen sofort aus dem Lehrgang gezogen wurde, schrieb in letzter Zeit allein sieben Beschwerden gegen Schikane bei der Ausbildung, Verstöße gegen Gesetze usw. Die Beschwerden richtete er grundsätzlich nicht an den Kompaniechef oder Bataillonskommandeur, sondern vom Brigadeur aufwärts bis zum Wehrbeauftragten. Das Bataillon kam dadurch ziemlich ins Schwimmen, mußte doch nach oben zu jeder Beschwerde Stellung genommen werden und über jeden Fall genaue Informationen eingeholt werden.

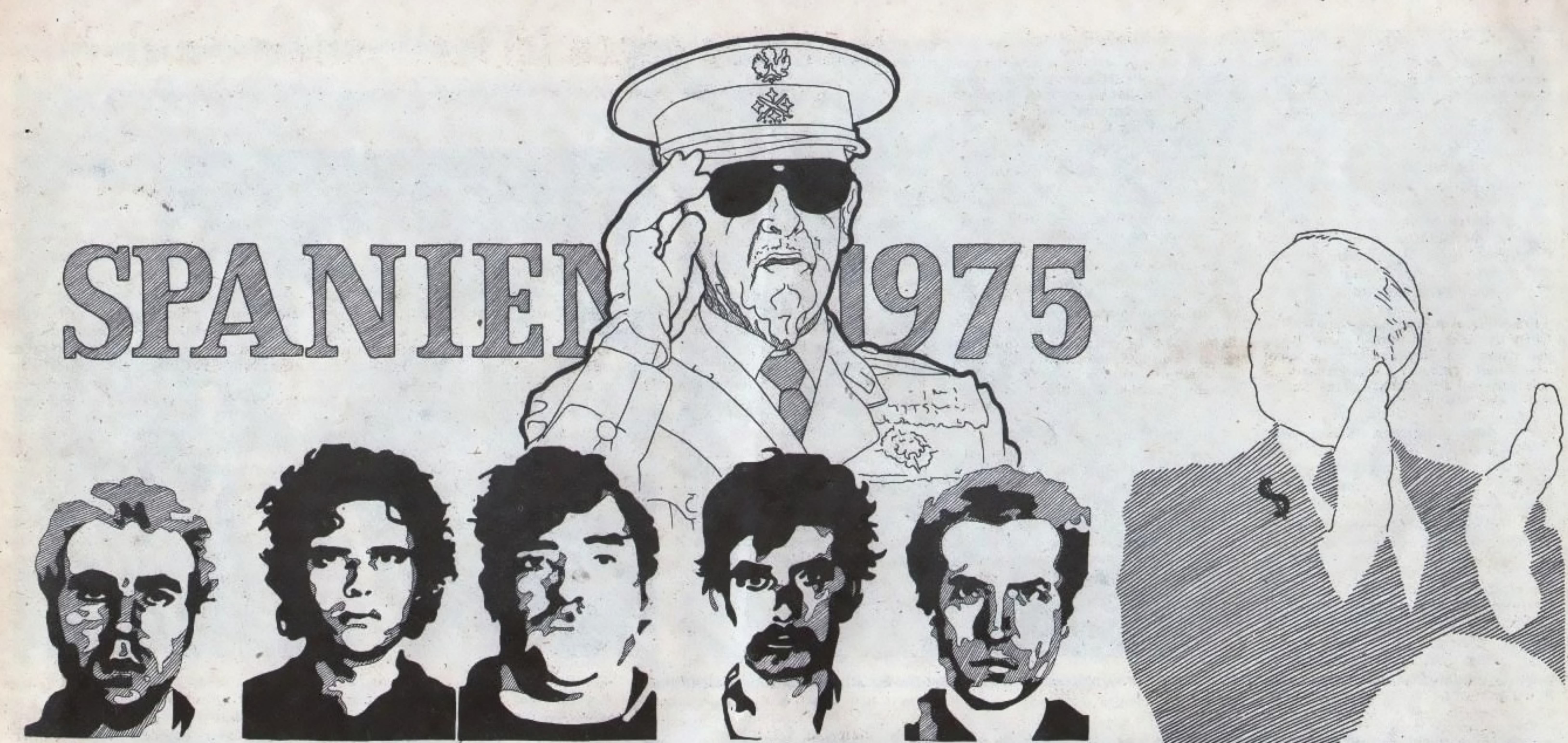
So erhoffte man schließlich, dem gesamten Kampf der Mannschaft der 5. Kompanie durch die Versetzung des größten Beschwerdeschreibers ein Ende bereiten zu können! Der Soldat sollte nach Nürnberg versetzt werden. Das ließ sich die Mannschaft jedoch nicht gefallen. Zu offensichtlich war, daß sich diese Versetzung gegen die gesamte Mannschaft richtete. Alle am 18.9. in der Kompanie anwesenden Mannschaftsdienstgrade bis auf eine einzige Ausnahme forderten den Kompaniechef durch ihre Unterschrift auf einer Unterschriftenliste auf, die Versetzung zurückzunehmen, da hier ein kritischer Soldat durch die Versetzung mundtot gemacht werden soll. Auf der Unterschriftenliste hatten außerdem ein Unteroffizier und ein Fahnenjunker unterschrieben.

Am nächsten Tag wurden alle, die unterschrieben hatten, vom Kompaniechef bis in die Nacht hinein verhört. Bezweckt werden sollte durch dieses Verhör die Einschüchterung der Mannschaft.

Als zweiten Punkt versuchte man Informationen herauszuquetschen, die als Beweise für die wehrkraftzersetzerische Tätigkeit des Vertrauensmannes, der die Unterschriftensammlung durchgeführt hatte, zu verwerten wären. Doch mit was sich der Kompaniechef durch die Verhöre konfrontiert sah, war die aufrichtige Empörung der Soldaten, und herausquetschen konnte er nichts.

So versuchte man den Soldaten, den man versetzen wollte, durch Einschüchterung und Bestechung für die Zustimmung zu seiner Versetzung zu gewinnen. Der Bataillonskommandeur zitierte ihn zu sich und schiß ihn zusammen. Dabei versuchte er ihn zur Zurücknahme seiner Beschwerde zu bewegen – erfolglos! Der Stellvertreter des Bataillonskommandeurs versuchte ihn daraufhin unter vier Augen auszuhorchen und bot ihm schließlich die Versetzung in den Stab des Bataillons an. Dann sei er den Dingen, gegen die er sich beschwert habe, nicht mehr ausgesetzt – erfolglos! So versetzte man den Soldaten schließlich für zwei Monate in die 3. Kompanie des Bataillons.

Gegen den Vertrauensmann der Kompanie will der Bataillonskommandeur nun Zivilklage führen wegen versuchter Meuterei und Nötigung. Doch was immer diese Herren gegen die Mannschaften auch bringen werden, sie werden sich nur tiefer in die Nesseln setzen. Die Aktivitäten der Mannschaften beweisen, daß jede Unterdrückung den festeren Zusammenschluß der Mannschaften im Kampf gegen diese Machenschaften hervorbrachte! – (xy, 4./362, Walldürn, auf Grundlage eines Berichtes eines Kameraden aus der 5. Kompanie)



Im Morgengrauen des Samstags erschossen: (von links) Jose Sanchez Bravo (21), Juan Paredes Manot (21), Angel Otaegui (33), Jose Francisco Baena (24) und Ramon Garcia Sanz (27).

Arbeitsgruppe Realismus Kassel

Das Interesse des westdeutschen Imperialismus an Spanien

Den westdeutschen Imperialisten geht es um die Fortexistenz der ausgezeichneten Profitbedingungen in Spanien

Das faschistische Franco-Regime, das mit Hilfe der Truppen des deutschen und italienischen Faschismus in Spanien errichtet wurde, hat sich seitdem stets als Garant imperialistischer Interessen in Spanien erwiesen. Besonders günstige Bedingungen gestatten den ausländischen Monopolen in Spanien die nahezu schrankenlose Ausplünderung der Bodenschätze und die Ausbeutung der Arbeitskraft der Arbeiterklasse. Der spanische Markt wird von den ausländischen Monopolen beherrscht. Nach den US-Monopolen halten die westdeutschen Monopole dabei den zweiten Platz. Die Aktivitäten des westdeutschen Kapitals werden seit 1958 durch eine ständige Kommission aus Vertretern des "Bunds der Deutschen Industrie" und des spanischen Unternehmerverbandes geregelt. Dieses Gremium veröffentlichte am 4. April 1975: Alle westdeutschen Investitionen belaufen sich auf 2,637 Milliarden DM bis einschließlich 1974. Im April 1975 hat die Investitionssumme bereits die 3-Milliarden-Grenze überschritten. Der westdeutsche Warenexport ist bis April 1975 infolge stark erhöhter Lieferungen an Investitionsgütern auf 4,3 Milliarden DM angestiegen, während der spanische Warenexport in die BRD bei 2 Milliarden DM stagniert ist. An der Fortexistenz dieser günstigen Bedingungen für seine Profite hat das westdeutsche Finanzkapital unbedingtes Interesse. Dementsprechend handelt die Bundesregierung, die dem Franco-Regime umfangreiche Unterstützung auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet hat zukommen lassen (vgl. KVZ Nr. 39). Im folgenden ein Artikel über die Stellung des westdeutschen Finanzkapitals in Spanien.

Deutsches Kapital hat sich Spanien bereits Ende des vergangenen Jahrhunderts und verstärkt zu Beginn dieses Jahrhunderts als billigen Rohstofflieferanten, als Absatzmarkt und zur profitablen Kapitalanlage erschlossen. **Krupp**, die **Metallgesellschaft Frankfurt** sicherten sich rüstungswichtige spanische Rohstoffe durch den Einkauf in ausländische Unternehmen (die Rohstofförderung war damals weitgehend in englischer und französischer Hand) und den Erwerb von Konzessionen. Auf dem Gebiet der Elektrotechnik und Chemie eroberten **AEG** und **Siemens** und die **Vorläufer der IG-Farben** über ihre Niederlassungen sogleich eine dominierende Position. Nach dem Ersten Weltkrieg konnten die deutschen Imperialisten ihre Position immer stärker ausbauen. Gerade auch für die Rüstungsindustrie war Spanien von höchster Bedeutung, erschlossen sich doch die deutschen Rüstungsmonopole in Spanien die Möglichkeit, Waffen zu produzieren, die in Deutschland zu produzieren ihnen der Versailler Vertag verbot. Deutsche Imperialisten halfen tatkräftig mit großem propagandistischem und finanziellem Aufwand und mit den verbrecherischsten Methoden über ihre diplomatischen Außenstellen, die zweite spanische Republik zu untergraben und die Bedingungen für einen faschistischen Putsch herzustellen, den sie dann mit eigenen Truppen unterstützten, womit sie sich direkt an der Kriegsführung Francos gegen das spanische Volk beteiligten.

Mörderkumpanei

Am Tag der Bestätigung der Todesurteile gegen fünf spanische Revolutionäre ließ Franco durch seinen Generalstabschef Villascusa den Bluthund Pinochet mit dem in "Friedenszeiten" höchsten spanischen Orden, dem großen militärischen Verdienstkreuz, ehren. Pinochet dankte, indem er Franco in einem am 2. Oktober veröffentlichten Brief seine "absolute Solidarität" im Kampf gegen die "infame internationale Kampagne" zusicherte.

Von der übrigen Welt isoliert und von den Völkern der Welt bekämpft, suchen die Mörder Pinochet und Franco Stärkung durch gegenseitige Unterstützung und Ehrung.

Nach dem politischen, militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch 1945 verlor der deutsche Imperialismus den größten Teil seiner Kapitalanlagen in Spanien. Ein Großteil der deutschen Unternehmungen bzw. Kapitalanteile ging als "Wiedergutmachung" an die amerikanischen Imperialisten über. Nach Aufhebung der UNO-Resolution von 1946, die den politischen und wirtschaftlichen Boykott des faschistischen Spanien empfahl, ging das westdeutsche Monopolkapital 1950 sogleich daran, in Zusammenarbeit mit der spanischen Reaktion Spanien als Rohstofflieferant, Absatz- und Kapitalmarkt wiederzugewinnen.

In die Rückeroberung stiegen ein die westdeutschen Konzerne **Mannesmann, Haniel, Krupp, Flick, die Deutsche Bank AG, AEG, Siemens, Farbwerke Hoechst, Lanz AG (inzwischen John Deere), Degussa.** In dieser keineswegs vollständigen Aufzählung finden sich die Namen all der Monopole wieder, die seit vielen Jahrzehnten auf dem Rücken und zum Schaden des spanischen Volkes den Kampf um die Einbeziehung Spaniens in den wirtschaftlichen, politischen und militärischen Einzugsbereich des deutschen Imperialismus geführt haben.

Nach 1960, dem Jahr also, in dem das faschistische Franco-Regime dem Auslandskapital hervorragende Anlagebedingungen schaffte, stiegen die westdeutschen Direktinvestitionen sprunghaft um fast 900 % von 99 Millionen 1961 auf 884,7 Millionen DM 1970. (Bundesministerium für Wirtschaft: "Leistung in Zahlen 1970")

1971 lagen die westdeutschen Investitionen an der Spitze des in Spanien investierten Kapitals vor den USA und der Schweiz. Mit Investitionen in Höhe von 486 Millionen DM lagen 1972 die westdeutschen Investitionen in Spanien nunmehr an dritter Stelle, mit 12 % lagen sie aber nach Frankreich an zweiter Stelle aller westdeutschen Auslandsinvestitionen (Handelsblatt vom 30.5.1975).

Wie sehen diese hervorragenden Anlage-Bedingungen für die westdeutschen Imperialisten aus?

1. Die Ausbeutung der vom faschistischen Regime in Spanien billig und rechtlos gehaltenen Arbeiterklasse bringt hohe Profite. In der Metallbranche lagen die Löhne der spanischen Metallarbeiter 1974 noch 50 % unter den vergleichbaren westdeutschen und Schweizer Löhnen (Handelsblatt vom 29.1.1975), obwohl gerade die spanischen Metallarbeiter in harten Lohnkämpfen erhebliche Lohnerhöhungen durchgesetzt haben und zu den bestbezahlten Arbeitern in Spanien gehören. Dies gibt eine Vorstellung davon, wie elend niedrig die Löhne noch zu Beginn der ausländischen Kapitaloffensive waren.

Darüberhinaus preist die Unternehmerpostille "Handelsblatt" die "unverbrauchten Nerven" der spanischen Arbeiter an, die "für eintönige Produktionsvorgänge von Vorteil" sind (Handelsblatt vom 19.1.1975).

2. Ausländische Investitionen sind generell bis zu 50 % Beteiligung genehmigungsfrei, Investitionen in geförderten Branchen (das sind Eisen- und Stahlindustrie, Industrie der Nichteisenmetalle, Textilindustrie, chemische Industrie, Elektroindustrie, Leder und Schuhe, Vorfabrikate der Bauindustrie, um nur die wichtigsten zu nennen) sind bis zu 100 % genehmigungsfrei. Die Gewinne sind voll rückführbar. In den Förderzonen (polos de desarrollo) hilft der Staat beim "Erwerb von Grundstücken". Im Klartext heißt das Zwangsenteignung, so geschehen beim Aufbau des Ford-Werks in Almusafes bei Valencia, wo die sich wehrenden Apfelsinenbauern durch Zwangsenteignung um 400 000 qm ihres Landbesitzes gebracht wurden. Die Steuern auf Gründung und Erstausstattung werden bis zu 95 % erlassen. Zoll und Einfuhrsteuern für Ausrüstungsgüter entfallen. Für die Gewinnbesteuerung gilt 5 Jahre hindurch Abschreibungsfreiheit. Alles in allem erbilligen diese "Hilfsmaßnahmen" den Investitionsaufwand um 20 bis 40 % (alle Zahlen nach Handelsblatt vom 29.1.1975).

3. Spanien ist für den westdeutschen Imperialismus neben der Erschließung des spanischen Marktes wichtig für die Eroberung der Märkte, mit denen Spanien gute Beziehungen unterhält, das sind die arabischen Länder, Lateinamerika und Afrika.

Die Wiedereroberung Spaniens durch die westdeutschen Konzerne war begleitet von politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen zur Stärkung des faschistischen Regimes in Spanien seitens des westdeutschen Staats, um die Position des westdeutschen Imperialismus in Spanien zu festigen. Auch militärisch suchte der westdeutsche Imperialismus wieder Fuß zu fassen. In Geheimverhandlun-
Fuß zu fassen. In Geheimverhandlun-
gen war 1960 Übereinstimmung zwischen dem Franco-Regime und der Adenauer-Regierung erreicht worden, wonach der Bundeswehr in Spanien Militärstützpunkte, Waffendepots und Truppenübungsplätze überlassen werden sollten. Der Widerstand der anderen imperialistischen Länder zwang den westdeutschen Imperialismus, die Verwirklichung des Abkommens mit Franco zurückzustellen.

Gemeinsam mit den USA hat sich die Bundesregierung wiederholt für die von Franco angestrebte offizielle Aufnahme Spaniens in die NATO eingesetzt; gemeinsam mit Frankreich unterstützte sie den Eintritt Spaniens in die EWG. Und neben den USA zählt die Bundesrepublik zu den Staaten, die Ende der fünfziger / Anfang der sechziger Jahre durch Millionenkredite die spanische Wirtschaft vor dem Zusammenbruch zu bewahren suchten, so z. B. durch einen 200-Millionen-DM-Kredit, den der damalige deutsche Wirtschaftsminister Erhard im Mai 1961 während seines Besuchs in Madrid unterzeichnete. Erneut erfolgte diese Unterstützung, als das faschistische Regime 1969/70 politisch und wirtschaftlich in schwere Bedrängnis geraten war. Bei seinem Besuch in Madrid im April 1970 unterzeichnete der damalige Außenminister Scheel wiederum einen 200-Millionen-DM-Kredit.

Der westdeutsche Imperialismus hat alles Interesse daran, daß die Herrschaftsverhältnisse in Spanien sich nicht ändern. Der Franco-Faschismus hat für das einheimische wie ausländische Kapital diese Aufgabe zur Zufriedenheit erfüllt und in dieser seiner Tätigkeit wurde er vom westdeutschen Imperialismus massiv unterstützt. Die Beziehungen zum Franco-Regime werden von Vertretern des westdeutschen Imperialismus als "sehr gut" und "glänzend" bezeichnet, so zuletzt von Außenminister Genscher bei seinem Besuch in Madrid im April dieses Jahres. Die Fortexistenz der ausgezeichneten Ausbeutungsbedingungen auch nach Franco glaubten die westdeutschen Imperialisten durch den designierten Nachfolger Francos, Prinz Juan Carlos, gesichert. Juan Carlos ist ihr Mann. Er wird hofiert, war bereits auf Einladung der Bundesregierung in der BRD, Genscher schloß ihn bei seinem Besuch in Madrid in seinen Trinkspruch auf Franco mit ein. Die blutige Tyrannei, die Franco entgegen allen bürgerlich-parlametarischen Spielregeln der Zuspitzung der Klassenkämpfe in Spanien entgegensetzt, gefährdet diesen Weg der Herrschaftssicherung. Deshalb die Empörung der europäischen Imperialisten über die Hinrichtung von fünf spanischen Revolutionären. Über die Rückberufung ihrer Botschafter und die Suspendierung der Verhandlungen für ein Präferenzabkommen zwischen Spanien und der EWG üben sie Druck auf die spanische Bourgeoisie aus, gefälligst weniger abstoßende Formen der Unterdrückung und Knebelung des spanischen Volkes zu finden. (ks/Red)

Investitionen westdeutscher Konzerne in Spanien

Nach einer Veröffentlichung der spanischen Zeitschrift "Cuadernos de Ruedo Iberico" (Paris) Nr. 20/21 hatten 1966 rund 60 der 200 größten westdeutschen Konzerne und Unternehmungen Niederlassungen und Beteiligungen in Spanien, darunter:

Siemens: 100-prozentige Tochter "Siemens Industria Electronica SA" in Barcelona, fünf bis sechs weitere Mehrbeteiligungen.

AEG-Telefunken: AEG Iberica de Electricidad SA (100 %) in Tarragona, acht weitere mehrheitlich gehaltene Unternehmungen.

Robert Bosch: Robert Bosch Espanola SA (100 %) in Madrid, drei weitere Beteiligungen.

Farbwerke Hoechst: Hoechst Iberica SA (100 %), in weiteren 10 Unternehmungen Beteiligungen von 20 % bis 50 %.

Farbenfabriken Bayer: Bayer Hispania SA (75 %), Beteiligungen in weiteren sieben Unternehmungen.

BASF: BASF Espanola (75 %), Beteiligungen in weiteren drei Unternehmungen.

Alle **westdeutschen Stahlkonzerne** sind an der Ausbeutung von Eisenerzen und der Stahlproduktion beteiligt: Krupp, Thyssen, Gutehoffnungshütte, Rheinische Stahlwerke, Mannesmann, Hoesch, Salzgitter, Metallgesellschaft, Klöckner-Werke.

Die **Autokonzerne** Volkswagen, Mercedes Benz haben für PKW-Produktion keine Niederlassungen, sind aber über die Unternehmungen MEVOSA (rund 700 Millionen DM Gründungskapital, davon hält die Daimler Benz AG 55 %, Volkswagen 24 % und der INI (Nationales Industrieinstitut) 21 %) dick im Geschäft bei der Produktion von Liefer- und Transportwagen.

Solidaritäts aktionen

In allen Teilen der Welt haben sich die Protestaktionen gegen die Ermordung von fünf Revolutionären durch das faschistische Franco-Regime verbreitert und vertieft. Der "Internationale Bund Freier Gewerkschaften" und der "Weltgewerkschaftsbund" hatten am Donnerstag, den 2. Oktober, zu kurzen Solidaritätsstreiks und zu einem 24-stündigen Boykott aller Transporte von und nach Spanien aufgerufen. Vielfach führten die Gewerkschaften unter dem Druck der Kollegen in den Betrieben Solidaritätsveranstaltungen al-

Fortsetzung nächste Seite oben

Solidaritätsaktionen gegen den Faschismus in Spanien

lein oder zusammen mit spanisch-deutschen Solidaritätskomitees durch. Selbst Soldaten der Bundeswehr schlossen sich organisiert dieser Solidaritätsbewegung an. So geschehen in Würzburg an der Sanitätsschule der Luftwaffe, wo die rund 350 Soldaten der vier Ausbildungsinspektionen während des Mittagessens geschlossen eine Schweigeminute durchführten. – Es folgt ein Überblick über die bedeutendsten Solidaritätsaktionen in der BRD und in verschiedenen anderen Ländern.

Frankfurt. Am Freitag, dem 3. Oktober, führte der DGB auf Initiative des "Komitees gegen die Todesurteile in Spanien" eine Veranstaltung im Gewerkschaftshaus durch, an der sich 800 Menschen beteiligten. Der Chefredakteur der Zeitung der IG Metall, Moneta, forderte in seinem Beitrag u.a. den Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Eine Vertreterin des "Komitees gegen die Todesurteile in Spanien" berichtete über die Entwicklung und forderte zu einem Fackelzug zum spanischen Konsulat im Anschluß an die Veranstaltung auf. Diesem Fackelzug schlossen sich in der Stadt viele Menschen an, so daß sich die Teilnehmerzahl schnell verdoppelte und über 1 500 am Generalkonsulat ankamen, das wieder in eine Polizeifestung verwandelt war. Zum Abschluß der Kundgebung vor dem Konsulat wurde eine Franco-Puppe verbrannt. – Anläßlich der Streikaktion, zu der die Gewerkschaften aufgerufen hatten, hat u.a. eine Versammlung der ÖTV-Mitglieder der sozialen Ämter stattgefunden, auf der etwa 80 Kollegen anwesend waren, die sich in einer einstimmig verabschiedeten Resolution gegen die Todesurteile wandten. Sie spendeten 110 DM.

Karlsruhe. An einer vom DGB und Amnesty International durchgeführten Demonstration am 2. Oktober beteiligten sich etwa 1 000 Menschen. Obwohl die Demonstration als Trauermarsch geplant war, verwandelte sie sich bald in eine kämpferische Solidaritätsdemonstration mit dem Kamf des spanischen Volkes gegen den Faschismus. Die von der Ortsgruppe des KBW vorgeschlagenen Parolen setzten sich in einem großen Teil des Zugs durch. Transparente konnten gegen das Vorgehen der Ordner behauptet werden. Ein DGB-Ordner streifte schließlich seine Armbinde ab und rief die Parolen mit. Am Ende der Demonstration führte die Ortsgruppe des KBW dann eine Kundgebung durch, der viele zuhörten. Diskussionen fanden noch lange danach statt.

Kassel. An dem von den Gewerkschaften durchgeführten zweiminütigen Proteststreik am 2. Oktober beteiligten sich bei VW in Baunatal 8 000 Kollegen der Früh- und Normalschicht. Bei Rheinstahl dagegen war keine Aktion organisiert worden. Bei AEG forderten Teile der Kollegen, an der Demonstration teilzunehmen, zu der neun spanische Organisationen am gleichen Tage aufgerufen hatten. 1 000 Menschen nahmen an dieser Demonstration teil.

teil.

Mannheim. 70 Betriebsräte, Vertrauensleute, Lehrer, Ärzte, Schauspieler u.a. haben im "Mannheimer Morgen" eine von ihnen unterzeichnete Erklärung gegen die Terrorherrschaft des Franco-Faschismus in Spanien veröffentlicht. Die Wirkung dieser antifaschistischen Erklärung wurde zusätzlich gesteigert durch den Umstand, daß in der gleichen Ausgabe zwei Kleinunternehmer mit einer politischen Todesanzeige für die "unschuldigen Polizisten" für den Faschismus in Spanien Stellung nahmen. – Am 1. und 2. Oktober hatten Demonstrationen in der Innenstadt stattgefunden, an denen sich 400 bzw. 500 Menschen beteiligten. Am 4. Oktober fand dann eine Delegiertenkonferenz des Dachverbandes aller spanischen Organisationen in der BRD in Mannheim statt. In der dort verabschiedeten Resolution werden alle Spanier und ihre Organisationen und alle Freunde in der BRD und der ganzen Welt aufgefordert, in der Wachsamkeit nicht nachzulassen und weiterzukämpfen, damit das Ende des Faschismus sich beschleunigt und damit die Voraussetzungen für ein freies und demokratisches Spanien geschaffen werden, "in dem wir Spanier uns alle als Menschen fühlen können, die alle gemeinsam eine bessere Zukunft für unsere Kinder aufbauen können".

Osnabrück. An einer gemeinsam von spanischen und deutschen Kollegen organisierten Demonstration gegen das faschistische Franco-Regime am 4. Oktober beteiligten sich etwa 400 Menschen, darunter Spanier, Portugiesen und Deutsche. Der Block der Spanier machte knapp die Hälfte der Teilnehmer aus. Auf der Kundgebung wurde u.a. eine Resolution verabschiedet und eine Franco-Puppe verbrannt und spanische revolutionäre Lieder gemeinsam gesungen.

Castrop-Rauxel. Die Schülervertretung des Adalbert-Stifter-Gymnasiums führte am 2. Oktober eine Veranstaltung zum Faschismus in Spanien durch, an der sich über 300 Schüler beteiligten. Unter anderem wurde einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der von der Bundesregierung gefordert wird, das Franco-Regime weder wirtschaftlich noch militärisch noch politisch zu unterstützen. Die Veranstaltung hatte der Direktor am Tage vorher nach Rücksprache mit der Schulbehörde in Münster verboten mit der Begründung, die Schülervertretung habe kein allgemeinpolitisches Mandat.

In zahlreichen weiteren Städten fanden Solidaritätsaktionen statt: In **Ravensburg** führte die Sympathisantengruppe des KBW eine Veranstaltung durch; in **Würzburg** wurde eine Kundgebung durchgeführt, an der sich 150 Menschen beteiligten; in **Limburg** veranstaltete der "Ausschuß junger Lehrer und Erzieher in der GEW" eine Protestkundgebung in der Fußgängerzone; die Teilnehmer einer Gewerkschaftsveranstaltung gegen die Jugendarbeitslosigkeit in **Friedrichshafen** beschlossen eine Resolution und forderten den DGB auf, weitere Solidaritätsaktionen nach dem 2. Oktober durchzuführen; in **Bonn** fanden mehrere kleinere Solidaritätsaktionen unterschiedlicher Gruppen statt; in **Offenbach** demonstrierten 50 Menschen am 2. Oktober, außerdem werden unter den Gewerkschaftsmitgliedern Unterschriften gesammelt für eine Veranstaltung des DGB; in **Bielefeld** beteiligten sich 300 Menschen an einer Demonstration in der Innenstadt; 50 Menschen nahmen an einer Kundgebung in **Waiblingen** statt; in **Weinheim** hatte eine deutsch-spanische Initiative zu einer Kundgebung aufgerufen, an der sich 75 Menschen beteiligten; in **Nürnberg** demonstrierten 500 Menschen am 4. Oktober; dieStudenten und Dozenten des **Dortmunder** Westfalenkollegs führten am 2. Oktober ab 11.30 Uhr einen Solidaritätsstreik durch und organisierten nachmittags eine Kundgebung und Demonstration in der Innenstadt, woran sich 250 Menschen beteiligten. Dabei wurden insgesamt 620 DM an Spenden gesammelt.

In **Heidelberg** konnte die Belegschaft der Firma Grau durchsetzen, daß der von der Gewerkschaft festgesetzte zweiminütige Solidaritätsstreik auf 15 Minuten ausgedehnt wurde; in **Münster** fand eine Demonstration statt, an der sich 150 Menschen beteiligten.

Internationale Solidaritätsaktionen mit dem Kampf des spanischen Volkes am 2. Oktober

Wien. An einer Demonstration nahmen am 2. Oktober rund 5 000 Menschen teil. Zu der Demonstration hatten 24 Organisationen aufgerufen, u.a. die Gewerkschaftsjugend, die Jugendorganisation der SPÖ, die KPÖ, der Kommunistische Bund Wien und kirchliche Organisationen. Im Anschluß an die Kundgebung marschierte ungefähr die Hälfte der Teilnehmer weiter und besetzte die Büros der spanischen Fluggesellschaft Iberia. Die Polizei, die die Gebäude zu räumen versuchte, verhaftete 7 Personen. 13 Demonstranten und 66 Polizisten wurden verwundet. (Nach einem Bericht aus Wien) Die Gewerkschaften führten außerdem einen Boykott aller Verbindungen mit Spanien für 48 Stunden durch.

Frankreich. Alle Zugverbindungen mit Spanien wurden boykottiert, Schiffe für und nach Spanien wurden am Auslaufen gehindert. Die Passagierverbindung Saint Nazaire–Vigo ist bereits seit 14 Tagen unterbrochen. Der Verkehr an der Grenze nach Spanien wurde nur sehr schleppend von den Zollangestellten abgefertigt. Die Solidaritätsaktionen haben bis zu einer Stunde gedauert. In Toulouse, wo 2 500 Menschen demonstrierten, und mehreren anderen Städten fanden Kundgebungen und Demonstrationen statt. 10 000 Frauen haben am vergangenen Sonntag in der französischen Grenzstadt Hendaye demonstriert.

Großbritannien. Der 24-stündige Boykott aller Transporte von und nach Spanien wurde von den Dockarbeitern in den größeren Häfen strikt eingehalten.

Belgien. Alle Flugzeuge der Fluggesellschaft Sabena nach Spanien konnten nicht starten. Im ganzen Land wurde ein Solidaritätsstreik von 15 Minuten durchgeführt.

Italien. In den größeren Städten fanden Demonstrationen statt, u.a. in Mailand. Dort beteiligten sich 30 000 Menschen. In den Betrieben wurde die Arbeit für 15 Minuten niedergelegt.

Niederlande. Ein zweiminütiger Solidaritätsstreik wurde durchgeführt. Die Docker von Rotterdam und Amsterdam führten einen Boykott der Transporte von und nach Spanien durch.

UdSSR. Zahlreiche Veranstaltungen wurden in der UdSSR und in den anderen Staaten Osteuropas durchgeführt. (Alle internationalen Meldungen nach Le Monde, 4. Oktober)

Die Hetze gegen Idi Amin ist durchsichtig!

Die Rede des Präsidenten der Organisation für Afrikanische Einheit vor der UNO

Der Botschafter der USA in den Vereinten Nationen, Moynihan, hat sich anläßlich der UNO-Vollversammlung einen hinterhältigen Angriff geleistet. In bezug auf Idi Amin, Staatspräsident von Uganda und derzeit Präsident der OAU, hatte er erklärt: "Es ist kein Zufall, daß dieser rassistische Mörder, wie ihn eine unserer großen Zeitungen (gemeint war die "New York Times") nannte, der Präsident der Organisation für Afrikanische Einheit ist." (Die Welt, 6. Oktober) Ausdrücklich hat er so die Nationen und Staaten des afrikanischen Kontinents, die dem Imperialismus unerbittliche Schläge versetzen und ständig neue Niederlagen bereiten, beleidigt und zu Mördern erklärt. Allerdings, vor der UNO-Vollversammlung hat er sich das nicht zu sagen getraut. Er hat sich diese Unverschämtheit für einen Kongreß in San Francisco aufsparen müssen. Wer ist dieser Moynihan? Der Vertreter der imperialistischen Macht USA, die in der Anzettelung und Führung imperialistischer Kriege und Überfälle, in der Organisierung von Putschen und Staatsstreichen in Ländern der Dritten Welt, im Einsatz von Todesschwadronen zur Durchsetzung der Interessen ihres Monopolkapitals in der jüngeren Geschichte vergleichsweise einzigartig dasteht.

Moynihan hat diese Beleidigung ganz Afrikas aus Anlaß der Rede Idi Amins in der UNO gemacht. Die bürgerliche Presse steht ihr nicht nach. Viel erfährt man über den Auftritt Idi Amins, wenig über seine Rede. Daß die afrikanischen Staaten und Regierungen selbstbewußt dem Imperialismus, dem Brotgeber dieser Journaille, gegenüber auftreten, erfüllt diese Leute mit unbeschreiblichem Haß und Niedertracht. Hier nur eine Auswahl von Überschriften: "Idi Amin pries vor dem Weltforum seinen Kaffee" (Frankfurter Rundschau), "Idi Amin entfaltet seinen Reiseprospekt" (Frankfurter Allgemeine Zeitung). Die Korrespondentin der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vergleicht Idi Amins Äußeres mit dem Faschistenführer Hermann Göring, bezeichnet ihn als "ordensglitzernden Goliath", der "Varieteeffekte" erzeuge. Die "Neue Zürcher Zeitung" nannte ihn einen "Marktschreier" und sprach von einer "unsäglichen Szenerie" in der UNO. Die zivilisierte Welt – lies die versammelten bürgerlichen Häupter – hätten aber "gute Miene zum peinlichen Spiel" gemacht. Mit diesem Satz läßt sie aber mehr raus, als sie will. Wenn den Imperialisten Pein bereitet wird, ihnen peinlich mitgespielt wird, ist das für die fortschrittlichen Kräfte und Revolutionäre immer erfreulich. Wenn sie dazu gar "gute Miene" machen müssen, wenn sie links und rechts eine Ohrfeige bekommen, zeigt das bloß, daß sie gedemütigt werden und dabei noch freundlich bleiben müssen, um nicht weiter entlarvt zu werden. Kann man deshalb nicht gut verstehen, daß es ihnen ein inniges Anliegen ist, die Erhebung ganz Afrikas gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemoniestreben, sein erstarkendes Selbstbewußtsein herunterzumachen?

Im einzelnen. Worüber ereifert sich die bürgerliche Presse?

"Amin trat ans Rednerpult und sprach die Versammlung in einer nur wenigen verständlichen Sprache an. In den Kopfhörern herrschte Schweigen, die Übersetzer waren ratlos." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Oktober) Der Mann wollte nicht englisch sprechen. Er nimmt sich heraus, seine Heimatsprache zu benutzen. Tatsächlich hatte Amin erklärt: "Als Afrikaner ... spreche er nur afrikanisch und nicht die Sprache der Kolonialisten."

Die "Frankfurter Rundschau" bezeichnet Idi Amin als Kaffeehändler, die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" als "Reisemarschall": "Am Ende der eineinhalbstündigen Ansprache ließ der Feldmarschall von seinem Botschafter die Qualität des ugandischen Kaffees preisen und ein Loblied auf die 'äußerst scheuen' Gorillas, die 'kostbaren weißen Nashörner' und die 'majestätischen Löwen' seines Landes singen." (Frankfurter Rundschau, 3. Oktober) Der Sache nach hat der Staatspräsident von Uganda nichts anderes getan, als darzulegen, daß Uganda ein Land in Afrika, ein reiches, schönes Land mit vielen natürlichen Reichtümern ist. Er hat der imperialistischen Welt gegenüber die nationale Würde und den nationalen Stolz eines Landes der Dritten Welt vertreten. Dieser imperialistischen Welt gegenüber, die diese Reichtümer immer nur unter dem sensationslüsternen und aufgegeilten Gesichtspunkt von Jagdtrophäen und Abschußlisten betrachtet hat. Die jetzt erbittert ist, daß ihr Afrika für ihre Vergnügungsfeldzüge nicht mehr unbeschränkt offensteht, wie z.B. die besorgte Anfrage einiger Bundestagsabgeordneter an die Bundesregierung bezügliche des Elefantenbestandes in Kenia bezeugt.

Dies erklärt nicht, warum die bürgerliche Presse so wütend auf diese UNO-Rede Idi Amins reagiert. Dies zeigt bloß, wie heruntergekommen sie ist. Grund ihrer Niedertracht ist der Inhalt der Rede. Vor allem die Haltung zum Besatzerstaat Israel, dessen Verteidigung gegen den Befreiungskampf der arabischen Nation Anliegen aller Imperialisten ist.

Idi Amin "verlangte nicht nur den Ausschluß Israels aus der Weltorganisation, sondern auch die 'Auslöschung' Israels als Staatswesen, damit – wie er sagte – die territoriale Integrität Palästinas wiederhergestellt werden könne" (Stuttgarter Zeitung, 3. Oktober). (An dieser Stelle der Rede hat der israelische Botschafter in der UNO den Sitzungssaal verlassen.) Gleichzeitig hat Idi Amin ausdrücklich erklärt: "Ich mag die Juden, aber ich billige nicht den Zionismus." (Frankfurter Rundschau, 3. Oktober) Weiter ist er eingetreten für die "Einheit der Araber als Garantie des Sieges über Israel" (Neue Zürcher Zeitung, 3. Oktober) und hat das Recht der arabischen Staaten auf die von Israel besetzten Gebiete bekräftigt. "Auf einer Pressekonferenz in New York sagte Amin, diese Rückgabe könne sowohl friedlich als auch mit Waffengewalt geschehen, 'weil diese Gebiete mit Waffengewalt besetzt worden sind'." (Süddeutsche Zeitung, 4./5. Oktober) Moynihan hingegen "bezeichnete einen der UNO-Vollversammlung vorgelegten Resolutionsentwurf, in dem Rassismus und Zionismus auf die gleiche Stufe gestellt werden, als 'Skandal'. Unter den 143 UNO-Mitgliedsstaaten gebe es nur zwei Dutzend demokratischer Staaten, und zu ihnen gehöre Israel." (Die Welt, 6. Oktober) Diese zwei Dutzend sind die Handvoll kapitalistischer und imperialistischer Länder, in denen die Arbeiterklasse von der Kapitalistenklasse ausgebeutet wird, in denen allen die Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse herrscht. Zu diesen zwei Dutzend gehören die imperialistischen Länder, deren herrschendes Monopolkapital auf Kosten der kleineren und schwächer entwickelten Nationen schmarotzt, indem es deren Bevölkerung in billige Lohnsklaven verwandelt und ihre natürlichen Reichtümer ausplündert. Seine enge Verwandtschaft zu Israel ist auch leicht erklärt. Moynihan erscheint die Vertreibung und Bekämpfung des palästinensischen Volkes durch die Zionisten für ebenso naturgegeben und gottgewollt wie er die bluttriefenden Vertreibungs- und Ausrottungsfeldzüge gegen die indianischen Völker in der Geschichte Amerikas für naturgegeben und gottgewollt hält.

Weiter hat Idi Amin in seiner Rede u.a. erklärt (dies aber berichtet keine einzige Zeitung zusammenhängend, sondern das muß man sich zusammensuchen):

– Das "unabhängige Afrika werde nicht durch 'Entspannung' getäuscht, die in jedem Falle einen Bankrott erleiden werde angesichts des verschärften Kampfes der Völker Zimbabwes, Namibias und Südafrikas" (Frankfurter Rundschau).

– Er hat das imperialistische Großbritannien, früher Kolonialmacht über Uganda, der "Erpressung" (Neue Zürcher Zeitung) angeklagt (hier hat der britische UNO-Delegierte den Saal verlassen).

– Den Imperialisten gegenüber, die sich überall in der Welt in die inneren Angelegenheiten der Staaten einmischen und Aggression durchführen, hat er erklärt: "Und obwohl Uganda ein mächtiges, reiches, von der Natur gesegnetes Land sei, das erste Land sogar, das weibliche Piloten in Flugzeugen mit Überschallgeschwindigkeit besitze, braucht niemand vor Uganda Angst zu haben." (Frankfurter Allgemeine Zeitung)

– Er hat das Gewicht der Länder der Dritten Welt in der internationalen Politik bekräftigt und ist für eine Revision der UN-Charta eingetreten, die bisher ganz auf die Bedürfnisse der imperialistischen Mächte zugeschnitten ist: "... hatte er im Namen der 46 OAU-Mitgliedsstaaten eine Revision der UN-Charta mit dem Ziel angeregt, auch Afrika und anderen anerkannten Regionalgruppen in der UN jeweils eine Vetostimme im Weltsicherheitsrat zuzuteilen, sofern sie nicht schon über dieses Recht verfügen" (Stuttgarter Zeitung, 3. Okt.)

Idi Amin hat also nichts anderes getan, als vor der UNO-Vollversammlung eine Rede zu halten, die entschieden den Imperialismus anklagt und brandmarkt. Er ist für die Forderungen und Rechte der Nationen und Staaten der Dritten Welt eingetreten. Die Imperialisten und ihren journalistischen Anhang hat das zur Weißglut getrieben. Die "Neue Zürcher Zeitung" meint, daß nach der Rede "nicht allzu lang anhaltender Applaus" gewesen sei.

Nachtragen kann man, daß bei der Rede von Idi Amin, Staatspräsident von Uganda und derzeit Präsident der OAU, "die Halle so überfüllt war wie seit der Visite von Yassir Arafat nicht mehr" (Frankfurter Allgemeine Zeitung), und: "Die Vollversammlung verabschiedete Idi Amin mit starkem Beifall." (Nachrichtenagenturen dpa und Reuter) Das werden die Delegierten der UNO-Mitgliedsstaaten abzüglich der zwei Dutzend Moynihans gewesen sein. – **(hih)**



Westberlin: Solidaritätsdemonstration mit dem Kampf des spanischen Volkes gegen das faschistische Franco-Regime

Bewaffnete Landbesetzungsaktion mexikanischer Bauern

Nahezu 300 bewaffnete Bauern besetzten ein ca. 350 Hektar großes für Erholungszwecke benutztes Landstück am Strand, um es als Gemeindeland zu benutzen. Das Land liegt 40 km südlich der Stadt Tijuana in einem Gebiet, das vor allem von reichen amerikanischen Touristen bevorzugt wird. – (j.z., zur Zeit Mexiko)

Sterilisierung – ein Mittel

Die 18 Sterilisationszentren in Puerto Rico haben ihre Kapazität auf 150 Eingriffe im Monat ausgeweitet, sagt die Gesundheitsabteilung des Kolonialregimes (Puerto Rico ist amerikanische Kolonie). 1974 wurden nach Angaben der Zeitung "Claridad" 5 000 Frauen sterilisiert, 35 % der Frauen, die Kinder bekommen könnten, sind bereits sterilisiert.

BRD baut Atommacht in Südafrika auf

Der Bundeswehrgeneral Rall war mit einem festen Auftrag nach Südafrika gereist

Die Aufdeckung von Dokumenten über eine Reise des Bundeswehrgenerals und Vertreters der BRD im NATO-Militärausschuß in Brüssel hat die BRD-Regierung im Viereck springen lassen, damit daraus eine persönliche "Affäre Rall" wird und so unter den Teppich gekehrt werden kann.

"Georg Leber ordnetes strenge Prüfung an", schreibt die "Frankfurter Rundschau" am 1. Oktober; die Dokumente, die der "Stern" am 2. Oktober veröffentlichte, zeigen, daß er natürlich von vornherein über den Auftrag Ralls auf dem Laufenden war. Der Auftrag war, für Bundeswehr und NATO den Ausbau der militärischen Einrichtungen in der südafrikanischen Kolonialisten-Republik zu inspizieren, der gerade von der Bundesregierung massiv unterstützt wird. Herausgefunden hatte Leber bei seiner "strengen Prüfung", daß "innerhalb der Generalität seit einiger Zeit eine Vermengung von Dienstreisen und Privatreisen eingerissen sei". Seitdem nämlich die BRD-Regierung verstärkt die militärische Absicherung der wirtschaftlichen Ausbeutungsinteressen des BRD-Imperialismus in der Dritten Welt betreibt. Die westdeutschen Generale müssen dabei eben Rücksicht nehmen darauf, daß die SPD für diese ihre Politik Stimmen fängt, indem sie vorgibt, daß sie sowas nicht tut, daß sie fortschrittlich und völkerfreundlich sei und überall auf der Welt für das Selbstbestimmungsrecht eintreten würde.

Zur Komödie von der "Privatreise" gehört, daß Rall gegen die Disziplin verstoßen habe und sich von der südafrikanischen Regierung habe verführen lassen. Als "tapferer Offizier" (Leber) nimmt er sofort auch diese Blessuren auf sich und nimmt seinen Abschied. Schließlich bekommt er sicherlich von den BRD-Imperialisten ein ansehnliches Handgeld für seinen aufopfernden Einsatz. Vielleicht taucht er auch bald wieder als Topmanager eines westdeutschen Rüstungskonzerns auf, dessen atomare und andere Rüstungsprodukte er in Südafrika inspizieren mußte.

Der von Leber vorgesehene letzte Akt, die Einsegnung des Helden mit dem für "ehrenvolles Ausscheiden von Spitzenmilitärs" (Der Spiegel Nr. 41/1975) vorgesehenen großen Zapfenstreich, kann nicht stattfinden. Ob soviel "frivoler Ehrlichkeit" Lebers wird Kanzler Schmidt mulmig und läßt die Sache selber abblasen.

Die Erkenntnis soll unterdrückt werden, daß die BRD Hauptstütze ist bei der militärischen Aufrüstung des südafrikanischen Kolonialistenregimes und beim Aufbau seiner Atomrüstung!

BRD-Imperialismus auf der Suche nach Militärbasen

"Trotz des von der UNO verhängten Waffenembargos sind auch die Bonner bereit, die Wehrkraft der Kap-Republik zu stärken. So installierte die südafrikanische Marine in Silvermine bei Simonstown mit Hilfe der Bundesrepublik Deutschland das 'Projekt Advokaat', ein computergesteuertes Nachrichten- und Kontrollsystem, das alle Schiffs- und Flugzeugbewegungen in einem Gebiet überwachen kann, das vom Kap der Guten Hoffnung bis Nordafrika, zur südamerikanischen Küste, zum Südpol und bis Indien reicht. Die Elektronikausrüstung der Nachrichten- und Datentechnik wurde von Deutschen geliefert.

Sämtliche Ersatzteile wurden mit den entsprechenden NATO-Nummern versehen und mit Hilfe des Materialamtes der Bundeswehr kodifiziert. Als Fachkräfte engagierten die Südafrikaner in Bonn drei ehemalige Bundeswehr-Bedienstete und ließen sie in einem Lehrgang über "einheitliche Materialkodifizierung' im Materialamt einweisen." (Der Spiegel Nr. 41/1975)

Die BRD-Regierung hat darüberhinaus der südafrikanischen Kolonia listenrepublik verholfen zur Möglichkeit, eigene Atomwaffen herzustellen.

Atomrüstung zur Kontrolle der Staaten Afrikas

Von der bundeseigenen STEAG (Steinkohlen-Elektrizitäts-AG) in Essen wurde in Zusammenarbeit mit der Uranium Enrichment Corporation of South Africa eine "Studie zur Wirtschaftlichkeit" des Baus einer Uran-Anreicherungsanlage in der Nähe von Pretoria durchgeführt. Sie konnte im Mai dieses Jahres mit einem "positiven Ergebnis" (STEAG) abgeschlossen werden. "Von der STEAG wurde in diesem Zusammenhang zugleich mitgeteilt, daß das Unternehmen bemüht sei, eine Beteiligung an der Nutzung der geplanten Urananreicherungsanlage zu erwerben." (Blätter des Informationszentrums Dritte Welt Nr. 48) Der ANC (Afrikanischer Nationalkongreß – Befreiungsorganisation in Südafrika) weist richtig in einer Anklageschrift gegen das Projekt darauf hin, daß von wirtschaftlichen Gesichtspunkten das Projekt völlig unrentabel sei, auch was die Betriebskosten betrifft, und der Bau allein aus militärischen Gesichtspunkten erklärt werden kann.

Die deutsche Urangesellschaft in Frankfurt beteiligt sich mit über 7 Millionen DM an der Prospektierung der Uranlager bei Swakopmund in Namibia, woher der Rohstoff für die Anlage in Zukunft kommen soll, und "zugleich liefert das zu 90 Prozent in Bundesbesitz befindliche Kernforschungszentrum in Karlsruhe die notwendigen wissenschaftlichen Kenntnisse. In diesem Zusammenhang ist weiter darauf hinzuweisen, daß sich derzeitig die Westdeutsche Kraftwerksunion (KUW), die sich zu diesem Zweck mit dem südafrikanischen Unternehmen Murray & Roberts zu einem Kosortium ('Nuclear Power Consortium of South Africa') zusammengeschlossen hat, um einen Auftrag zum Bau eines nördlich von Kapstadt an der Atlantikküste geplanten Kernkraftwerkes mit einer Energieleistung von 2 000 Megawatt bemüht. Das Auftragsvolumen ist mit 2 Milliarden DM veranschlagt. Die Entscheidung über die Vergabe des Auftrags, um den sich noch ein französisches und ein schweizerisch-südafrikanisches Firmenkonsortium bewirbt, soll Anfang nächsten Jahres fallen." (Blick durch die Wirtschaft, 12. Juni 1975)

Die Beteiligung der BRD-Regierung und westdeutschen Kapitals bei diesem Atom-Projekt legt auch die Heuchelei der BRD-Regierung gegenüber Namibia offen, wo sie nicht müde wird, zu erklären, daß sie gegen die Politik der Südafrikanischen Republik sei, für eine rasche Unabhängigkeit Namibias unter Führung der SWAPO, die von der UNO als einzig rechtmäßige Vertretung Namibias anerkannt wird. Das ganze Projekt hängt ab von den Uranvorkommen in Namibia, die weitere Kontrolle durch die Südafrikanische Republik ist also für die Imperialisten unabdingbar.

Richtig stellt der Afrikanische National-Kongreß fest, daß die BRD-Regierung sich einen Dreck schert um die Appelle der unterdrückten Völker und um die zahlreichen UNO-Resolutionen, daß sie stattdessen ihre Kollaboration mit der faschistischen Kolonialistenrepublik entwickelt. Sie hat sich zum größten Handelspartner und Kreditgeber gemacht, die militärische Zusammenarbeit verstärkt und ist treibende Kraft bei der Integration des illegalen Regimes in die NATO. Heimlich und in Mißachtung ihrer internationalen Verpflichtungen kollaboriert sie bei der Errichtung eines Atomwaffenarsenals auf dem afrikanischen Kontinent. (Nach "The Nuclear Conspiracy", ANC, September 1975) – **(hl)**



Bastad/Schweden. 7 000 Menschen demonstrierten am 21. September gegen die faschistische Junta in Chile. Zuvor hatten u.a. am 12. September in Stockholm bereits 5 000 Menschen demonstriert. Der Anlaß war das Daviscupspiel der chilenischen Tennismannschaft in Bastad. Die Polizei hatte mit einem Aufgebot von 1 300 Polizisten dieses Spiel gesichert.

Zimbabwe: Interview mit N. Sithole

Der Präsident der ZANU nimmt Stellung zur aktuellen Entwicklung

Die KVZ hatte Gelegenheit, mit dem Genossen N. Sithole, Mitglied des Exekutivausschusses des ANC und Präsident der ZANU, am 4. Oktober ein kurzes Interview zu machen.

Seit Ihrem Besuch in der BRD sind

Einzelheiten können wir darüber natürlich nicht gut berichten, weil es sich um militärische Sachen handelt, feststellen können wir aber, daß die Entschlossenheit zum bewaffneten Kampf mächtig zunimmt.

Wie entwickelt sich die soziale und

nicht auf das, was Smith sagt oder was seine afrikanischen Agenten sagen. Sie setzen ihre Rekrutierung für die Befreiungsarmee fort und sind auch bereit, in noch entschlossenere Aktionen zu gehen als in der Vergangenheit.

Zimbabwe: Interview mit N. Sithole

Der Präsident der ZANU nimmt Stellung zur aktuellen Entwicklung

Die KVZ hatte Gelegenheit, mit dem Genossen N. Sithole, Mitglied des Exekutivausschusses des ANC und Präsident der ZANU, am 4. Oktober ein kurzes Interview zu machen.

Seit Ihrem Besuch in der BRD sind mehrere Monate vergangen, und wir würden gerne wissen, welche Fortschritte der bewaffnete Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gemacht hat.

Sithole: Seit meinem letzten Besuch in Westdeutschland hat sich vieles ereignet innerhalb Zimbabwes wie auch außerhalb. Der bewaffnete Kampf geht nach wie vor weiter, und ich muß sagen, daß jede Möglichkeit besteht, den bewaffneten Kampf zu intensivieren. Ich denke, daß einige von Euch Zeitungen studiert und dabei erfahren haben, daß bei den Victoria-Fällen im vergangenen August ein Treffen stattfand. Wir nahmen als ANC daran teil, ich gehörte zur Verhandlungsdelegation. Aber es war bei dieser Konferenz ganz klar, daß Mr. Smith in keiner Weise bereit war, auf die Forderung nach "sofortiger Mehrheitsregierung durch die Afrikaner" einzugehen. Er sagte ganz offen, was er davon hielt, nämlich daß es dazu niemals kommen würde. Eine Errungenschaft der Konferenz an den Victoria-Fällen war, daß sie die Unmöglichkeit demonstrierte, die Forderung "Mehrheitsregierung sofort" durchzusetzen, so daß die Alternative, der bewaffnete Kampf, unvermeidlich wird. Die meisten unserer Anhänger erkennen das, und selbstverständlich führen wir so gut wir können den bewaffneten Kampf fort.

Welche Ergebnisse habt Ihr beim Aufbau einer neuen Befreiungsarmee in Mozambique und Tansania erreicht?

Sithole: In den vergangenen zwei Monaten waren wir damit beschäftigt, den Zimbabwe-Befreiungsrat zu organisieren. Der Gedanke dabei ist, unser ganzes Volk in Tansania, in Mozambique und in Sambia zu organisieren, so daß es den bewaffneten Kampf zu seinem logischen Ende bringen kann. Wir haben z.B. viele Leute, Hunderte, die aus Zimbabwe kommen, um die Reihen derjenigen, die bereits außerhalb Zimbabwes in der Ausbildung sind, zu vermehren, damit sie nach dem militärischen Training wieder heimkehren können. Einzelheiten können wir darüber natürlich nicht gut berichten, weil es sich um militärische Sachen handelt, feststellen können wir aber, daß die Entschlossenheit zum bewaffneten Kampf mächtig zunimmt.

Wie entwickelt sich die soziale und wirtschaftliche Lage in Zimbabwe? Gibt es Scheinzugeständnisse des Smith-Regimes, um die Massen zu täuschen und die ZANU-Kämpfer zu isolieren?

Sithole: Ja, innerhalb des Landes strengt sich das illegale Regime von Smith schwer an, um unsere Befreiungskämpfer von den Massen zu isolieren. Zum Beispiel nutzt Smith die landesweite Arbeitslosigkeit, um Arbeitslose zum Eintritt in seine Streitkräfte zu bewegen. Von zuverlässigen Quellen wissen wir, daß es zwei Zentren gibt, wo solche Soldaten aus unserem Volk ausgebildet werden. Eines ist z.B. Chikuruby, direkt nördlich von Salisbury, und ein anderes Zentrum ist in Norton. Smith bildet also afrikanische Söldner aus, um seine Truppen zu stärken. Sie sollen unsere Streitkräfte bekämpfen, wenn diese versuchen, weiter ins Land vorzudringen und unter den Volksmassen zu arbeiten.

Sie heuern auch Söldner in Nordamerika und Großbritannien und in anderen kapitalistischen Ländern an. Sie haben ein landesweites Netz von Informanten aufgebaut. Viele unserer Leute, die Rekrutierungen im Land durchführten, wurden gefangengenommen, und außerdem benutzten sie einige nationalistische afrikanische Führer für ihre Zwecke; z.B. hatte der Kongreß am letzten Sonntag in Salisbury von Nkomo (wegen Bekämpfung der Linie des bewaffneten Kampfes aus dem ANC ausgeschlossener ZAPU-Führer, die Red.) die massive Unterstützung des illegalen Regimes. Die Polizei des illegalen Regimes war dabei und sorgte dafür, daß einige der Polizisten als Delegierte bei diesem Kongreß mitstimmen konnten. Er wurde weder von uns noch allgemein durch den ANC anerkannt.

Nkomo wurde wirksam von Smith für seine Zwecke benutzt, und er bedient sich auch der afrikanischen Häuptlinge, um die Kräfte des ANC vor den Massen zu isolieren. Auch einige Geschäftsleute werden dazu benutzt. Aber ich will damit nicht pessimistisch klingen. Die Massen sind sich dieser Manöver bewußt und hören nicht auf das, was Smith sagt oder was seine afrikanischen Agenten sagen. Sie setzen ihre Rekrutierung für die Befreiungsarmee fort und sind auch bereit, in noch entschlossenere Aktionen zu gehen als in der Vergangenheit.

'Welche Bedeutung kommt dem Treffen vom letzten Wochenende für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zu?

Sithole: Der Kongreß, der in Salisbury letztes Wochenende abgehalten wurde, wird für illegal und wertlos angesehen. Er hat keinerlei Beziehung zum Befreiungskampf, den wir während der letzten zehn Jahre fortgesetzt geführt haben. Dieser Kongreß wurde von einzeln ausgewählten Männern besucht, zumeist aus den westlichen Gebieten Rhodesiens, Matahele-Land. Und die Bevölkerung in und um Salisbury boykottierte den Kongreß vollständig, weil sie dachte, daß es eher ein Kongreß von Smith war als einer des Volkes von Zimbabwe. Sie hielt sich fern und verursachte keine Schwierigkeiten für die Durchführung des Kongresses. Sie war sicher, daß bei den geringsten Störungen viele erschossen würden. Zum Beispiel wurde mir berichtet, daß am Morgen vor Beginn die Polizei des illegalen Regimes in ihren Lastwagen 15 Särge mitbrachte, was zeigt, daß sie bei irgendwelchen Schwierigkeiten von seiten der Bevölkerung nicht gezögert hätte, zu schießen und zu töten. Weil unser Volk hochdiszipliniert sich verhielt, trotz der großen Provokation, kehrten sie mit leeren Särgen zurück.

In der westdeutschen Presse ist von einem ANC-Kongreß die Rede, der in nächster Zeit stattfinden soll in Reaktion auf das Treffen letzte Woche:

Sithole: Ja, es wird ein Treffen stattfinden, aber kein Kongreß, wo die Führung erneut gewählt werden soll, sondern um die Lage erneut einzuschätzen und unseren Standpunkt erneut zu bekräftigen, den Standpunkt der gegenwärtigen Führung gegenüber der durch Nkomo neugebildeten Führung. Alle Leute, die in diese neue Führung gesetzt wurden, sind Männer von der ZAPU, kein einziger ist von der ZANU oder vom alten ANC, weil diese den Kongreß vollständig boykottierten. Er war illegitim und gegen die Verfassung des ANC durch Nkomo abgehalten worden.



Bastad/Schweden. 7 000 Menschen demonstrierten am 21. September gegen die faschistische Junta in Chile. Zuvor hatten u.a. am 12. September in Stockholm bereits 5 000 Menschen demonstriert. Der Anlaß war das Daviscupspiel der chilenischen Tennismannschaft in Bastad. Die Polizei hatte mit einem Aufgebot von 1 300 Polizisten dieses Spiel gesichert.

Norwegen: Demonstrationen gegen sowjetische Raketentests in der Barentsee

In der norwegischen Hauptstadt Oslo demonstrierte am 27. September eine Einheit norwegischer Soldaten gegen sowjetische Raketentests in der Barentsee. "Sowjetische Raketentests in der Barentsee sind eine Drohung für Norwegen" und "Kampf den Kriegsvorbereitungen der Supermächte Sowjetunion und USA" riefen sie vor der Botschaft der UdSSR. (nach Hsinhua, 1.10.1975)

Chilenische Arbeiter fordern gewerkschaftliche Rechte

In einem Brief an den chilenischen Kardinal Raul Silwa Henriguez weisen chilenische Bauarbeiter, Bergleute, Textilarbeiter, Metallarbeiter, Drucker, Kupferarbeiter sowie Vertreter der Bauern auf ihre äußerst schlechte materielle Lage hin. Sie fordern das Petitionsrecht und das Recht, kollektive Verhandlungen führen zu dürfen mit den Kapitalisten. (nach Le Monde 3.10.)

Frankreich: Zehntausende demonstrieren gegen die Jugendarbeitslosigkeit

In Frankreich gibt es 600 000 Arbeitslose, die jünger als 24 Jahre sind, teilten die französischen Gewerkschaften mit. Das ist jeder zweite Arbeitslose. Gegen die Jugendarbeitslosigkeit organisierten die französischen Gewerkschaften am 4. Oktober in Paris eine Demonstration, an der sich bis zu 100 000 Menschen aus allen Teilen Frankreichs beteiligten. (nach Le Monde vom 5./6.10.1975)

Erneutes Veto der USA gegen die UNO-Mitgliedschaft der beiden vietnamesischen Staaten

Der Vertreter der USA hat im Sicherheitsrat der UNO am 30. September erneut das Veto eingelegt gegen die Aufnahme der beiden vietnamesischen Staaten in die UNO. Die übrigen 14 Sicherheitsratsmitglieder waren für die Aufnahme. Nach dem ersten Veto der USA am 11. August hatte die Vollversammlung der UNO am 19. September ohne Gegenstimmen mit 123 Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen, darunter die USA, den Sicherheitsrat aufgefordert, sein ablehnendes Votum zu überprüfen und zurückzunehmen entsprechend den Vorschriften der UNO-Charta. Der tansanische Vertreter erklärte im Sicherheitsrat vor der Abstimmung, daß die beiden vietnamesischen Staaten alle von der UNO-Charta für die Mitgliedschaft in der UNO festgelegten Bedingungen vollständig erfüllten. Der ständige Vertreter der Republik Südvietnam bei den Vereinten Nationen erklärte zu der erneuten Ablehnung der UN-Mitgliedschaft durch den Sicherheitsrat infolge des Vetos der US-Imperialisten: "Das erneute Veto zeigt, daß die USA ganz offensichtlich ihre feindliche Politik fortsetzen, die sie gegen das vietnamesische Volk vor Jahrzehnten begonnen hatten.

Peru schlägt Zusammenschluß der zuckerproduzierenden Länder vor

Die peruanische Regierung hat vorgeschlagen, eine Exportorganisation von allen zuckerproduzierenden Ländern zu schaffen, um gerechte Preise für Zucker auf dem Weltmarkt zu erzielen. Der Vorschlag wurde auf der Konferenz der süd- und mittelamerikanischen zuckerexportierenden Länder gemacht, an der 22 Länder teilnahmen. (Nach Hsinhua, 2. Oktober)

Die Natur des Kapitalismus hat sich nicht geändert

Die Lage der Bäcker gestern und heute

Vor kurzem hatte ich die Gelegenheit, an einer "Kapital"-Schulung teilzunehmen, in deren Verlauf wir auch anhand der Aufzeichnungen von Marx die Lage der Bäckergesellen im vorigen Jahrhundert behandelten. An diesem Beispiel kann man gut ersehen, stellt man die heutige Lage gegenüber, daß sich die Natur des Kapitalismus nicht geändert hat. Wer kennt das Geschrei nicht, mit dem die bürgerlichen Ideologen aller Schattierungen gegen den Marxismus zu Felde ziehen: Was Karl Marx und Friedrich Engels im letzten Jahrhundert über die Lage der arbeitenden Klasse geschrieben haben, gehöre der Vergangenheit an, da sich die Lage der Arbeiter von Grund auf geändert hätte. Der Marxismus sei somit eine Angelegenheit von Hinterwäldlern, die fernab von jeder Realität leben.

So hört man es landauf, landab aus dem Munde der Führer der Sozialdemokraten und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung (die Marx und Engels als Mitbegründer der Arbeiterbewegung feiern, aber in gleichem Atemzug erklären, daß sich der Charakter des Kapitalismus geändert habe). In die gleiche Kerbe hauen denn auch große Teile der übrigen bürgerlichen Politiker, dergleichen kann man in Schulbüchern und Zeitungen lesen, in Fernsehen und Rundfunk hören. Früher, gut und schön, mag ja der Marxismus auf die Lage der Arbeiter zugetroffen haben. Aber heute, bei der sozialen Marktwirtschaft, der Mitbestimmung etc. hätte sich die Lage der Arbeiter grundlegend gewandelt, und überhaupt, man gebe ja zu, daß die Zustände, in denen die Arbeiter damals leben mußten, elend waren, aber heute könne man getrost den Marxismus zum alten Eisen legen.

Mit diesem Gerede sollen die Arbeiter vom Marxismus ferngehalten werden, um sie an diese Gesellschaftsordnung zu binden. Hinsichtlich z. B. der vor der Tür stehenden Tarifrunden ist es notwendig, daß die Arbeiterklasse radikal mit der bürgerlichen Weltanschauung in jeder Hinsicht bricht. Deshalb wollen wir am Beispiel der Bäckergesellen untersuchen, ob sich der Kapitalismus geändert hat.

Die Lage der Bäcker vor einhundert Jahren in England

Durch die Enthüllungen des Komitees des Unterhauses über die Verfälschung von Nahrungsmitteln wurde die Aufmerksamkeit der Bürger auf das Zustandekommen ihres täglichen Brotes und somit auf die Bäckerei gelenkt. Gleichzeitig erscholl in öffentlichen Meetings und Petitionen an das Parlament der Schrei der Londoner Bäckergesellen über Überarbeitung. Das Unterhaus sah sich genötigt, darüber einen Untersuchungsbericht zu erstellen. Dieser Bericht wird von Marx im "Kapital" Band I, Seite 265, zitiert. Wenden wir ihm uns zu.

"Während der Londoner Saison beginnen die Gesellen der Bäcker zu 'vollen' Brotpreisen in Westend regelmäßig um 11 Uhr nachts und sind mit dem Brotbacken, unterbrochen durch einen oder zwei oft sehr kurze Zwischenräume, bis 8 Uhr des nächsten Morgen beschäftigt. Sie werden dann bis vier, fünf, sechs ja sieben Uhr zur Brotherumträgerei vernutzt oder manchmal mit Biskuitbacken im Backhaus. Nach vollbrachtem Werk genießen sie einen Schlaf von sechs, oft nur von fünf und vier Stunden. Freitags beginnt die Arbeit stets früher, sage abends um zehn Uhr, und dauert ohne Unterlass, sei es in der Zubereitung, sei es in der Kolportierung des Brots, bis in den folgenden Samstag abend acht Uhr, aber meist bis vier und fünf Uhr in Sonntag nacht hinein. Auch in den vornehmen Bäckereien, die das Brot zum 'vollen Preis' verkaufen, muß wieder vier bis fünf Stunden am Sonntag vorbereitende Arbeit für den nächsten Tag verrichtet werden. ... Die Bäckergesellen der 'underselling masters' (die das Brot unter dem vollen Preis verkaufen), und diese betragen, wie früher bemerkt, über 3/4 der Londoner Bäcker, haben noch längere Arbeitsstunden, aber ihre Arbeit ist fast ganz auf das Backhaus beschränkt, da ihre Meister, die Lieferung an kleine Kramladen ausgenommen, nur in der eigenen Boutique verkaufen. Gegen Ende der Woche, d.h. am Donnerstag, beginnt hier die Arbeit um 10 Uhr in der Nacht und dauert mit nur geringer Unterbrechung bis tief in Sonntag nacht hinein."

Nun ja, lassen wir doch die dunkle Vergangenheit ruhen und wenden wir uns der rosigen Gegenwart zu, würden jetzt unsere Herren Ideologen der Bourgeoisie einwenden. Tun wir ihnen den Gefallen und wenden wir uns der heutigen rosigen Zeit zu, die für knapp 1,1 Millionen Menschen Arbeitslosigkeit bedeutet, wo das Gesundheitswesen, das Volksbildungswesen, mit einem Wort alle sozialen Einrichtungen für die arbeitenden Menschen verrotten.

Und zwar schauen wir, nachdem wir die von Überarbeitung verschlissenen Bäckergesellen im vergangenen Jahrhundert betrachtet haben, nun zu, wie es heute um sie bestellt ist. Im Gegensatz zu früher haben wir es nicht nur mit Handwerksbetrieben zu tun, sondern – bedingt durch die Entwicklung der Maschinerie – auch mit den Brotfabriken. Es wird zweckmäßig sein, wenn wir diese beiden Ausbeutungsbedingungen einzeln behandeln, da dies zwei verschiedene Paar Schuhe sind.

Bäckerhandwerk

Die Arbeit eines Bäckergesellen beginnt in der Regel um 2 Uhr in der Früh (Ausnahmen bilden jene Betriebe, in denen fast oder gar keine Maschinen verwendet werden, hier beginnt die Arbeitszeit um zwei bis drei Stunden früher). In der Zeit bis 7 Uhr ist er beschäftigt mit der Herstellung von Brötchen, Weißbrot und Frühstücksgebäck (Plunder, Blätterteig etc.), zwischendurch bereitet er den Brotteig zu. Hat er dieses vollbracht, erhält er die Gelegenheit, zu frühstücken, um sich für das weitere Tagewerk zu stärken. Sodann beginnt eine rasche und ununterbrochene Arbeit (deren Länge abhängig ist von der zur Verfügung stehenden Maschinerie sowie von der herzustellenden Menge Brot), um das Brot zu erstellen, die ihn bis 10 Uhr in Anspruch nimmt.

Ist dieses getan, ist seine Arbeit ausgefüllt mit der Herstellung von Kuchen, Feingebäck, Torten etc., Vorbereitung der Arbeit für den nächsten Tag sowie das kurze Saubermachen des Backhauses. Unterbrochen nur von einer kurzen Mittagspause. Je nach der Jahreszeit und dem Umfang des Geschäfts endet die Arbeit zwischen 14 Uhr und 17 Uhr. Zum Wochenende und an Festtagen beginnt die Arbeit stets um zwei bis drei Stunden früher und dauert bis Sonnabend mittag bzw. nachmittag, nur unterbrochen, um etwas zu essen. Vollbringen muß er diese Arbeit, je nach Größe des Backhauses, bei einer Temperatur von 40–80 Grad, je näher am Ofen gearbeitet wird, desto wärmer ist es. Dieses führt dazu, daß in der Frühlings- und Sommerzeit alle möglichen Türen und Fenster aufgerissen werden, wodurch ein Großteil der Bäcker – verursacht durch den entstehenden Zug – an Rheuma leiden. Die Lage der Bäckergesellen in Handwerk ist eine Knochenarbeit; 72-Stunden-Woche und eher mehr ist die Regel. Der Profit des kleinen Handwerksmeisters besteht nur in der maßlosen Ausdehnung des Arbeitstages seiner Gesellen.

Brotfabriken

Das in Produktionsmitteln angelegte Kapital ist nutzlos, wo es brachliegt. Denn je rascher es lebendige Arbeit einsaugt im Produktionsprozeß, desto schneller verwertet sich das vorgeschossene Kapital (es reproduziert das ausgelegte Geld schneller). Es entsteht größerer Mehrwert, da statt 12 Stunden 24 Stunden gearbeitet wird, desto eher und schneller vermehrt sich das Kapital für den Kapitalisten. Der ununterbrochene Verwertungsprozeß verursacht kaum neue Kosten für den Kapitalisten, da die Maschinerie einmal vorhanden ist. Im Gegenteil: Wenn sie still steht, wird sie direkt zum Minusfaktor für das Kapital. Während die Arbeit in der Backstube des Bäckermeisters für eine Zeit ruht, macht der Besitzer der Brotfabrik die Nacht zum Tag, sonntags wie alltags wird rund um die Uhr gearbeitet. Die Beschäftigung in einer Brotfabrik bedingt weniger individuelle Fähigkeiten als im Handwerk, da durch die Einsetzung von Maschinerie jeder nur noch bestimmte Arbeitsgänge zu verrichten hat. Von der Arbeitszeit her unterscheidet sich die Fabrik vom Handwerk nicht, hier wie da wird 12 Stunden täglich gearbeitet.

Als ich mich bei einer Brotfarbik bewarb, wurde mir gleich gesagt, 12 Stunden wären Pflicht. Von beschäftigten Kollegen konnte ich dann noch erfahren, was die Kür, die Krone des ganzen, sei. Ganze 24 Stunden, danach 5–6 Stunden Schlaf und dann geht das gleiche von vorne los. Insbesondere wurde dieses von vielen ausländischen Kollegen gemacht. Man kann sich denken, daß dieses in den anderen Brotfabriken genauso läuft.

Bedingt durch die Teilung des Arbeitsprozesses durch das Einsetzen von Maschinen haben die Kapitalisten einerseits die Möglichkeit, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, indem die Arbeiter mehr schaffen müssen, während sie zugleich den Arbeitstag genauso maßlos verlängern und es noch ärger treiben wie die kleinen Bäckermeister. Hierdurch haben sie die Möglichkeit, ihre Ware billiger auf den Markt zu bringen als die kleinen Handwerksbetriebe.

Die Lage der Bäckergesellen ist wie eh und je

Genauso wie früher die Bäckermeister, die das Brot zum vollen Preis verkauften, gegen die Bäckermeister, die das schlechtere Brot unter dem vollen Preis verkauften, gleiche Ausbeutungsbedingungen der Bäckergesellen durch die Einschränkung des Arbeitstages forderten, ertönt heutzutage derselbe Ruf von den kleinen Bäckermeistern gegenüber den Brotfabrikaten: Verbot der Nachtarbeit für einen bestimmten Zeitabschnitt, wo sie selber nicht arbeiten, ist ihr Schlachtruf.

Wie man sieht, hat sich die Lage der Bäckergesellen von damals zu heute nicht geändert. Zwar werden in den Produktionsprozeß Maschinen mit verwendet, insbesondere in den Fabriken. Aber in einer Gesellschaft, in deren Mittelpunkt nicht die Menschen stehen, sondern der maßlose Drang des Kapitals nach immer mehr und größeren Profiten, werden die Maschinen nicht zur Erleichterung der Plackerei der Arbeiter eingesetzt, sondern um die Arbeiter zu ersetzen, die Arbeit weiter und besser zu zerlegen, um die Produktion zu steigern.

Durch die Überarbeitung, durch die Intensität der Arbeit ist die Arbeitskraft der Bäckergesellen besonders starkem Verschleiß ausgesetzt, mehr als in vielen anderen Berufen. Dieses erfordert größere Reproduktionskosten, um die Arbeitskraft wieder herzustellen, und hat zur Folge, daß die Lebenserwartung geringer ist. Der 8-Stunden-Tag bzw. die 40-Stunden-Woche, die für einen Großteil der Arbeiter schon durchgesetzt wurde, ist für das Hotel-, Gaststätten- und Nahrungsgewerbe eine heute noch anstehende aktuelle Forderung, die es gilt durchzusetzen.

Die Arbeiterklasse hat nichts als ihre Arbeitskraft zu verkaufen, dies muß sie Tag für Tag aufs neue tun, sie hat kein Interesse daran, ihre Gesundheit zu ruinieren. Sie braucht auch ihre geistige und körperliche Gesundheit, um den Kampf gegen diese Gesellschaftsordnung und ihre Ausbeuter erfolgreich führen zu können.

Daß die Forderung nach dem 8-Stunden-Tag noch nicht durchgesetzt ist, ist einmal auf die Zersplitterung der Bäckergesellen in viele kleine Betriebe sowie in einige große zurückzuführen, andererseits auf die schlechte Gewerkschaftspolitik der sozialdemokratischen Führer der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten. die ihre Politik nicht von den Interessen der Arbeiter ableiten, sondern von der Sozialpartnerschaft von Kapital und Arbeit. Arbeitet man nicht in einem Großbetrieb, hat man keine Gelegenheit, an Gewerkschaftsversammlungen teilzunehmen. Diese wären aber für die Gewerkschaft wichtig, um die Mitglieder an der Gewerkschaftsarbeit teilnehmen zu lassen, da es in ihrem Bereich viele Kleinbetriebe gibt. Es wird nicht mit dem Mittel einer guten Gewerkschaftspolitik für neue Mitglieder gekämpft, sondern mit Kopfprämien und den zahlreichen Versicherungen, die man in der Gewerkschaft hätte.

Die Aufgabe der Gewerkschaft besteht nicht in einem Versicherungsschutz für alles mögliche, dazu braucht man nicht in die Gewerkschaft zu gehen, sondern im Zusammenschluß der Arbeiter gegenüber den Kapitalisten, um die eigenen Forderungen durchzusetzen.

Doch kehren wir zu unseren vor Weisheit strotzenden Ideologen der Bourgeoisie zurück. Die Arbeitszeit mag sich ja nicht verändert haben, aber dafür gebe es ja auch mehr Lohn im Gegensatz zu früher, würden diese Herren einwenden, und damit wäre für sie wieder alles in bester Ordnung.

Aber auch in diesem Punkt haben sie anscheinend die Löffel gegessen statt der Weisheit.

Wie verhält es sich mit dem Lohn? Jede Ware hat einen Wert, der bestimmt wird von der zu ihrer Herstellung benötigten Arbeit, der dabei vernutzten Produktionsmittel sowie der verarbeiteten Rohstoffe. Nun ist die Arbeitskraft auch eine Ware, deren Wert bestimmt ist durch die Kosten für ihre Reproduktion. Je größer der Verschleiß der Arbeitskraft (Verlängerung des Arbeitstages, Akkord), desto größer die Kosten für die Wiederherstellung der Arbeitskraft.

Zu dem Wechsel der zur Reproduktion der Arbeitskraft benötigten Mittel stellte Marx vor 100 Jahren folgendes fest: **"Die natürlichen Bedürfnisse selbst, wie Nahrung, Kleidung, Heizung, Wohnung usw. sind verschieden, je nach den klimatischen und anderen natürlichen Eigentümlichkeiten eines Landes. Andererseits ist der Umfang sogenannter notwendiger Bedürfnisse, wie die Art ihrer Befriedigung, selbst ein historisches Produkt und hängt daher großenteils von der Kulturstufe eines Landes, unter anderem auch wesentlich davon ab, unter welchen Bedingungen und daher mit welchen Gewohnheiten und Lebensansprüchen die Klasse der freien Arbeiter sich gebildet hat. Im Gegensatz zu den anderen Waren enthält also die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element. Für ein bestimmtes Land zu einer bestimmten Periode jedoch ist der Durchschnitts-Umkreis der notwendigen Lebensmittel gegeben."** (Kapital Band 1, Seite 185)

Der Marxismus – eine Anleitung zum Handeln

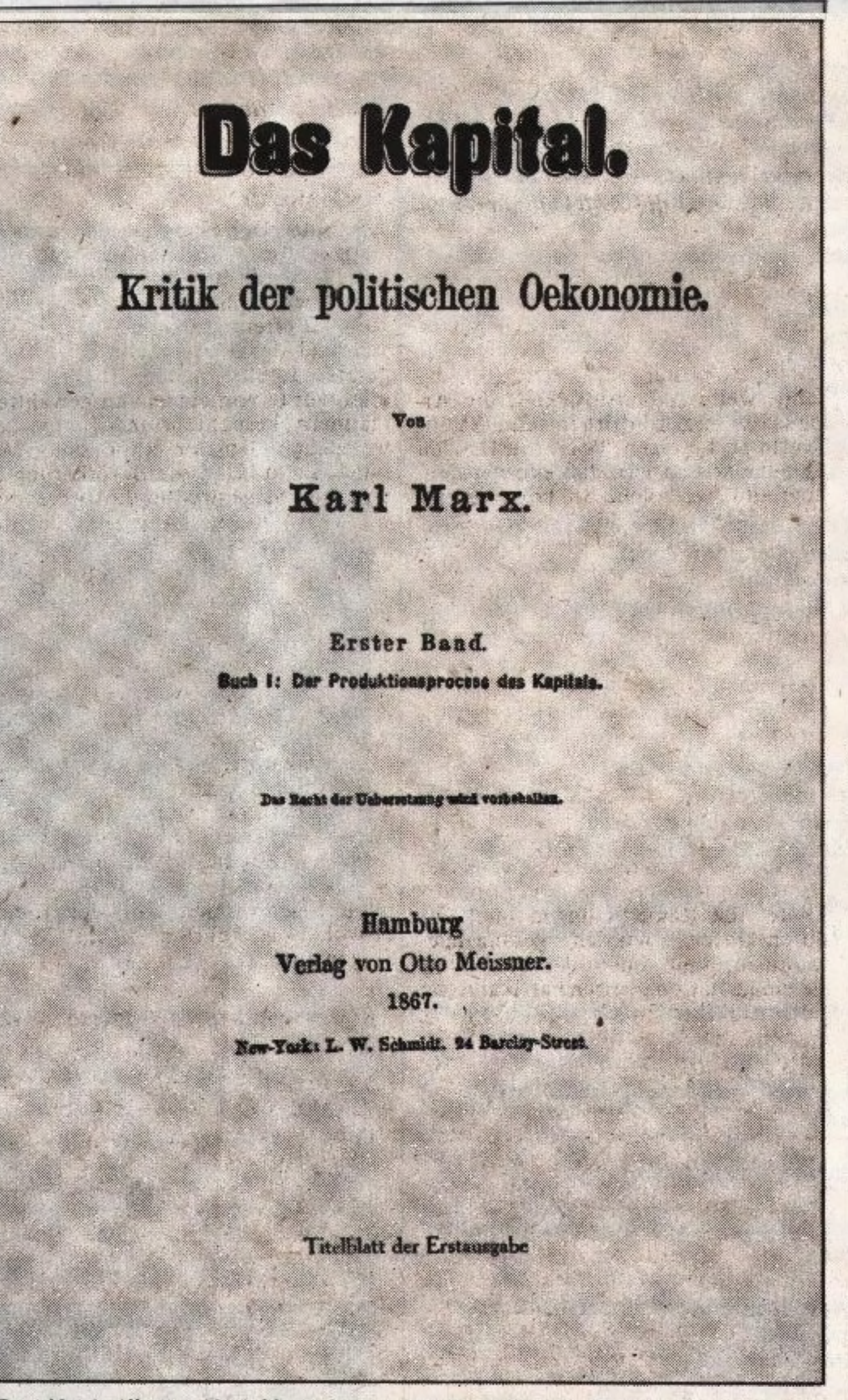
Ausgegangen sind wir von dem Geschrei, mit dem die Ideologen der Bourgeoisie ihren Feldzug gegen den Marxismus führen. Am anschaulichen Beispiel der Bäckergesellen haben wir gesehen, daß sich deren Lage nicht geändert hat. Tatsache ist, daß die Natur des Kapitalismus unverändert ist. Tag für Tag produziert er die Lohnarbeit in immer größerem Umfang durch die Lohnarbeit aufs neue. Der Kapitalismus, der auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht, ist nicht innerhalb des Kapitalismus veränderbar. Genausowenig wie sich ein Auto ändert, weil es eine neue Karosserie erhält, es sieht dann vielleicht etwas anders aus, ist aber trotz alledem ein Auto.

Diese Vorstellung von der Reformierbarkeit der Kapitalismus, die insbesondere von Sozialdemokraten gehegt wird, hat gerade in der letzten Zeit Schiffbruch erlitten. Heißt das nun, die Vogel-Strauß-Perspektive anzuwenden und den Kopf in den Sand zu stecken? So wird sich nichts an der Lage der Arbeiterklasse ändern. Es kommt dagegen darauf an, mit der bürgerlichen Weltanschauung aufzuräumen, die dieses System als für immer gegeben hinstellt.

Mit der Ausarbeitung des wissenschaftlichen Sozialismus durch Marx und Engels wurde der Arbeiterklasse das Mittel geschaffen, das sie befähigt, die Lohnsklaverei zu beseitigen. Das ganze Gerede, daß der Marxismus ein abgewracktes Schiff ist, bezweckt nichts anderes, als die Arbeiterklasse von ihrer Waffe fernzuhalten. Wie im Kriege – und der Klassenkampf ist ein Krieg zwischen zwei Klassen, der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse –, wo ein Gegner versucht, dem anderen Gegner seine gefährlichen Waffen unschädlich zu machen, um zu siegen. Dasselbe versucht die Kapitalistenklasse gegenüber der Arbeiterklasse in punkto Marxismus.

Denn der Marxismus, der eine Wissenschaft ist, unterscheidet sich von der bürgerlichen Wissenschaft dadurch, daß er nicht nur ein Ding darlegt und erklärt, sondern er ist zugleich eine Anleitung zum Handeln, um dem bestehenden Zustand den Garaus zu machen.

Recht haben diese Herren, wenn sie sagen, daß, was alt und überholt ist, überflüssig ist. Das, was sie für den Marxismus begreifen werden, können sie nicht für das bürgerliche Eigentum und dessen Ideologie begreifen. Diese aber sind längst fällig. Der Kapitalismus hemmt die Entfaltung der Produktivkräfte (was gerade jetzt in der Krise zutage tritt), wovon die größte Produktivkraft die Arbeitskraft ist. Mit einem Wort, er ist nicht in der Lage, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Deshalb wird die Arbeiterklasse ihn dahin befördern, wo er hingehört, ins Museum der Geschichte, dahin, wohin schon die Sklaverei sowie der Feudalismus von dem Kapital verbannt worden sind. – **(k., Bäckergeselle)**


Das Kapital.

Kritik der politischen Oekonomie.

Von

Karl Marx.

Erster Band.

Buch I: Der Produktionsprocess des Kapitals.

Das Recht der Uebersetzung wird vorbehalten.

Hamburg

Verlag von Otto Meissner.

1867.

New-York: L. W. Schmidt. 24 Barclay-Street.

Titelblatt der Erstausgabe

"Das Kapital" von Karl Marx ist in der Ausgabe des Dietz-Verlages, Berlin (DDR), zu beziehen über den Buchvertrieb Hager GmbH, 6800 Mannheim, Postfach 5129. Bd. 1 Der Produktionsprozeß des Kapitals, 10,50 DM. Bd. 2 Der Zirkulationsprozeß des Kapitals, 8,50 DM. Bd. 3 Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion, 12,20 DM.

Südkoreanischer Dichter von Todesurteil bedroht

»Laßt uns die Herrschaft des Kompradorenregimes stürzen und die Dinge von Grund auf ändern!«

Südkorea steht politisch, wirtschaftlich und kulturell vollständig unter der Herrschaft des Imperialismus. Die Marionettenclique um Pak Chung Hi herrscht von Gnaden der US-amerikanischen, japanischen und BRD-Kapitalisten und leistet Handlangerdienste bei der Ausbeutung der Volksmassen und der Ausplünderung der nationalen Reichtümer. Dagegen erhebt sich immer mehr der Widerstand des Volkes. Politisch kämpft es für seine nationalen Rechte, den Abzug der über 40 000 US-Truppen und für die friedliche Wiedervereinigung ganz Koreas. Am Widerstand und am Kampf für die Einheit der Nation nehmen die verschiedensten Klassen und Schichten teil. Direkte Zeugnisse dieses Kampfes aus dem Munde der Kämpfenden sind selten: Das Volk ist geknebelt.

Im folgenden berichten wir über einen südkoreanischen Dichter, Kim Chi Ha, dessen Werke in Südkorea verboten sind und der im Gefängnis liegt und von der Todesstrafe bedroht ist wegen seiner Gedichte, die den Kampf des Volkes unterstützen. Am 30.9. fand in Frankfurt eine Pressekonferenz der "Initiative zur sofortigen Freilassung von Kim Chi Ha" statt, auf der über das Schicksal Kims und der politischen Gefangenen in Südkorea berichtet wurde. Dieser Initiative gehören unter anderem der evangelische Theologe Professor Gollwitzer, der Bundesvorsitzende der Jungdemokraten Theo Schiller, der Chefredakteur der Zeitung "Metall" Jacob Moneta, der Schriftsteller Horst Bingel und der koreanische Komponist Isang Yun an.

Eines der Gedichte, für die man Kim Chi Ha verhaftete, war die im März 1972 in der katholischen Zeitschrift "Changio" veröffentlichte Satire "Die Gerüchte". Die Pak-Clique hielt den direkten Angriff in dieser Satire für so gefährlich, daß sie Kim sofort gemäß dem Antikommunistengesetz der "Begünstigung der nordkoreanischen Kommunisten" anklagte. In der Haft schlug man ihm ein Arrangement vor: Er würde freigelassen, wenn er mehr antikommunistisches Zeugs schreibe und aufhöre, die Regierung zu kritisieren. Kim Chi Ha entgegnete, lieber seinen Bleistift zu zerbrechen, als diesem Ansinnen nachzukommen. Er wurde verhört und gefoltert, aber nach einer internationalen Kampagne im Juni 1972 wieder freigelassen. – In diesem für die Pak-Clique so gefährlichen Gedicht schildert Kim Chi Ha die Erlebnisse eines jungen Mannes, der in die Hauptstadt gekommen ist, weil er meint, daß er es hier durch Arbeit zu etwas bringen könne:

Einmal eines Abends, als rot die Sonne sank,
stemmte er beide Beine fest auf die Erde,
rollte die Augen
und sprach diese Worte:
Kann ja eine Sau ankotzen . . . das Leben hier!
Hatte aber die Worte so rasch herausgerasselt,
daß sich's anhörte wie ein gräßliches Klirren.
Handschellen schlossen sich um seine Gelenke,
man zerrte ihn fort,
und sogleich wurde er vor Gericht gestellt.
Pong-pong-pong! klopfte der hölzerne Hammer.
"Wessen wird er beschuldigt?" –
"Sein Verbrechen, Herr Richter, ist:
mit beiden Beinen auf der Erde stehend,
hat er ein Gerücht geäußert." –
"Hoho! – also ein Kapitalverbrechen!
Ja, unter genannten Umständen, Angeklagter,
hast du eine ganze Serie von Verbrechen begangen:
das Verbrechen, mit deinen Schritten innezuhalten ohne Erlaubnis,
das Verbrechen (für Leute deiner Herkunft ein Verbrechen), überhaupt zu pausieren,
das Verbrechen einer jeder Gesinnung baren inneren Einstellung,
das Verbrechen, sich als Armer aufrechte Menschen-Art anzumaßen,
das Verbrechen des Zeitverbrauchs mit gedanklichen Spekulationen,
das Verbrechen zielloser Trägheit,
das Verbrechen der Unzufriedenheit aus Willens-Verlust,
das Verbrechen einer Wirklichkeitssicht, nach der du dich selbst für eine treibende Wolke hältst,
das Verbrechen, ungeniert in die Luft zu glotzen,
das Verbrechen der eigenmächtigen Ausweitung gewisser Gehirnpartien,
das Verbrechen, in Verkennung deiner Person das auf eine exklusive Schicht beschränkte Privileg des Müßiggangs zu verletzen,
das Verbrechen, sich undankbarerweise einer nationalen Politik zu verweigern, die unter absolutem Pausenverzicht auf Produktionssteigerung zum Zwecke des Export-Ausbaus gerichtet ist,
das Verbrechen, ein Gerücht zu erdichten zur Irreführung der Öffentlichkeit und Täuschung des Volkes,
das Verbrechen, dasselbe äußern zu wollen,
das Verbrechen, dasselbe auch zu äußern,
das Verbrechen, dasselbe verbreiten zu wollen,
das Verbrechen, dasselbe tatsächlich zu verbreiten,
das Verbrechen der Unehrerbietigkeit gegenüber dem Land der Ahnen,
das Verbrechen der Erniedrigung der Muttersprache,
das Verbrechen, die Verhältnisse bei uns mit einem dem Tierreich entnommenen Begriff zu beschreiben,
das Verbrechen, die Wahrscheinlichkeit zu beschleunigen, daß die Nationen der Welt unter eben diesem Aspekt urteilen über unser Land,
das Verbrechen der Störung des Investitionsklimas,
das Verbrechen, soziale Unordnung zu fördern beziehungsweise soziale Verunsicherung auszulösen,
das Verbrechen der Volksverhetzung,
das Verbrechen der Verzweiflung,
das Verbrechen des Pessimismus,
das Verbrechen der Weltflucht,
das Verbrechen, einen Zusammenstoß für möglich zu halten,
das Verbrechen eines oppositionellen Bewußtseins,
das Verbrechen, ein oppositionelles Bewußtsein zu propagieren,
potentiell auch das Verbrechen der Bildung einer anti-nationalen Gruppe aufgrund stillschweigenden Einverständnisses,
sowie das Verbrechen, zu erkennen, daß Kräfte zur Planung einer anti-nationalen Konspiration vorhanden sind und derartige Ideen latent ohne weiteres aufrechterhalten lassen.
Und damit nicht genug:
Da du ferner verstoßen hast gegen die Sondererlasse zur Lenkung der Gesellschaft,
wirst du für schuldig erklärt.
Hiernach sind, gemäß Gesetz, unmittelbar nach Verkündung dieses Urteils
vom Körper des Angeklagten abzutrennen:
ein Kopf,
auf daß er nie wieder Gerüchte erdichten und äußern kann,
zwei Beine,
auf daß er nie wieder mit beiden Beinen auf der Erde stehen, sich nie wieder aufrührerisch und hochmütig erheben kann,
das Glied samt Hoden,
auf daß sich der rebellische Samen des Angeklagten nicht ausbreiten kann.
Da dennoch die Gefahr des Widerstandes besteht,
werden ihm die Hände rückwärts in Eisen geschlossen,
wird sein Rumpf in eine wassergetränkte Lederweste gezwängt,
bekommt er einen festen, gut eingepaßten Knebel in den Hals,
um so eine fünfhundertjährige Haft zu verbüßen
– lautet unser ernster,
– lautet unser feierlicher,
unser erhabener Spruch . . ."

Der 34-jährige katholische Dichter Kim Chi Ha soll zum Tode verurteilt werden, weil er die Wahrheit über das südkoreanische Marionettenregime aussprach. Weitere Todesurteile sollen folgen.

Kim Chi Ha kämpft nicht erst seit neuestem gegen die Unterdrückung. Er war beteiligt an den Demonstrationen 1961, die zum Sturz des von den US-Imperialisten ausgehaltenen Diktators Syngman Rhee führten, arbeitete nach dem Putsch von Pak Chung Hi jahrelang im Untergrund und wurde mehrmals wegen seines öffentlichen Eintretens gegen die faschistische Unterdrückung verhaftet.

Zum fünften Mal wurde Kim Chi Ha im Frühjahr 1974 verhaftet. Am 13. Juli 1974 wurde er zum Tode verurteilt zusammen mit sechs weiteren Angeklagten, im August 1974 mit vier anderen dann zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Beschuldigt wurde er, einen kommunistischen Umsturzversuch mitgeplant zu haben, die "Nationale Demokratische Jugend- und Studentenliga", die nach den Studentendemonstrationen Anfang April 1974 von der Pak-Clique durch das Notstandsdekret Nr. 4 verboten wurde, unterstützt zu haben, "damit die Studenten in der Lage seien, die gegenwärtige Regierung durch Demonstrationen im März und April zu stürzen" (so die Anklageschrift). Ein Hauptbeweismittel gegen Kim Chi Ha war ein nach der Demonstration vom 3. April 1974 auf Flugblättern verteiltes Gedicht "Stimme des Volkes". In diesem Gedicht prangert er die Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes in Südkorea an und den nationalen Ausverkauf des Landes an die ausländischen Imperialisten und ruft zum Sturz der Pak-Clique auf:

Ihr Schwachköpfe da oben,
beschuldigt nicht unschuldige Leute der Spionage,
um sie zu unterdrücken.
Provoziert keine Zusammenstöße mit dem Norden,
um so die Aufmerksamkeit von eurer politischen Krise wegzulenken!
Tritt zurück, Pak, wie das Volk es fordert,
dein Leben wenigstens wäre gerettet.
Die Verbrechen gegen die Nation
werden euch nicht vergeben werden.
Nationale Stärke – verkündet ihr lauthals –
sei der kürzeste Weg zur Wiedervereinigung.
Welche nationale Stärke kann man denn
inmitten einer bankrotten Wirtschaft und Politik entwickeln?
Der Weg, der uns vorwärts führt zur Wiedervereinigung,
heißt: unabhängige Wirtschaft, unabhängige Politik.
Laßt uns die Herrschaft des Kompradorenregimes stürzen
und die Dinge von Grund auf ändern!

Im Februar 1975 wurde Kim Chi Ha freigelassen, aber nach drei Wochen im März 1975 wieder inhaftiert. Der Grund seiner Verhaftung war ein Zeitungsartikel in der "Donga-Ilbo", der größten und angesehensten Tageszeitung Südkoreas, die seitdem vom Pak-Regime durch finanzielle Austrocknung (Anzeigenverbot der Unternehmen) mundtot gemacht wird. In diesem Artikel schrieb Kim Chi Ha:

"Es geschah eines trüben Tages, als ich im Gefängnis war. Draußen fiel ein leichter Regen vom bleiernen Himmel. Eine würgende, nach Luft schnappende Stimme rief mich. Ich ging zum Urinbecher in der Ecke der Zelle und hieb gegen das Fenster. Ich rief zurück. 'Wer bist du?' 'Hae Chae Wan', kam die Antwort in einem breiten Kyonsang-Akzent. 'Ich kenne niemanden namens Hae Chae Wan. Wer bist du?' 'Von der Revolutionären Partei des Volkes.' 'Oh ja . . . Erzähle . . . Gab es wirklich eine solche Gruppe?' 'Nein, die Regierung dachte sich alles aus.' 'Warum halten sie dich dann in Haft?' 'Das Verhör. Sie bedrängten mich, bis ich's gestand.' 'War die Folter schlimm?' 'Schrecklich, brutal. Sie zerrissen mir die Gedärme. . . . Ich konnte es nicht aushalten. Sie gaben zu, daß sie die ganze Sache erfunden hatten. Der KCIA (der koreanische Geheimdienst, d.Red.) *sagte zu mir: Wir wissen, daß es hart für dich ist, aber es ist ein politisches Problem, versuch es ein Weilchen auszuhalten.'"*

Kim Chi Has Bericht aus dem Gefängnis stimmte mit den unabhängigen Untersuchungen des amerikanischen Pfarrers Ogle überein, der deswegen des Landes verwiesen wurde: Die Revolutionäre Partei des Volkes war eine Erfindung der Pak-Clique, die Geständnisse der Inhaftierten waren das Ergebnis grausamer Folterungen. (Acht koreanische Patrioten wurden aufgrund dieser konstruierten Anklage im April dieses Jahres hingerichtet.) Grund genug offensichtlich für das Pak-Regime, Kim Chi Ha erneut einzusperren.

Kim Chi Ha sitzt mittlerweile seit über sechs Monaten im Gefängnis. Der Prozeß gegen ihn wird bald beginnen und es ist zu erwarten, daß er zum Tode verurteilt wird. Einen Dichter, der der faschistischen Pak-Clique den Kampf angesagt hat, kann man offensichtlich nicht anders zum Schweigen bringen, als daß man ihn für immer zum Schweigen bringt.

Die BRD ist der drittgrößte Handelspartner Südkoreas. Wie letzthin bekannt wurde, werden neben Offizieren aus Chile auch Offiziere aus Südkorea in der BRD ausgebildet. Die Bundesregierung läßt dem Regime alle mögliche Unterstützung zukommen. Das ist die Politik der Regierung, die mit den Henkern der Völker auf gutem Fuß steht. Wir erheben dagegen die Forderungen: Freiheit für Kim Chi Ha! Freiheit für alle politischen Gefangenen inSüdkorea! Keine Unterstützung des faschistischen Pak-Regimes durch die BRD! Es lebe der gerechte Kampf des südkoreanischen Volkes! – **(hf, Frankfurt)**